Volkswille

ORGAN FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

MITTEILUNGSBLATT DER FREIEN GEWERKSCHAFTEN UND DER ARBEITER-SPORTVEREINE

Bezugspreis: Durch Boten halbmonatlich 1.20 RM., durch die Post monatlich 2.40 RM., Bestellgeld extra, im voraus zahlbar. Erscheint jeden Werktag vormittags. Preis der Einzelnummer 10 Rpf. Bankkonto: Städtische Sparkasse Gelsenkirchen. Postscheckkonto: 5405 Dortmund. Hauptgeschäftsstelle, Verlag und Schriftleitung: Gelsenkirchen, Ringstraße 33. Fernruf Sammelnummer 25841

Anzeigenpreis im Verbreitungsgebiet 8 Rpf., außerhalb 12 Rpf., für 1 mm Raumhöhe bei 27 mm Breite. Reklamen 1 mm Raumhöhe bei 90 mm Breite 50 Rpf. Kleine Anzeigen 5 Rpf. Inseratenannahme bis 19 Uhr. Bei gerichtlichen Klagen, Zwangsvergleichen und Konkursen erlischt jeder Rabattanspruch. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Gelsenkirchen

Nr. 174 | Gelsenkirchen, Dienstag, den 29. Juli 1930 | 12. Jahrgang

Die neue Firma

Koch-Weser & Mahraun — die Deutsche Staatspartei

Es ist eine eigentümliche Sache bei dieser Wahl. Seit zehn Tagen hat der Kampf begonnen und einstweilen weiß die Sozialdemokratie noch immer nicht, wie eigentlich die bürgerlichen Gruppen aussehen, gegen die sie im Felde steht. Sicher ist nur, daß das Lager der bürgerlichen Parteien einem Trümmerfeld gleicht und daß man schon einige Wochen mitten in den Bemühungen steht, aus den umherliegenden Bruchstücken neue Häuser mit neuen Namen und neuer Raumverteilung aufzubauen. Wie soll sich der Wähler da zurecht finden? Wo soll er bei diesem vielfachen Angebot sein Obdach suchen?

Nachdem die Deutschnationalen aus einem Laden vier gemacht haben, kommen jetzt die Demokraten und werfen ihr kleines Kapital mit einigen noch kleineren zu einem neuen Unternehmen zusammen. Eine Anzahl ihrer Führer hat sich mit den sogenannten Volksnationalen, die die Partei des jede Partei ablehnenden Jungdeutschen Ordens darstellen und mit ein paar zahlenschwachen Jugendbünden wie Jungfront und Jungvolksparteiler vereinigt und sich die stolze Bezeichnung „Deutsche Staatspartei" gegeben. Der Vorgang bei dieser Gründung ist recht sonderbar. Wenn wir ein Bild gebrauchen wollen, das den Demokraten sicher vertraut ist, so haben ein paar Direktoren und Angestellte einer vor dem Bankrott stehenden Firma zusammen mit neu gewonnenen Teilhabern eine neue Gesellschaft geschaffen und ein neues Firmenschild. Eine Generalversammlung hat nicht stattgefunden. Die Aktionäre sind nicht gefragt worden. Die Liquidation des Betriebes wurde hinter ihrem Rücken vorgenommen.

Doch das sind ja schließlich die Sorgen derer, die es angeht. Die Mitglieder der Deutsch-Demokratischen Partei und diejenigen ihrer bisherigen Abgeordneten, die man übergangen hat, können mit Herrn Koch-Weser und den anderen darüber streiten, warum ihnen auf der Parteiausschußsitzung vor wenigen Tagen kein Sterbenswörtchen über den unmittelbar vor seiner Verwirklichung stehenden Plan gesagt worden ist. Uns interessiert nur das neue Gebilde und die Frage, was Parlament und Staat von ihm zu erwarten haben.

Der Name ist schön. Und der Aufruf, mit dem sich die Deutsche Staatspartei an die Wähler wendet, ist voll von tönenden Worten. Möglich, daß es auf den einen oder anderen Eindruck macht, wenn man ihm versichert, daß jetzt mit der Interessenpolitik ein Ende gemacht werde und das Staatswohl in den Vordergrund trete, daß von diesem Augenblick an sich alle zusammenschließen würden, die nur die Rechte der Allgemeinheit im Auge hätten, ganz gleichgültig, ob sie dem schwarzweißroten oder dem schwarzrotgoldenen Banner folgten. Aber dem Nachdenklichen werden sich doch bald einige Zweifel aufdrängen.

Niemals hat die Interessentenpolitik größere Triumphe gefeiert als unter dem Kabinett Brüning und dieses Kabinett wird doch bis zum heutigen Tage von den Demokraten gestützt und unter den Unterzeichnern des staatsparteilichen Aufrufes steht der Name des Mannes, der das Wort vom Interessentenhaufen zuerst ausgesprochen hat und trotzdem Minister in der Regierung Brüning geblieben ist. Wenn es den Leuten ernst wäre, müßten sie sich doch in erster Linie gegen diejenigen Gruppen wenden, mit denen die Demokraten in dasselbe Schiff gestiegen sind. Aber davon kann keine Rede sein. Sie wollen mit den Vertretern des krassesten Unternehmeregoismus, mit den Agrariern und den rückständigen Mittelständlern koalitionsmäßig verbunden bleiben. Sie denken ferner auch nicht daran, aus den Verstößen Brünings gegen den Geist und den Sinn der demokratischen Verfassung irgend welche Schlußfolgerungen zu ziehen. Sie bleiben ihnen gegenüber ebenso passiv, wie die bisherige Demokratische Partei. Das Ganze läuft eben darauf hinaus, daß sich ein paar Gruppen, die jede für sich einer trüben Zukunft entgegen sah, ohne eine neu Idee und erkennbare Grundsätze zusammengetan haben, um den Versuch zu machen, das Schicksal gemeinsam zu meistern.

Welches ist eigentlich der Inhalt ihres Programms? Vor ein paar Tagen schon konnte man es in dem Organ des Jungdeutschen Ordens lesen. Gegenseitige Achtung von schwarz-weiß-rot und schwarz-rot-gold war an die Spitze gestellt. Eine Wahlreform, so hieß es, müsse die Persönlichkeit zur Geltung bringen. Eine Reichsreform müsse der Vielregiererei zu Leibe gehen, aber die alte Tradition der Stämme und die wirtschaftlichen Gegebenheiten achten. Eine Finanzreform solle den Staatshaushalt in Ordnung bringen und die Steuern gerecht verteilen. Sozialreform hätte der deutschen Sozialpolitik zu einer Gesundung zu verhelfen. Diese Reformen, so wird stolz verkündet, gewährleisten das „Wehrrecht und eine Außenpolitik, die den Lebensnotwendigkeiten des Deutschen Reiches Geltung verschaffen".

Wie hübsch das auch alles klingt, es sind doch lauter Phrasen. Probleme werden aufgezählt, aber die Schwierigkeiten ergeben sich erst, wenn eine Lösung gefunden werden muß. Daß die neue Partei dieser Schwierigkeiten Herr wird und zwar im Sinne des Allgemeinwohls, wird, abgesehen von ein paar jungen Enthusiasten, die den ersten Schritt in die Politik tun, niemand annehmen. Die „Kölnische Zeitung", die mit der Neugründung ein wenig sympathisiert, hat der Sozialdemokratie am Sonntag den Vorwurf gemacht, sie sehe scheel auf die Einigungsversuche im staatsbejahenden Bürgertum. Nichts ist falscher als diese Behauptung. Es wäre uns sehr lieb, wenn an die Stelle der Splitter größere und stabilere Parteien treten und wenn es infolgedessen möglich würde, Regierungen rechts und links auf starke und staatsbejahende Fundamente aufzubauen. Aber man wird uns nicht einreden wollen, daß das, was jetzt geschieht, auch nur ein erster Schritt zu diesem Ziele wäre. Dadurch, daß man sich Staatspartei nennt, ist man noch keine. Man schafft nur neben der Sozialdemokratie eine vorübergehende Unterkunft für schwankende Gemüter und für die, die aus gesellschaftlichen und aus anderen Gründen den Entschluß nicht aufbringen können, zu der einzigen wirklichen Staatspartei der Republik, zur Sozialdemokratie zu stoßen. Solche Gründungen, wie die der Herren Koch-Weser und Mahraun, schädigen uns nicht, aber sie dienen auch leider nicht im geringsten der Gesundung des Parlamentarismus und der deutschen Republik.

Wo zu sparen ist!

Unbegreifliche Ausgaben im Wehretat

Aus Gewerkschaftskreisen wird uns geschrieben:

„Der oft vorgeschlagene Weg, die Staatsfinanzen durch Ausgabensenkung zu bessern, hat seine Hauptschwierigkeiten darin, die Ansatzpunkte einer solchen Aktion aufzufinden. Eine eingehende Untersuchung, die das Magazin der Wirtschaft über den Wehretat anstellt, zeigt jedoch mit genügender Klarheit, daß hier wesentliche Abstriche nicht nur möglich, sondern zum Nutzen von Wirtschaft und Staat wünschenswert sind. Um die Verschwendung, die gerade beim Wehretat in einem außerordentlichen Maße Platz gegriffen hat, zu verdeutlichen, wurde der Versuch gemacht, den Vorkriegszahlen die gegenwärtigen Ausgaben gegenüberzustellen.

Zunächst erscheint es unfaßlich, daß in diesem Etat namhafte Summen für Kasernenneubau eingesetzt sind, da man doch annehmen sollte, daß für ein 100 000 Mann-Heer die früheren Kasernen, die für 750 000 Mann ausreichten, genügen müßten.

Wenn aus strategischen Gründen Truppenverschiebungen sich notwendig erwiesen, so darf anzunehmen sein, daß solche Umgruppierungen allmählich beendet sein dürften, so daß dieser Etatsposten künftig ganz verschwinden könnte.

Für Unterhaltung und Erneuerung der Kraftwagen werden 9,5 Millionen Mark eingesetzt, also eine Summe, für die man jährlich allein mehr als 1000 erstklassige Automobile kaufen könnte, ganz abgesehen davon, daß Reparaturwerkstätten, Löhne für darin beschäftigte Arbeiter noch an anderer Stelle des Etats besonders wiederkehren.

Erstaunlich hoch sind auch die Bewirtschaftungskosten für Gebäude. An Unterhaltungskosten wurden vor dem Krieg 28 Mark je Kopf der Wehrmacht eingesetzt, heute dagegen 140 Mark. Noch schlimmer ist es mit den Kosten für Beheizung, Beleuchtung und sonstige Bewirtschaftung der Gebäude, wofür vor dem Krieg ein Betrag von 26 Mark ausreichte, während heute 177 Mark je Kopf der Wehrmacht eingesetzt sind. Das Kleidergeld beträgt gegenwärtig jährlich 300 Mark, vor dem Kriege 55 bis 60 Mark je Kopf der Wehrmacht.

Die Verpflegungsausgaben der Marine sind heute mit 600 Mark ungefähr doppelt so hoch wie vor dem Kriege, wo sie rund 300 Mark betrugen, eine Steigerung, die angesichts der sinkenden Lebensmittelpreise einfach unerklärlich ist. Wer noch hinzunimmt, daß die Marine allein in ihren nachgeordneten Behörden 1683 Beamte und Angestellte beschäftigt, daß gegenwärtig die Verwaltung einer Werft fast ebensoviel kostet, wie vor dem Kriege die Verwaltung von zwei Werften, dem ist es klar, daß Abstriche an öffentlichen Ausgaben nicht allein beim Sozialetat einzusetzen haben, um die Aermsten der Armen noch um ihr Letztes zu bringen, sondern beim Militarismus.

Internationale Friedens-Kundgebung

in Aachen

Aachen, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In Aachen versammelten sich am Sonntag etwa 20 000 Menschen aus Deutschland, Holland und Belgien zu einem gemeinsamen Gewerkschaftstreffen.

Die Kundgebung, die der Erinnerung an den Kriegsausbruch vor 16 Jahren gewidmet war, bekannte sich zum Weltfrieden und zum Sozialismus. Sie war von einer Wucht, wie sie Aachen noch niemals erlebt haben dürfte. Tausende mit vielen hunderten Fahnen, Transparenten und Festwagen marschierten in einem Festzug, der dem Friedensstreben und dem Aufstieg der Arbeiterbewegung Ausdruck gab, durch das Stadtzentrum zum Westpark, wo ein Volksfest stattfand.

Hier hoben alle Redner hervor, daß die Kundgebung ein Auftakt sein soll für alljährliche Friedenskundgebungen der Gewerkschaften in den Grenzgebieten

Abkehr von Hugenberg

Auch Dresden macht nicht mehr mit

Dresden, 28. Juli (Eig. Drahtbericht.) Der Vorstand der Deutschnationalen Volkspartei, Ortsgruppe Dresden, hat beschlossen, der Hugenberg-Partei den Rücken zu kehren. Dieser Schritt wird mit Meinungsverschiedenheiten taktischer Art begründet. Eine sachliche Auseinandersetzung sei in letzter Zeit unmöglich geworden, da die Gegner der offiziellen Parteimeinung terrorisiert und ihnen die nationale Gesinnung ab-

Auflösung der Demokratischen Partei

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die gestern im „Rheingold" erfolgte Gründung der Deutschen Staatspartei bedeutet die Auflösung der Demokratischen Partei. Zwar ist dieser Schlußakt, wie die B. Z. am Mittag meldet, formell bis nach den Wahlen zurückgestellt, weil man nicht mitten im Wahlkampf die alte Organisation auflösen und eine neue bilden konnte. Die Orts-Organisationen der Demokraten und ebenso der Volksnationalen Vereinigung, die nun aufs engste zusammen arbeiten werden, sollen sich jetzt in den Dienst der neugegründeten Staatspartei stellen, und erst nach den Wahlen werden beide, Demokratische Partei und Volksnationale Vereinigung, sich formell auflösen und in der Deutschen Staatspartei aufgehen. Im Wahlkampf werden nur Kandidaten der Deutschen Staatspartei aufgestellt werden, d. h. für die Demokratische Partei und für die Volksnationale Vereinigung wird nicht mehr gesondert kandidiert.

Mahraun Vorsitzender

Ueber die Frage des Vorsitzes der neugegründeten Staatspartei weiß die B. Z. am Mittag zu melden: Es ist beabsichtigt, die Führung der Deutschen Staatspartei in eine außerparlamentarische und in eine parlamentarische zu trennen. Die außerparlamentarische Führung soll Artur Mahraun übertragen werden, im Parlament dagegen werden Dietrich und Koch-Weser in erster Front stehen.

Keine Beteiligung der Deutschen Volkspartei

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Nationalliberale Korrespondenz, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, teilt mit: Alle Meldungen über eine Beteiligung der Deutschen Volkspartei, von Teilen und namhaften Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei an der zur Staatspartei umgetauften Demokratischen Partei sind unrichtig. Die Deutsche Volkspartei hält an ihren weitergehenden umfassenden Sammlungsbestrebungen fest.

Weiteres volksparteiliches Dementi

Berlin, 28. Juli. Eig. Drahtbericht.) Die Nationalliberale Korrespondenz, der parteiamtliche Pressedienst der Deutschen Volkspartei, teilt weiter folgendes mit: Es ist unwahr, daß die Reichsgemeinschaft junger Volksparteiler an der Gründung der sogenannten Staatspartei beteiligt sei, ebenso wenig trifft das für den Reichstagsabgeordneten v. Rheinbaben oder einen anderen Volksparteiler zu. Alle diese Meldungen sind falsch.

Noch eine Partei?

Berlin, 28. Juli. (Drahtbericht.) Wie die „Germania" meldet, haben, anscheinend veranlaßt durch die Neugründung der „Deutschen Staatspartei", Verhandlungen zwischen dem Führer der Deutschen Volkspartei, Dr. Scholz, auf der einen Seite, Treviranus und Schiele auf der anderen Seite begonnen.

Nach einer anderen Meldung hat Dr. Scholz zu einer für Mittwoch nachmittag angesetzten Besprechung auch Vertreter der Demokratischen Partei eingeladen.

Schlechte Presse

für die neue Parteigründung

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die neu gegründete Deutsche Staatspartei erfährt in einem großen Teil der bürgerlichen Presse eine sehr skeptische Aufnahme. Selbst die demokratischen Blätter stehen ihr äußerst reserviert gegenüber. Ihre Geburt hat man nicht verhindern können, aber ob sie leben oder gar wachsen und zu dem werden wird, was angekündigt wurde, bezweifelt man noch außerordentlich stark. Aus diesem Gefühl heraus schreibt das „Berliner Tageblatt" resigniert: „Wir wünschen der Staatspartei Erfolg, weil wir die Atomisierung der bürgerlichen Mitte für ein Unglück halten. Darüber hinaus geht unsere Beteiligung nicht. Wir stehen den vergangenen und kommenden Ereignissen objektiv und ohne jede Bindung gegenüber. Das Maß der tätigen Sympathie, das wir der Staatspartei widmen können und wollen, hängt von ihrer weiteren Entwicklung ab, nicht zuletzt auch von der Kandidatenauswahl." Der „Demokratische Zeitungsdienst" äußert sich gleichfalls ziemlich skeptisch und macht darauf aufmerksam, daß erst der am Mittwoch in Berlin zusammentretende Parteiausschuß der Demokraten die Entscheidung zu fällen haben wird. Man kann zwischen den Zeilen lesen, daß der Demokratische Zeitungsdienst große Hemmungen und Widerstände erwartet. Das Berliner Zentrumsorgan, die „Germania", meint, daß das Zentrum die Neubildung nur dann begrüßen könne, wenn die neue Partei wirklich eine Abwendung von der Interessentenpolitik herbeiführen werde.

Friedenskundgebung in Soissons

Deutsch-französische Wallfahrt

Paris, 28. Juli. (Drahtmeldung.) Als Abschluß des 6. Kongresses der Internationalen Arbeitsgemeinschaft der Kriegsbeschädigten und Kriegsteilnehmer (CIAMAG.) hatten heute in einem Sonderzug 100 deutsche Kongreßteilnehmer, darunter 50 Kriegerwitwen und etwa 200 französische Kongreßteilnehmer eine gemeinsame Fahrt nach dem Soldatenfriedhof Soupir bei Soissons unternommen. Als Vertreterin der deutschen Kriegerwitwen hielt Frau Harnoß (Berlin) auf dem Friedhof eine Ansprache, in der sie ausführte:

Franzosen und Deutsche ruhen hier beisammen. Sie sind zwar als Feinde, aber für ein gleiches Ideal gefallen, nämlich um den Frieden der Welt zu erkämpfen. Sie sind Samenkörner für einen Frieden Europas, für eine von Demokratie, Frieden und Menschlichkeit erfüllte Welt. Darum schwören wir Kriegerfrauen euch Gefallenen, die Welt zu begeistern für wahre Menschlichkeit, für Frieden und Freiheit.

Nach dieser Rede umarmte eine französische Kriegerwitwe die

Unglaubliche Flegeleien

der Hitler-Angeklagten in Röntgental

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.)

Im Prozeß gegen die nationalsozialistischen Mordbuben von Röntgental kommt es gleich zu Beginn der Montagverhandlung zu einem Zwischenfall, der eine Quittung für die väterliche Milde ist, mit der der Vorsitzende den unglaublichen Flegeleien der Hitler-Angeklagten und -Zeugen entgegentritt. Trotz seiner Ermahnungen an die Nazis

begrüßen sich Angeklagte und Zeugen frech und unbekümmert weiter nach Faschistenart. Dem Reichsbannermann Nespithal wird das zuviel. Er springt empört auf und ruft dem Vorsitzenden zu: „Herr Vorsitzender, wenn die Nationalsozialisten weiterhin ihren Parteigruß austauschen können, so werden wir uns von nun an mit Freil Heil begrüßen". Der Vorsitzende wird sehr wütend, aber beileibe nicht gegen die Provokateure, sondern gegen die Reichsbannerleute. Der Nazi-Anwalt Becker fragt mit spitziger Stimme, was das die Herren vom Reichsbanner eigentlich angehe, wenn die Angeklagten sich mit ausgestrecktem Arm begrüßen.

Man sieht, die seltsame Milde des Vorsitzenden versetzt die Verteidiger der Mörder-Jünglinge in erhöhte Kampfbereitschaft.

Die Verhandlung beginnt mit einem kleinen

nationalsozialistischen Betriebsunfall.

Der famose Herr Wildies, der in der Gefahr schwebt, all die Lügen, die er höchstwahrscheinlich vor Gericht ausgesagt hat, mit seinem Eide bekräftigen zu müssen, gibt nach Gegenüberstellung mit einem Reichsbannerzeugen zu, daß er an dem Mordabend mit einem Stock bewaffnet herumgelaufen sei. Vielleicht wird dem braven Knaben bis zur Vereidigung noch manches einfallen, was er bisher „vergessen" hatte.

Die Aussagen des Reichsbannermannes Gaehlert sind eine einzige vernichtende Anklage gegen die nationalsozialistischen Mörder. Alles, was der Zeuge sagt, trägt den Stempel unbedingtester Wahrheit. Klar, vorsichtig, verantwortungsvoll sind seine Bekundungen. Gaehlert war, nachdem der heimtückische Ueberfall auf den Reichsbannermann Ulm geschehen war, mit zwei bis drei Freunden auf Patrouille gegangen, um den üblen Plänen der Nazis auf die Spur zu kommen. Er beobachtete in der Nähe der Bahnhofstraße mehrere verdächtige Gestalten in Zivil, Nationalsozialisten, die sich verkleidet hatten. Unter ihnen war auch der Angeklagte Köppner, der einen Knüppel trug, während ein anderer Nationalsozialist eine dolchähnliche Waffe besaß. Gaehlert ging dann fort, um den Landjäger zu holen, der aber weder in seiner Amtsstube noch in seiner Wohnung anzutreffen war. Auch den Amtsvorsteher konnte man nicht erreichen. Dann ging Gaehlert zurück und sah

in der Schillerstraße etwa sechs Nationalsozialisten in gebückter Haltung auf der Lauer. Plötzlich ertönten aus der nationalsozialistischen Ansammlung mehrere Signale, von der Straßenecke lösten sich etwa 20 Mann in Schwarmlinie los und eilten im Laufschritt auf das Reichsbannerlokal zu. Gleich darauf ertönte ein Schuß, dann noch ein zweiter. Aus den Reihen der Nazis erscholl der Kommandoruf: „Los, gebt Feuer!" worauf eine ganze Anzahl Schüsse losknallten. Die Reichsbannerleute eilten, von den wie wild schießenden Mördern verfolgt, in das Restaurant zurück, wobei Gaehlert, der ein wenig zurückgeblieben war, von einem Streifschuß getroffen wurde, der ihm den Aermel durchbohrte. Die schießwütigen Nationalsozialisten gaben noch mehrere Schüsse auf das Lokal ab. Ein Mann in Uniform warf ein großes Stück Koks durch die Scheibe, die krachend zersplitterte.

Bald darauf kam das Ueberfallkommando, das die Reichsbannerleute auf Waffen untersuchte, jedoch nicht das Geringste fand(!) Nun eilte die Polizei in das Nazi-Lokal, wo der Wirt zuerst überhaupt leugnete, daß Nationalsozialisten an dem Abend anwesend gewesen seien. In die Enge getrieben, mußte er schließlich die Anwesenheit der Röntgentaler Nazis und ihrer Berliner Kameraden zugeben.

Der Reichsbannermann Zimmer sah eine größere Anzahl Personen, die auf das Reichsbannerlokal zuschritten, hörte Pfiffe und auch Schüsse. Er kann bestätigen, daß die Reichsbannerleute sämtlich unbewaffnet waren. Da der Zeuge nicht ganz so gewandt ist, wie seine Kameraden, versuchen die Verteidiger, ihm allerhand Widersprüche nachzuweisen, die eigentlich keine Widersprüche, sondern höchstens Ungeschicklichkeiten sind. Der nächste Zeuge, der Reichsbannermann Bohnstengel, bestätigt vollinhaltlich die Aussagen seiner Kameraden.

Für die Massen Steuerdiktat — Für den Besitz Steuerermäßigung?

Mit der Notverordnung der Reichsregierung werden den breiten Schichten der Bevölkerung Steuererhöhungen auferlegt. Angeblich sind auf keinem anderen Wege die Fehlbeträge in der Reichskasse zu decken. Trotzdem wird jetzt die Regierung von allen Interessenten bestürmt, die in einer viel günstigeren Zeit versprochene Aufhebung der Kapitalertragsteuer auf dem Verordnungswege in Kraft zu setzen. In demselben Augenblick, in dem die Steuerschraube für die Massen angezogen wird, sollen die Steuern für den Besitz ermäßigt werden. Diese Absicht verdient die schärfste Zurückweisung. Die Sozialdemokratie hat die Ermächtigung der Regierung zur Senkung der Kapitalertrags- und Kapitalverkehrssteuer immer bekämpft. Auch gegenwärtig ist die Aenderung der Kapitalverkehrssteuer aus volkswirtschaftlichen Erwägungen nicht notwendig. Die Aufhebung der Kapitalertragssteuer wäre auch im gegenwärtigen Augenblick nur zweckmäßig für eine Emission, nicht aber für die alten im Umlauf befindlichen Wertpapiere. Die Aufhebung der Kapitalertragsteuer für alte Wertpapiere ist nichts anderes, als ein Geschenk an ihre Besitzer. In einer Zeit größter Finanznot, der Steigerung der Massenlasten, des Abbaues der sozialen Fürsorge ist sie das schärfste Unrecht.

Wir warnen deshalb die Regierung, den Ueberwachungsausschuß des Reichstages für die Zustimmung zu einer Verordnung über die Aufhebung der Kapitalertragsteuer in Bewegung zu setzen.

Auf keinen Fall aber läßt sich die von den Börseninteressenten geforderte Ermäßigung der Börsenumsatzsteuer auf diesem Wege verwirklichen.

Hitlers Wahlparole

Schärfste Offensive gegen die Young-Parteien

München, 28. Juli. (Eigene Meldung.) Eine Führertagung der Nationalsozialisten unter dem Vorsitz Gregor Strassers hat über die taktische und technische Durchführung des Wahlkampfes beraten. Nach dem „Völkischen Beobachter" sprach Adolf Hitler über die Angriffstaktik der Partei, wobei er u. a. äußerte, mit der Annahme des Young-Planes seien Marxismus und Bürgertum in gleicher Weise belastet. Das ermögliche den Nationalsozialisten, im Wahlkampf von Anfang an zur schärfsten und rücksichtslosesten Offensive gegen die gesamte Front der Young-Parteien überzugehen. Wenn dabei die bürgerlichen Parteien zerrieben würden, so sei das an sich nicht Ziel und Zweck des nationalsozialistischen Kampfes, sondern die unvermeidliche Voraussetzung für den Haupt- und Endkampf.

Aus den Andeutungen Hitlers geht deutlich hervor, daß er seine Ohnmacht gegen die Sozialdemokratie eingesehen hat.

Kliquenkampf

bei der K.P.D. in Hannover-Braunschweig

Braunschweig, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Um die Spitzenkandidatur Hannover-Braunschweig ist in der Kommunistischen Partei, wie der hiesige sozialdemokratische „Volksfreund" meldet, ein heftiger Kampf der Richtungen und Kliquen entbrannt. Der bisherige Abgeordnete Miller, den Thälmanns Freunde schon längst als rechten Abweichler hassen, soll abtreten und dem von der Zentrale eingesetzten Sekretär Szhihia aus Altona Platz machen. Szhihia hat die Anwartschaft für die Spitzenkandidatur dadurch erworben, daß er in dem Korruptionssumpf Thälmanns verstrickt ist und als Günstling Thälmanns die Hannoversche u. Braunschweigische Stalin-Filiale leitet. Die seinerzeit aus der SPD. geflüchtete Marie Reese bewirbt sich auch um ein Mandat. Ihre Hoffnung, in Hannnover an die Spitze zu kommen, wird jedoch nicht in Erfüllung gehen. Die KPD.-Bürokratie konnte sie zwar brauchen, als sie mit einem Mandat desertierte und ins kommunistische Lager überging. Nachdem sich aber ihre mangelnde Anziehungskraft erwiesen hat, gilt sie der kommunistischen Partei-Bürokratie nur noch als lästige Konkurrentin.

Ausschluß Streichers

aus der Nationalsozialistischen Partei

München, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie die sozialdemokratische „Münchener Post" erfährt, soll gegen den nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten Streicher-Nürnberg ein Verfahren auf Ausschluß aus der Partei eingeleitet worden sein. Da Streicher jedoch in Nordbayern eine große Anhängerschar besitzt, wird versucht, ihn dahin zu beeinflussen, daß er freiwillig aus dem politischen Leben ausscheidet und sein Mandat niederlegt. Die Ursache zu diesem Schritt glaubt das genannte Blatt darin suchen zu können, daß die Partei seit den sächsischen Wahlen eine radikale Kursänderung vorgenommen habe und, um koalitionsfähig zu werden, die Ausschaltung anrüchiger Elemente beabsichtigt.

Allgemeine Schulpflicht

in Rußland

Moskau, 28. Juli. (Drahtmeldung.) Das Zentralkomitee der kommunistischen Partei beschloß, wie die Telegraphenagentur der Sowjetunion meldet, die Einführung der allgemeinen Schulpflicht und zwar vom Beginn des Rechnungsjahres 1930/31 ab für Kinder von 8, 9 und 10 Jahren und ab 1931/32 für Kinder von 11 Jahren. Außerdem soll im Reichnungsjahr 1930/31 eine 1—2jährige Schulpflicht für Kinder von 11—15 Jahren eingeführt werden, die die Nationalschule nicht absolviert haben. In Industriestädten und Arbeitersiedlungen werden ab 1930/31 Pflichtschulen mit siebenjährigem Lehrgang für solche Sowjetbürger eingerichtet, welche die Elementarschule im gleichen Jahre beendet haben. Sämtliche Parteiorganisationen sind, so bestimmt das Zentralkomitee, aufzufordern, die Einführung der allgemeinen Schulpflicht als die wichtigste politische Campagne der ganzen bevorstehenden Periode zu betrachten.

Verständigung in Indien

Gandhi stellt neue Forderungen

London, 28. Juli. (Drahtmeldung.) Daily Telegraph berichtet aus Bombey: Es verlautet, Gandhi sei bereit, seinen sowie den Kongreßbeschluß, nicht an der Konferenz am runden Tisch teilzunehmen, neu zu erwägen. Aber zuvor wünsche Gandhi irgend eine Art von Zusicherung vom Vizekönig, daß seine vier bekannten Forderungen erfüllt werden. Diese sind:

1. Das Programm der Konferenz soll den Entwurf einer Verfassung, die Indien Unabhängigkeit verleiht, einschließen.
2. Aufhebung der Salzsteuer, Alkoholverbot und Einfuhrverbot für ausländisches Tuch.
3. Eine Amnestie für politische Gefangene, wenn die Verweigerung bürgerlicher Pflichten eingestellt wird.
4. Der übrige Teil der 11 Punkte, die in Gandhis Schreiben an den Vizekönig vor seinem Marsch zu den Salzkammern aufgeworfen wurden, soll einer künftigen Erörterung vorbehalten bleiben.

Der Kongreß der religiösen Sozialisten findet vom 1. bis 5. August in Stuttgart statt.

Nr. 174. 12. Jahrg. Zweites Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 29. Juli 1930.

STADT GELSENKIRCHEN

Fraktionsführerkonferenz

Der Oberbürgermeister hatte für Montag nachmittag eine Fraktionsführerkonferenz einberufen, in der die durch die Notverordnung des Reichspräsidenten geschaffene neue steuerpolitische Situation für die Gemeinden besprochen wurde. Die Verwaltung machte dabei auch mehrere Angaben über die voraussichtliche Entwicklung der städtischen Finanzen im Laufe des Rechnungsjahres 1930. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Indessen wurde der Einberufung einer dringenden Stadtverordnetenversammlung zugestimmt, die am Donnerstag, dem 31. dieses Monats, um 19 Uhr, stattfinden soll. Die Verwaltung wird folgenden Punkt zur Beratung stellen: Beschlußfassung über die Erhebung einer Gemeindebiersteuer, Gemeindegetränkesteuer und Bürgersteuer nach Maßgabe der Notverordnung des Reichspräsidenten.

„Unser tägliches Aergernis gib uns heute!"

Uns geht folgende Zuschrift zu:

Beim Lesen Ihres unter der obigen Ueberschrift erschienenen Artikels muß man nicht nur ganz bedenklich den Kopf schütteln, nein, man muß ihn sogar festhalten und sich ängstlich fragen: Bricht eine neue Zeit des finsteren Mittelalters an?

Solche Dinge kommen nun aber nicht nur in Köln, Recklinghausen und Münster vor. Wir erleben so etwas jetzt beinahe auch alltäglich in der Stadt Gelsenkirchen. Alle Tage wird's besser. Hören Sie einmal: Die katholische Pfarrgemeinde Rotthausen will scheinbar angesichts der zunehmenden „Unsittlichkeit" einen besonderen Feld- und Kreuzzug organisieren. Der Hauptkampf gilt zunächst den Freibädern, dem ärmellosen Kleide, und, o weh! den „nackten Waden"! Den Kindern wird in der Schulmesse gepredigt: „. . . ein „echtes" Schulkind geht nicht ins Freibad, am allerwenigsten „gute und echte Eltern". Das Freibad wird als der „reinste Fleischmarkt" bezeichnet. Am Sonntag, dem 20. Juli, wurde ein junges Mädchen, das in der Kirche in einem ärmellosen Kleide erschienen war, kurzerhand an die Luft gesetzt. Alle Frauen und Mädchen, die in Zukunft in der gleichen Kleidung in der Kirche erscheinen, haben nach einer ausdrücklichen Ankündigung die gleichen Aussichten.

Ich glaube, die Kirchenbehörde würde gut daran tun, doch einmal den verdienstvollen Professor Dr. theol. Hermann Muckermann mit dem Sonderauftrage nach Gelsenkirchen zu entsenden, hier einmal ein großes Kolleg für die gesamte Geistlichkeit zu veranstalten mit dem Hauptthema: **„Die Bedeutung der Strandbäder für die Volksgesundheit der Industriebevölkerung."** Wie klar und mit welcher Offenheit hat Professor Muckermann seinen Standpunkt zur Strandbadfrage im letzten Winter gelegentlich der in Gelsenkirchen veranstalteten Vortragsreihe dargelegt: „. . . Ein Strandbad, in welchem die Unsittlichkeit herrscht, muß geschlossen werden, hinweg damit! Das gute Strandbad dagegen pries Muckermann mit einer ganz erfreulichen Wärme: „. . . Wer will den armen Menschen, die in Mietskasernen, in Kellerlöchern, diesen „Wohnhöhlen grauen Entsetzens", „wohnen" und nun allsonntäglich mit der Familie hinausziehen, in Licht, Luft und Sonne, das Freibad nehmen? Eine solche Maßnahme fände ich geradezu grausam und fürchterlich."

In der Hoffnung, daß Sie auch in Zukunft mit allen Mitteln gegen das Muckertum unserer Tage zu Felde ziehen, bin ich mit bestem Gruße! Unterschrift.

Elternbeiratswahlen an der Lessingschule

Großer Erfolg der Liste „Schulfortschritt".

Zum Termin, der von der Regierung anberaumt war, war die Liste „Schulfortschritt" zurückgewiesen worden. Die davon betroffenen Eltern hatten sich mit diesem Ergebnis nicht zufriedengegeben, sondern Beschwerde gegen diese Entscheidung eingelegt, der auch von der Regierung in Münster stattgegeben worden war. Am Sonntag, dem 27. Juli, fand nun die Wiederholung der Elternbeiratswahl an der Lessingschule statt. Das Ergebnis ist ein gewaltiger Erfolg, erzielte doch die Liste „Schulfortschritt", die bisher mit keinem Sitz vertreten war, eine Position, die sie gleich beim ersten Anlauf mit der Liste „Proletarischer Schulkampf" gleichstellt. Das Verhältnis der Sitze ist 3:3. Das Ergebnis der einzelnen Stimmen: 95 für **„Schulfortschritt"**, 114 für „Proletarischer Schulkampf", eine Stimme ungültig. Es ist nun Sache der Mitglieder, für die Zukunft nicht zu erlahmen, sondern sich durch Agitation und Versammlungsbesuch für ihre Ziele einzusetzen, damit die Arbeit nicht erschwert wird. Wir machen besonders auf die heute (Dienstag) abend um 19 Uhr stattfindende allgemeine Elternversammlung aufmerksam. Der Ort dieser Versammlung wird noch durch die Kinder bekanntgegeben werden.

Vorsicht!
„Schulentlassene Bürolehrmädchen gesucht!"

Die Zeitungsannonce, der Herr Direktor und seine durchsichtigen Anträge

In einer Gelsenkirchener Zeitung erschien am 16. d. Mts. eine Annonce, wonach schulentlassene Bürolehrmädchen gesucht wurden, die sich am Mittwoch, dem 23. d. Mts. in einem Gelsenkirchener Hotel vorstellen sollten. Mehrere junge Mädchen, die sich auf die Offerte gemeldet hatten, wurden in dem Hotel von einem Manne empfangen, der sie einzeln mit auf sein Zimmer nahm, wo er sich dann ihnen in unsittlicher Weise zu nähern versuchte. Der Mann gab sich als Direktor Böhmer aus Oldenburg aus. Er hat nur die Nacht vom 22. zum 23. d. M. in dem Hotel zugebracht. Es handelt sich bei ihm zweifellos um einen Schwindler, dem es wohl nicht auf die Einstellung der Lehrmädchen ankam, sondern auf etwas anderes. Da sich eine Reihe von Mädchen in dem Hotel eingefunden und mit dem Direktor Böhmer verhandelt haben, werden diese gebeten, sich während der Bürostunden bei der weiblichen Kriminalpolizei Gelsenkirchen auf Zimmer 26 in der Wildenbruchstraße 11—13 zu melden. Die Angaben werden streng vertraulich behandelt.

Ein Händler wegen Betrugs festgenommen. Festgenommen wurde ein auswärtiger Händler, der in den letzten Tagen im hiesigen Stadtbezirk Brillen zum Preise von 7 RM pro Stück verkaufte. In einigen Fällen ging er mit dem Preis bis auf 3 RM herunter. Es ist festgestellt, daß die Brillen aus Einheitspreisgeschäften stammen und 50 Pfennig pro Stück kosten. Geschädigte wollen sich bei der Kriminalabteilung melden.

Gestern bei Dorten, heute bei Hitler!

Parallelen zwischen zwei Radauorganisationen / Die Preußen als „Parasitenrasse"
Bedenkliche Rolle gewisser Intellektueller

In der letzten Nummer der „Koblenzer Volkszeitung befindet sich der folgende, von Dr. Hans **Roth** gezeichnete, die historische Wahrheit durchaus widerspiegelnde Artikel:

Im unbesetzten Deutschland konnte man sich wohl schwerlich eine Vorstellung machen von den Leiden und Gefahren, die das Rheinland im Ruhrkampfjahr 1923 durch die separatistische Bewegung zu erdulden hatte und in dem nun befreiten Gebiete selber wären die damaligen Ereignisse langsam in Vergessenheit geraten, wenn nicht die Unruhen in Trier, Mainz und anderen Orten die traurigen Ereignisse von neuem mit brutaler Deutlichkeit in die Erinnerung wachgerufen hätten. Sie geben uns Anlaß, auf gewisse geistige Parallelen und Verbindungen zwischen dem Separatismus und dem neueren Auftreten antisemitisch-nationalsozialistischer Strömungen im Rheinland hinzuweisen.

Als im Spätsommer 1923 der Ruhrkampf auf seiner Höhe stand, wurde durch die von französischer Seite mehr oder weniger offen unterstützte separatistische Bewegung versucht, das Rheinland mit Gewalt vom Reich zu lösen. Diese Aktion wurde vorzugsweise von mit Geld und Waffen reichlich ausgestatteten Banden getragen. Soweit überhaupt eine bestimmte Ideologie vorhanden war, zeigte sich in diesen Kreisen und bei der Propaganda, die sie trieben,

ein fanatischer Haß gegen Preußen,

von dem man angeblich sich nur trennen wollte, während die Bewegung in Wahrheit auf die Bildung eines französisch **orientierten Pufferstaates** hinauslief.

In den separatistischen Flugschriften wurden die Preußen daher als eine minderwertige „Parasitenrasse" dargestellt, die die höherrassige, fränkische Bevölkerung der Rheinlande nur auszunutzen bestrebt war.

Entsprechend diesen Theorien der Verhetzungspropaganda konnte man in separatistischen Versammlungen auch mit Grauen beobachten, wie sehr diese Kreise von einem blinden Haß gegen das Preußentum, in diesem Falle also das Deutschtum überhaupt, als Sündenbock, von dem alles Uebel herrühre, beseelt waren.

Als der Separatismus an dem Widerstand der Bevölkerung zerschellt war, mußten seine Anhänger nach dem Londoner Abkommen amnestiert werden, verschwanden aber gänzlich aus dem öffentlichen Leben.

Bei dem ersten Auftreten der nationalsozialistischen Bewegung im Rheinland beteiligten sich in überraschender Weise eine ganze Anzahl ehemaliger separatistischer Elemente an der Propagierung dieser Idee, die für den extremsten Nationalismus eintritt.

Teils handelt es sich hier um arbeitslose Personen, die sich, eben wie bei der ehemaligen separatistischen Bewegung,

einen finanziellen Vorteil, z. B. als Zeitungsträger,

verschafften. Zum Teil tauchten radaulustige Gestalten wieder auf, die jeden Anlaß zur Unruhe sich zunutze machen. Einige mag auch eine **unüberwindliche Abneigung gegen den neuen demokratischen Staat** in diese beiden sich so widersprechenden Richtungen getrieben haben. Der Hauptteil dieser wankelmütigen Nachläufer — und dieser Umstand ist für die Psychologie des Antisemitismus äußerst interessant — scheint aber von einer unbestimmten Haßgesinnung erfüllt zu sein, die für alle im Leben erfahrene Unbill einen Schuldigen sucht: damals war es das Deutschtum selbst, gegen das sich dieser Haß entlud; jetzt sind die Juden der Sündenbock.

Von Interesse ist bei diesem Zusammenhang noch, daß auch gewisse Intellektuelle, die bei der separatistischen Bewegung meist im Hintergrunde die Fäden lenkten, auch jetzt mehr oder weniger offen mit der antisemitischen Strömung sympathisieren.

Es soll hier natürlich nicht der Anschein erweckt werden, als ob die antisemitische Bewegung nur von Separatisten getragen werde. Aber es muß einen Außenstehenden doch eigenartig berühren, wenn für eine Idee, die angeblich den Kampf gegen „alles Undeutsche" aufnehmen will, neben Männern, deren ehrlicher Nationalismus unbestreitbar ist, solche kämpfen,

die gerade in Notzeiten das Vaterland im Stich gelassen haben.

Reichswehr gegen Kinderfreunde

Restfalkenlager in Münster vorzeitig aufgelöst, weil die „Internationale" gesungen wurde

Die Reichsarbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde hatte für die Restfalken der Kinderfreunde, das sind die Sechs- bis Zehnjährigen, ein Zeltlager geschaffen. 330 Kinder aus Berlin, Kiel und Braunschweig wurden am 5. Juli in den Militärbaracken in Munster (Lüneburger Heide) untergebracht. Nach längeren Unterhandlungen hatte die Reichswehr ihnen im Munsterlager Gastrecht gewährt.

Leider war diese Freundschaft von kurzer Dauer. Die Herren Offiziere an diesem Provinzial-Uebungsplatz waren wohl schon von Anfang an nicht sehr von ihren Gästen erbaut, die ihnen höheren Orts zugewiesen worden waren. Auch der reaktionäre Teil der Bevölkerung von Munster umschlich dieses Lager mit Mißtrauen. So genügte denn schon der geringste Anlaß zum Ausbruch eines offenen Konfliktes. Das Grubenunglück in Schlesien wurde im Kinderlager durch eine Trauerkundgebung gewürdigt. Hierbei ergab es sich ganz von selbst, daß neben anderen Kampfliedern auch der erste Vers der „Internationale" gesungen wurde. Dies genügte, um dem Faß den Boden auszuschlagen.

Der Lagerleitung wurde kurz und bündig von seiten der Kommandantur die Mitteilung gemacht, sie habe innerhalb kürzester Frist das Lager aufzulösen und den Grund und Boden der Reichswehr zu verlassen.

Der Kommandant berief sich hierbei auf angeblich vertragliche Abmachungen, nach denen jederlei politische und weltanschauliche Aeußerungen im Kinderlager zu unterbleiben hätten.

Man kann nur in schärfster Weise das Vorgehen einer angeblich republikanischen Reichswehr verurteilen, die den spontanen Gesang eines Liedes zum Anlaß nimmt, ein Kinderlager aufzulösen und damit **mehreren hundert Großstadtkindern ihre Ferien vierzehn Tage vor Beendigung zerstört.** Man rede hier nicht von vertraglichen Abmachungen. Der Charakter der Gedenkfeier für die verunglückten Bergarbeiter war alles andere, als politisch provokatorisch. Wenn man also ein im Kreise der Kinderfreunde selbstverständliches Lied, von dem noch dazu nur der erste Vers gesungen wurde, als Vertragsbruch begrüßt, so beweist man damit nur (und die vorhergehende eifersüchtige Ueberwachung des Kinderlagers bewies dies ebenfalls), daß

der ehrenwerten „republikanischen" Kommandantur zu Munster jeder Grund willkommen war, um diese unbequeme „Rote Kinderrepublik" schnellstens vom feudalen Grund und Boden der deutschen Reichswehr zu verweisen.

Die Reichswehr hat es wahrlich nicht nötig, sich noch unpopulärer zu machen und bei jeder Gelegenheit zu zeigen, wie herzlich wenig Verständnis ihre Herren Offiziere dem Nachwuchs der Republik entgegenbringen.

STADTTEIL BUER

Der Mieterverein Buer tagte

Zu der Halbjahresgeneralversammlung des Mietervereins Buer, E. V., wird uns geschrieben:

In der gut besuchten Halbjahresversammlung erstattete der Vorstand den Geschäfts- und Kassenbericht für das erste halbe Jahr 1930. In der Berichtszeit konnten wieder 183 Neuaufnahmen gebucht werden. Die Kassenverhältnisse sind ebenfalls in bester Ordnung, trotz der hohen Ansprüche, die in der letzten Zeit wegen der vielen Rechtsstreite gestellt waren. Der 1. Vorsitzende gab in dem Geschäftsbericht einen Ueberblick über die Auswirkungen des Reichsmietengesetzes wonach jetzt die Mieter mehr von dem Gesetz Gebrauch machen, als vor acht Jahren, da es in Kraft trat. Je höher die Mietpreissteigerung vorgenommen wird, um so mehr berufen sich die Mieter auf den § 1 des Reichsmietengesetzes. Bei dem Mieteinigungsamt Buer haben sich die Anträge auf Festsetzung der Friedensmiete seit dem vorigen Jahr um 100 Prozent erhöht. Wenn die Hauseigentümer heute nicht mehr so sehr die Beseitigung der sogenannten Zwangsgesetze verlangen, so versuchen sie die Steuer- und Abgabelasten auf die Mieter abzuwälzen, gegebenenfalls die Mieten auf eine Höhe zu bringen, die ihnen eine gute Rente sichert. Nicht nur die Mieter bestürmen das Mieteinigungsamt, sondern in der letzten Zeit machen es die Hauseigentümer des Buerschen Gebietes, indem sie zu der 100prozentigen Friedensmiete noch 4 Prozent hinzuverlangen, weil die Verordnung des Herrn Oberbürgermeisters Zimmermann vom 20. Juni 1929 die Hauseigentümer dazu berechtige. Weil aber die Eigentümer auf dem Buerschen Gebiet im Juli 1914 die Schönheitsreparatur allgemein selbst ausgeführt haben, können sie heute nicht mehr die Friedensmiete mit 104 Prozent veranschlagen, sondern nur 100 Prozent zuzüglich der reichsgesetzlichen und kommunalen Zuschläge erheben. Die im Monat Juni zu zahlende Miete betrug 126 Prozent, wenn der Mieter jetzt die Schönheitsreparatur selbst ausführt. — Die Lockerungsverordnungen der Zwangswirtschaft haben den Eigentümern weitgehende Rechte gebracht, die von manchem Eigentümer mißbraucht werden und sich zum Nachteil der wohnungsuchenden Mieter auswirken. Oft ist es vorgekommen, daß der Eigentümer seine Wohnung an eine wohnungssuchende Familie ohne Genehmigung des Wohnungsamts als möbliert zu hohem Preise vermietet hat, in Wirklichkeit waren an Möbeln nur vier Gardinenhaken vorhanden. Auf solche Art gehen dem Wohnungsamt und auch den wohnungssuchenden Mietern die leerwerdenden Wohnungen verloren. Der Eigentümer verlangt aber für solche Wohnungen einen Wucherpreis. Solche Eigentümer sind künftig an den Pranger zu stellen. Alle Klagelieder der Eigentümer über die schlechte Wirtschaftslage haben keine Berechtigung, wenn man sich die Zusammensetzung der gesetzlichen Miete ansieht, und die folgendes Bild ergibt:

1.	Laufende Instandsetzungsarbeiten	17 Prozent
2.	Verzinsung und Tilgung für große Instandsetzungsarbeiten	6 Prozent
3.	Verwaltungskosten	7 Prozent
4.	Verzinsung für Hypotheken	21 Prozent
5.	Hauszinssteuer	48 Prozent
6.	Betriebskosten	19 Prozent
7.	Risiko	2 Prozent
	zusammen	120 Prozent

Hinzu kommen noch die kommunalen Zuschläge zur Grundvermögenssteuer, gleich 126 Prozent, im Monat Juni. Die in Preußen erfolgte Mietpreissteigerung ist gerade in einem Zeitpunkt gekommen, wo jeder auf die vielversprochene große Preisabbauaktion der Brüning-Regierung gewartet hat. Sie paßt wie die Faust aufs Auge. Ohne diese Mietpreissteigerung war ein Ausgleich des Haushalts für 1930 in Preußen möglich, selbst wenn keine anderen Einnahmequellen vorhanden oder die Ausgaben nicht zu senken waren. Dafür mußten aber die Hauszinssteuerüberschüsse des Althausbesitzes erfaßt werden, die den unwidersprochenen Feststellungen seit 1926 jährlich etwa 300 Millionen RM betragen. Sie werden von dem Mieter gezahlt, der Hausbesitz führt das an die Steuerbehörde nicht ab. Die Mieter haben ein gewisses Recht, wenn sie sich gegen das Veranlagungssystem bei der Hauszinssteuer wehren. Die Veranlagung mußte bei dem Eigentümer genau so erfolgen wie bei dem Mieter, dann würden die Zwischengewinne des Hausbesitzes an der Steuer ausgeschaltet.

Die Versammlung hat folgende

Entschließung

einstimmig angenommen:

Bei aller Anerkennung und Würdigung der Maßnahmen der Stadtverwaltung, den Haushalt ins Gleich-

Gasangriff im Wahlkampf!

Wie man es 1912 machte / Die Kothaufen vor dem Altar!
Bereiten wir uns auf Gasangriffe in diesem Wahlkampfe vor!

Ohne Prophet zu sein, darf man voraussagen, daß der bevorstehende Wahlkampf ein ganz besonders schwerer sein wird. Nicht allein die Einheitsfrontverhandlungen im rechtsbürgerlichen Lager weisen darauf hin, sondern auch die gehässige Schreibweise, die von der Zentrumspresse beliebt wird, sagt dasselbe. Die „Buersche Volkszeitung", das Organ der rückständigsten Zentrumsgruppe in unserer Stadt, macht zwar zwischen Schreibweise im Wahlkampf und sonstigem Redaktionston kaum einen Unterschied. Selbst Anhänger der Zentrumspartei haben schon des öfteren erklärt, daß sie sich mit einer solchen Tonart nicht einverstanden erklären könnten. In letzterer Zeit bemüht sich allerdings auch die „Gelsenkirchener Zeitung", auf das Niveau der Volkszeitung herunterzuklettern. Insbesondere sind es die regelmäßig in der „Gelsenkirchener Zeitung" erscheinenden Streiflichter, in denen die Redaktion des Blattes sich abmüht, in Konkurrenz mit dem Besenstielton des „Ruhrechos" zu treten.

Im kommenden Wahlkampf ist die

Position der Zentrumspartei

außerordentlich schlecht. Alle Resolutionen, die man in Konferenzen und Sitzungen der Vereine fassen läßt, die als Filialen der Zentrumspartei angesprochen werden müssen, täuschen nicht über die Tatsache hinweg,

das große Teile der katholischen Arbeiterschaft sich nicht mehr durch den kirchlichen Kitt von der berechtigten Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen

abhalten lassen werden. Die Heldentaten der Regierung Brüning haben auch bei den katholischen Arbeitern die Unzufriedenheit derartig gesteigert, daß die Leitung der Zentrumspartei mit dem Abspringen eines gewissen Teiles der Zentrumswähler aus dem Arbeiterlager rechnen muß. Die Sünden des Herrn Brüning und des Herrn Stegerwald sind ja auch so groß, daß die Zentrumspresse im Wahlkampf nicht wagen wird, in eine Auseinandersetzung über diese wirtschaftlichen Dinge einzutreten. Nach altbewährtem Zentrumsrezept wird man einfach diese unliebsamen Dinge unerwähnt lassen und dafür die schon so oft benutzte Parole:

„Die Religion ist in Gefahr!"

hervorholen. Man wird die Sozialdemokratie der Religionsfeindlichkeit bezichtigen und die einschlägigen Schlagworte aus dem München-Gladbacher Traktätchenschrank hervorholen. Wir werden in diesem Wahlkampf, der schon durch das brutale und unverantwortliche Treiben der Nazi schwer genug sein wird, damit rechnen müssen, daß man von der Zentrumspartei aus in den letzten Tagen des Wahlkampfes

sogenannte Wahlbomben

losläßt, die, der modernen Materialschlacht angepaßt, jetzt mehr den Charakter von Wahl-Gasbomben haben werden. Will man doch die wirtschaftliche Notlage und das verbrecherische Versagen der Zentrumsregierung Brüning auf diese Weise der katholischen Arbeiterschaft gegenüber vernebeln und unsichtbar machen.

*

Die Zentrumspartei hat in diesen Dingen Erfahrung. Um unseren Freunden schon jetzt zu zeigen, mit welchen gegnerischen Maßnahmen wir im Wahlkampf unter Umständen zu rechnen haben, sei an die Vorgänge erinnert, die anläßlich der

Reichstagswahl 1912

das politische Leben verpestet haben.

Bei dem damaligen Wahlkampf lagen die Dinge so, daß nach dem ersten Wahlgang die Sozialdemokratie in Köln, in der schwarzen Hochburg, gesiegt, und daß im hiesigen Bezirk der Kandidat der Nationalliberalen der Renommier-Bergmann Carl Heckmann, dem sozialdemokratischen Kandidaten Otto Hue entgegenstand. Für die Stichwahl hatte sich das Zentrum mit den Nationalliberalen unter der Parole **„Nieder mit der Sozialdemokratie!" verbündet. Der Sieg Heckmanns hing aber davon ab, ob und inwieweit es die Zentrumspartei fertigbringen würde, ihre Arbeiterwähler für den Kuli der Großindustrie an die Wahlurne zu bringen. In der Zentrumsarbeiterschaft war** man nämlich der Meinung, **daß der rote Hue eigentlich, nachdem die eigene Kandidatur hinfällig geworden, doch erheblich angenehmer sei, als der Vertreter der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktiengesellschaft.**

Es mußte also irgendwie eine

Wahlbombe

gefunden werden, durch die der Zentrumsarbeiter von der Tatsache abgelehnt würde, daß er von seiner Parteileitung als großindustrielles Stimmvieh benutzt werden sollte. Diese **Wahlbombe mußte geeignet sein, die katholischen Gemüter derartig aufzuregen,** daß sie für diesen offensichtlichen Verrat an den Arbeiterinteressen keinen Blick mehr hatten.

*

In Bochum (damals war der Wahlkreis Bochum-Gelsenkirchen) fand man diese Wahlbombe. Die Zentrumszeitung in Bochum brachte in großer Aufmachung folgende Notiz:

„Pfui Teufel!

Wie weit die Gemeinheit der Sozialdemokratie geht, beweist folgendes: **In der Klosterkirche in Bochum wurde auf die Bank vor dem Altar der Weihnachtskrippe** geschrieben: „Jesus spricht: Wählt Hue!" **Auch an einem Seitenaltar vor der Kommunionbank stand** geschrieben: **„Wählt Otto Hue!" Katholiken, so besudeln die roten Brüder euer Heiligstes, was ihr besitzt. Ist Köln in die Hände der Sozialdemokratie gefallen, so muß ihnen dafür dieser Wahlkreis entrissen und Essen dem Zentrum erhalten** bleiben. Keiner darf am Donnerstag zu Hause bleiben. Wer es tut oder einen weißen Zettel abgibt, hilft Hue zum Siege, unterstützt die Partei, welche die Kirche schändet und **die Religion verspottet."**

Am Vormittag des Wahltages selbst wurde dann noch durch ein in größten Auflagen gedrucktes Flugblatt folgende Wahlbombe losgelassen:

„Die Klosterkirche von Sozialdemokraten geschändet.

Ein sozialdemokratisches Flugblatt will es als schmutzige Erfindung hinstellen, daß in der Klosterkirche auf die Bank vor dem Altar der Weihnachtskrippe von ruchloser Hand die Worte geschrieben seien: „Jesus spricht: Wählt Hue!" Wir halten die Nachricht nicht nur nach wie vor vollkommen aufrecht, sondern erklären, daß ihre Richtigkeit einem hochgeachteten Bürger vom Kloster selbst bestätigt worden ist.

Außerdem wurden an demselben Tage, wo die Bank: „Jesus spricht: Wählt Hue!" von gemeiner Hand bekritzelt wurde, drei Haufen Menschenkot gefunden.

Da uns das Volksblatt der Lüge zeiht, sei auch dieses hier noch mitgeteilt, und dann am Schluß: Gebt den roten Gesellen für solche Gemeinheiten am heutigen Tag die Quittung. Nieder mit der Sozialdemokratie! Nieder mit Hue! Zenntrumswähler! **Alle Stimmen für Heckmann!**

Was die Wahlmacher der zentrümlich-nationalliberalen Industriefront erreichen wollten, schafften sie durch diese Wahlbombe. Die Volksseele im katholischen Lager fing wunschgemäß zu kochen an, und katholische Arbeiter, **die lieber zu Hause geblieben wären, als dem gelben Heckmann die Stimme zu geben, gingen nun zur Wahlurne und stimmten durch Abgabe des Stimmzettels für Heckmann gegen die „Kirchenschänder", die den „Menschenkot vor den Altar"** gelegt **hatten.** Während Hue 64 833 Stimmen erhielt, machte Heckmann mit 78 835 Stimmen das Rennen.

Interessant ist die Erklärung der **sozialdemokratischen Kreisleitung,** die unter der Ueberschrift: **„Die rettenden Kothaufen"** in der Ausgabe des „Volksblattes" vom 27. Januar 1912 veröffentlicht worden ist:

„Dem nationalliberalen Frevel mit den Schandtaten in der Klosterkirche zu Bochum wird die Parteileitung unseres Kreises mit allen gebotenen Mitteln zu Leibe gehen. Sie ist überzeugt, daß ein Sozialdemokrat nie und nimmer solche Schmutzereien begehen kann, da die Partei damit nur geschädigt werden könnte. Es wäre geradezu Widersinn, die Gefühle der Leute zu verletzen, mit denen zusammen man den Gegner niederzwingen kann. In die Klosterkirche gehen bekanntlich sehr viele Polen zum Gottesdienst. Da liegt die Vermutung doch sehr nahe, daß die Nationalliberalen viel mehr Interesse daran hatten, die **Polen gegen die Sozialdemokratie** aufzuwiegeln, als daß Sozialdemokraten sie gegen sich aufbrachten, da die Polen in der Stichwahl für Hue zu stimmen bereit waren. Für jeden einsichtigen Menschen liegen die Dinge klar. Um ihnen aber auf den Grund zu gehen, suchten zwei Genossen vom sozialdemokratischen Zentralkomitee am Freitag den leitenden Pastor der Klosterkirche auf, um zu ermitteln, was Wahres an den nationalliberal-zentrümlichen Behauptungen sei. —

Folgendes wurde von unseren Genossen geklärt: **Von den Tätern habe man keine Ahnung. Die Kirche sei gegen 5 Uhr** früh bis abends 8 Uhr offen. **Vor 14 Tagen sei von den Reinemachfrauen hinter der Eingangstür und vorigen Freitag an einer Stelle in der Kirche selbst Kot gefunden worden. Diese skandalösen Vorkommnisse gegen jemand im Wahlkampf auszunützen, habe die Leitung der Klosterkirche abgelehnt.** Ebenso, wie sie abgelehnt habe, die Polen zur Wahl für Heckmann zu gewinnen. (Wo mögen die Einflüsterungen herkommen?) **Nach dem Ausfall der Wahl in Köln (!) sei ein angesehener Bürger (!) an sie herangetreten mit der Frage, ob die mitgeteilten Dinge Tatsachen seien. Das habe die** Leitung bejahen müssen, und die **Veröffentlichung und Ausnützung im Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie nicht mehr verhindern können.**

Die Behauptungen, daß Altar und andere wichtige Gegenstände beschmiert gewesen seien, sind unwahr. Mit Kreide ist auf eine Bank geschrieben worden: Wählt Otto Hue!

Sicherlich ist das von keinem Hueanhänger geschehen. Welche Idioten oder raffinierte Schwindler hier am Werke gewesen sind, beweist eine weitere Mitteilung, die der **leitende Pastor unseren Genossen machte.** Da soll am Wahltage, gegen 5 Uhr abends, noch in der Kirche einer Frau ein Zettel auf den Rücken geklebt worden sein, mit dem Inhalt: Wählt Otto Hue! Die Frau selbst hat nichts gemerkt, andere Leute hätten sie erst darauf aufmerksam gemacht. **Unsere Genossen wünschten den Zettel zu sehen.** Das wurde ihnen zugesagt. Der Hausdiener **hatte ihn aber mit zur Stadt genommen.** Es sei ein geschriebener Zettel gewesen, die Worte sehr groß. Durch Besichtigung der Kirche stellte sich heraus, daß eine Freveltat an einem Orte geschehen sein soll, der links von der Eingangstür an einer anderen abgeschlossenen Tür liegt, zu der man nur durch einen besonderen Raum gelangen kann.

Soweit die Feststellungen.

Alle anderen Behauptungen, die im Wahlkampfe gegen uns benutzt wurden, sind aus den Fingern gesogen. Wie aus den Fingern gesogen ist, daß die Sozialdemokratie mit der ganzen Kirchenschändung etwas zu tun hat. Das Zentralwahlkomitee unserer Partei wird eine hohe Belohnung aussetzen, um die Frevler zu ermitteln, damit festgestellt werden kann, welcher Partei sie angehören. Hoffentlich bemüht sich die Nationalliberale Partei ebenfalls darum.

Wir stellen für heute zum Schluß fest, daß Tausende katholische Wähler, namentlich in den beiden Großstädten Bochum und Gelsenkirchen, nach Herausgabe dieses Schmutzflugblattes wegen der angeblichen Kirchenschändung durch Sozialdemokraten in Scharen zur Wahl gingen, um gegen uns zu votieren. Und beide Großstädte mit ihren straffen Zentrumsorganisationen haben die Majorität für Heckmann gebracht. Darauf kann er stolz sein."

*

Nach diesem Wahlergebnis, dem noch der **Duft der erlogenen Kothaufen** anhaftete, erhielt die Nationalliberale Partei von Berlin folgendes Telegramm: „Für die gute Nachricht vom Erfolge des nationalen Kandidaten meinen besten Dank! **Das deutsche Bürgertum wird überall dort siegreich sein, wo vaterländisches Pflichtgefühl den Parteihader überwindet.**

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg."

Man möchte sagen: **Das deutsche Bürgertum wird überall siegreich sein, wo gerissene Vertretung egoistischer Klasseninteressen vereinigt mit dem Duft erlogener Kothaufen vor dem Altare sich verbünden.**

*

Das war die Wahlbombe von 1912! Die Situation für die Zentrumspartei ist in diesem Wahlkampfe noch viel gefährlicher. Die Demokratie hat es mit sich gebracht, daß auch der bewußt katholische Arbeiter immer mehr einsieht, daß sein Kollege, der in religiöser Beziehung anders eingestellt ist, als er, mit dem er aber gemeinsam die Ungerechtigkeiten seiner Klasse tragen muß, für ihn der wirkliche Genosse in der Vertretung seiner politischen und wirtschaftlichen Belange ist. Die Phrase von der **Religionsfeindlichkeit der Sozialdemokratie** ist so abgedroschen, daß sie nur noch bei den Zentrumshinterwäldlern Zugkraft hat.

Rechnen wir damit, daß das Zentrum irgendeine Wahlbombe schon in Fabrikation gegeben hat. J. H.

---

gewicht zu bringen, erheben die Mieter der Stadt Buer scharfen Protest gegen die ständigen Mietpreissteigerungen. In einer Zeit wo von allen Seiten Preis und Lohnabbau verlangt wird, ist eine Mietpreissteigerung nicht in Einklang zu bringen.

Der Mieterverein wird mit allen Mitteln gegen die Erhöhung der Mieten kämpfen und wird auch vor dem letzten Mittel nicht zurückschrecken. Die Maßnahme der Stadtverwaltung tastet das Existenzminimum weiterer Volkskreise in empfindlichster Weise durch Steigerung der heute schon bis zur äußersten Grenze der Tragfähigkeit reichenden Mietsätze an und löst schwerste wirtschaftliche Erschütterungen aus.

Verkehrsunfall. Freitag abend stießen an der Ecke Berliner und Dorstener Straße der Radfahrer Friedrich P. aus Marl und ein unbekannter Motorradfahrer zusammen. P. wurde am Kopf, an der linken Hand und am linken Unterschenkel leicht verletzt. Der unbekannte Motorradfahrer flüchtete, jedoch konnte die Nummer des Rades festgestellt werden.

Diebe können alles gebrauchen. In der Nacht wurde von der Veranda eines Hauses am Stadtwald ein weißgestrichener Küchenstuhl im Werte von etwa 4,50 RM entwendet.

Vermißte Person wieder aufgefunden. Die als vermißt gemeldete Ehefrau Ponk aus Erle wurde in der Nacht zum 24. dieses Monats in hilflosem Zustande auf der Bismarckstraße betroffen. Sie ist zunächst dem Krankenhaus zugeführt worden, wo sie sich zur Zeit noch befindet.

Submissionsblüte. Bei der kürzlich erfolgten Submission der Glaser- und Anstreicherarbeiten für 36 Wohnungen der Bergmannssiedlung in Buer-Scholven an der Berliner Straße wurden zehn Angebote eingereicht, die in ihrer Preisgestaltung recht erheblich voneinander abwichen. Der billigste Unternehmer offerierte mit 8010,74 RM (Gieria, Buer), während der teuerste die Summe von 13 436,10 RM (Kerstina, Buer) forderte. Nachstehend die einzelnen Angebote: Gieria 8010,74 RM, Korte 9712,75 RM, Mak 9941,88 RM, Schlöter 10 251,60 RM, Nabbefeld 10 364,76 RM, Heil 10 356,08 RM, Harmsen 13 097,15 RM, Kerstina 13 436 RM, Brenzel 11 417,25 RM.

STADTTEIL HORST

Niicht ohne eigene Schuld empfindlich geschädigt. Eine Frau aus der Poststraße kehrte am Mittwoch, gegen 11 Uhr, bei einer Familie in der Alleestraße ein und stellte ihr Fahrrad in einer nahen Gasse ab. Ihre Handtasche mit 25 RM ließ sie leichtsinnigerweise an dem Rade hängen. Als sie nach etwa einer halben Stunde wiederkam, mußte sie die unerfreuliche Feststellung machen, daß der Geldbetrag verschwunden war.

Gerichtliches

Schöffengericht Gelsenkirchen.

Großstädtisches Nachbarnidyll.

Da leben in einer Straße, nicht in einem Viertel, wo die Prominenz zu Bett geht, Familien . . . wahrscheinlich schon lange in sogenanntem Frieden und bestem Einvernehmen. In einem Hause, wo beinahe unzählige Menschen hausen, können nicht paradiesische Verhältnisse herrschen. Und auch hier ist der Fall, was so oft zutrifft: Wenn die Eltern sich vertragen, sorgen die Kinder dafür, daß „Leben in die Bude kommt". Wie gesagt, die alltägliche Geschichte. Die Kinder schlagen sich, eine Mutter erfährt davon, ist aufgeregt, empört, nimmt sich — natürlich! — das Kind des Nachbarn vor und verabreicht ihm ein paar Ohrfeigen. Das ist das Vorspiel.

Nun kommt der Vater des geschlagenen Kindes nach Hause. Das erste, was er tut, ist, daß er zu der Missetäterin geht und ihr die Leviten liest. Dabei kommt es im Laufe der nicht salonfähigen Unterhaltung zu Bezeichnungen der Eigenschaften dieser Frau und zu Kosenamen, die im allgemeinen nicht gebräuchlich sind, die ohne Not nicht in den Mund genommen werden sollen, und die wir aus diesem Grunde verschweigen. Damit hat das Geschick seinen Anfang genommen. Der Mann der beschimpften Frau, stark, ehemaliger Soldat, nicht sonderlich zart besaitet, macht seinem Unmut durch Drohungen Luft, die die Ehegesponsin des Widersaches veranlassen, in die Kneipe zu laufen und ihren Mann vor dem blutigen Ueberfall durch den Flurnachbarn zu warnen. Der Mann ging vorsichtig nach Haus, kletterte durchs Fenster und hielt sich erst in seiner Wohnung auf. Die Tür zum Flur hin stand offen. Auch machte sich der Bedrohte unnötig auf dem Flur zu schaffen. Kurz und gut: Plötzlich stehen sich die Parteien gegenüber. Hier Ehemann und Ehefrau, dort Ehemann, Ehefrau und Freund. Der unbeteiligte Besucher versucht noch einmal, zu schlichten. Aber schon hat der sich bedroht Fühlende, ein Beil in der hocherhobenen Hand, auf den ahnungslosen dritten der Gegenpartei gestürzt, und nur einem Zufall ist es zuzuschreiben, daß der Ueberfallene mit einer verhältnismäßig glimpflichen Verletzung davonkam. Eine 3 Zentimeter lange, tiefe, klaffende Wunde an der Stirn. Dieser erste Schlag war aber das Zeichen zum Beginn einer regelrechten Schlacht, die sich nun auf dem Flur zwischen den Wohnungen abspielte. Mit Beil, Hammer und Stock wurde auf den Gegner losgedroschen, bis wahrscheinlich doch ein Zeitpunkt der allgemeinen Ermattung einsetzte und Gelegenheit gefunden wurde, Arzt und Polizei aufmerksam zu machen und herbeizuholen. Die Einzelheiten der Vorgänge zu klären, erwies sich vor Gericht beinahe als ein Ding der Unmöglichkeit, deshalb wurden vier der Angeklagten freigesprochen. Lediglich der tapfere Mann, der den ersten Hieb mit dem Beil getan hatte, erhielt wegen gefährlicher Körperverletzung einen Monat Gefängnis.

Schecks, denen die Deckung fehlte . . .

Ein Kaufmann, der finanziell auf nicht brüchigen Füßen steht, war der 27jährige F. M. In Essen und Gelsenkirchen machte er — lang ist es her — im Oktober 1926 Autofahrten, recht ausgedehnt und vielleicht amüsant. Schließlich — und darauf kam es an — war er nicht in der Lage, die Chauffeure zu entlohnen, sondern drohte ihnen jedesmal einen Scheck an, der wertlos war, da keine Deckung für ihn bestand. Der Schaden belief sich auf 60 RM, die der Vater des Chauffeurschreckens wieder gutgemacht und bezahlt hat. Für diese kostenlosen Touren muß der Angeklagte, der mit dieser Tat seine Laufbahn vor Gericht begonnen hat, drei Wochen ins Gefängnis; die Untersuchungshaft wird angerechnet.

Nr. 174. 12. Jahrg.
Drittes Blatt.

Volkswille

Gelsenkirchen, Dienstag, den 29. Juli 1930.

Die Zinspolitik der Banken

Die Sparkassen sollen sich den Banken fügen
Dadurch Verschärfung der Krise: Kapitalflucht ins Ausland

In den letzten 14 Tagen gab es im deutschen Bankwesen einen großen Krach. Keine Riesenpleite (noch nicht!), aber eine ganz außerordentlich scharfe Auseinandersetzung zwischen Privatbanken und öffentlichen Sparkassen. Dieser Krach war sehr lehrreich; er nahm nämlich die letzten Hüllen von der negativen und letzten Endes wirtschaftsfeindlichen Politik, die das deutsche private Kapital mit immer katastrophaleren Folgen betreibt.

Bei diesem Krach ging es um die Zinspolitik. Die Reichsbank hatte gerade ihren Diskontsatz wieder einmal verbilligt, und zwar von 4½ auf 4 Prozent. Geht in einer Wirtschaftskrise der Reichsbankdiskont zurück, so heißt das, jeder kreditwürdige Privatunternehmer kann entsprechend verbilligtes Geld für seine Produktion bekommen, womit eine Wirtschaftskrise, auch im übrigen billigere Kosten voraussetzt, wieder in eine gute Konjunktur umschlagen könnte.

Aber in Rheinland-Westfalen haben damals die privaten Banken,

obwohl sie selbst nach der neuen Diskontsenkung um ½ Prozent von der Reichsbank entsprechend billigeren Kredit haben konnten, ihre eigenen Zinsforderungen diesmal nicht herabgesetzt, so daß die Wirtschaft entsprechend geschädigt wurde und tatsächlich auch die Gefahr einer Krisenverschärfung eintrat. Die Privatbanken gaben diese Schädigung auch zu, erklärten aber, daran sind die rheinisch-westfälischen Sparkassenschuld: die Banken hätten die Sollzinsen (für Kredite) gern entsprechend der Diskontsenkung verbilligt, die Sparkassen hätten aber die Habenzinsen (für Einlagen) nicht herabgesetzt; wenn die Banken ihre Einleger auch so gut behandeln würden, kämen die Banken mit der Differenz zwischen Einlagenzinsen und Kreditzinsen zur Erwirtschaftung der Kosten und der Dividende nicht mehr aus; darum könnten — trotz der Diskontermäßigung — die Wirtschaftskredite so lange nicht entsprechend verbilligt werden, als die Sparkassen ihren Einlegern weiter so hohe Zinsen vergüten. Dabei hatten aber die Sparkassen selbst ihre Anleihezinsen (für Hypotheken und offene Kredite) herabgesetzt, ihre eigene Zinsspanne also verkleinert! — Es wurde also, mitten in der schwersten Wirtschaftskrise, von den privaten Banken der

tolle Vorwurf erhoben, die Sparkassen sind zu billig und müßten teurer sein;

denn sonst werden die Privatbanken ruiniert. Die Sparkassen antworteten darauf mit Recht, für sie käme es auf den volkswirtschaftlichen Dienst (hohe Einlagen- und niedrige Kreditzinsen) an, nicht auf das privatwirtschaftliche Verdienen (umgekehrte Zinsordnung mit hoher Zinsspanne); im übrigen sei für die Einlagenzinsen nicht der Reichsbankdiskont, sondern der Pfandbriefzins maßgebend, weil die Sparer bei zu niedrigen Einlagezinsen einfach nur noch Pfandbriefe kaufen und die Sparkassen boykottieren. Als das Geld in Deutschland teuer gewesen sei, die Banken teilweise mehr vergüteten als die Sparkassen, der Pfandbrief aber auch nur 8 Prozent und Hypotheken nicht viel mehr als heute brachten, sei es den Banken nicht eingefallen, sich über die Sparkassenzinsen zu beklagen.

Dieser Streit schlug Wellen durch ganz Deutschland. In Berlin vermittelte (hinter den Kulissen natürlich) die Reichsbank zwischen Privatbanken und Sparkassenzentralen. Der Reichswirtschaftsminister und der preußige Wohlfahrtsminister setzten sich mit aller Macht für die Einführung des siebenprozentigen Pfandbriefes ein (der den Sparkassen mit den Einlagezinsen ja zurückzugeben erlaubte!). Schließlich gaben die Sparkassen im großen und ganzen mit der Einführung der siebenprozentigen Pfandbriefe nach und setzten ihre Einlagezinsen herab. In Mitteldeutschland kam es sogar zu einer direkten Vereinbarung zwischen Banken und Sparkassen.

Die bürgerliche Handelspresse deckte den Mantel der Liebe über die Gegensätze und erklärte, daß eigentlich beide recht hätten, daß eine Verständigung (auf wessen Kosten?) notwendig sei, und daß ein Streit eigentlich nur wegen der widerspruchsvollen Entwicklung des Geldmarktes — nach der die Banken — und der des Kapitalmarktes — nach der die Sparkassen Kredite gewähren — entstanden sei. Den Sparkassen möge auferlegt werden, daß sie bis zu einer Höchstgrenze Spareinlagen aufnehmen und ausgeben dürften.

Was wäre die Folge? Die Konkurrenz der Sparkassen um die in Deutschland heute noch sichtbar fließenden Kapitalquellen würde erschlagen, die Sparkassen würden in ein Zinskartell der Privatbanken eingespannt und die ungeheuren Fehler der privaten Bankpolitik, die die Bankrentabilität bedrohen, würden in ihrer schädlichen Wirkung neutralisiert werden — und alles auf Kosten der Gesamtwirtschaft!

Es ist verständlich, daß die privaten Banken immer größere Sorgen haben, und daß die öffentlichen Banken und die Sparkassen, zum Nutzen der Gesamtwirtschaft, immer konkurrenzfähiger in der Heranziehung von neuem Kapital werden.

Einmal sind Zahl und Kosten der Privatbanken im Verhältnis zum Geschäftsumfang immer noch viel zu groß, der Sparkassenapparat ist viel weniger aufgebläht und arbeitet, trotz höherer Gehälter, viel sparsamer.

Zum zweiten haben die Banken ihre Sparer- und Rentnerkundschaft durch Verweigerung jeder Aufwertung auf Generationen verärgert.

Zum dritten — und damit beginnen die ärgsten Fehler — haben besonders die deutschen Privatbanken durch ihren gegenseitigen Wettlauf in der finanzkapitalistischen Industrieherrschung (eigentlich ein Wettlauf um die Kundschaft die Voraussetzungen eines guten Bankgeschäftes ruiniert: als industrielle Großaktionäre stießen die Banken mit ihrer Dividendenpolitik das Aktionärpublikum vor den Kopf. Sie mußten auf der Börse ihre eigenen Aktien stützen; die folgende Aktionärsvertrauenskrise ruinierte das Emissions- und Börsengeschäft der Banken. Die industrielle Hausmachtpflege der Banken verlange Zwangskredite und Zinsrabatte bei gleichzeitig wachsenden Verlustgefahren in den „nahestehenden" Unternehmungen, während die Kleinkredite überhaupt vernachlässigt und die nicht „nahestehenden" Kunden vielfach übers Ohr gehauen wurden.

Viertens: Obwohl die Privatbanken am stärksten an der Verhinderung der Kapitalflucht interessiert sein müßten (die geflüchteten acht Milliarden wären doch fast hundertprozentig Privatbankgelder geworden), geben sie selber bei dieser Flucht ein schlechtes Beispiel und treiben ihre eigene Kundschaft ins Ausland.

Zum fünften hat die Hetze gegen die Kommunen und den öffentlichen Kredit, haben die immer mehr zu Krawattenverträgen werdenden Kreditgewährungen an öffentliche Körperschaften und Werke und hat schließlich auch die Mittlerstellung der Banken bei der Verhökerung der öffentlichen Werke ans Ausland auch die letzte öffentliche Kundschaft aus den Bankkontoren vertrieben.

Schlußfolgerungen.

In der Tat, den Banken geht es heute nicht gut, und sie genießen wenig Vertrauen. Aber daran sind die Banken selber schuld und nicht die Sparkassen. In der jetzigen Wirtschaftskrise sind die Sparkassen durch ihren Wettbewerb in der Zinspolitik nützlich, die Banken durch ihre Forderung nach Ausschaltung des Wettbewerbs und nach einem öffentlich-privaten Zinskartell schädlich. Es ist deshalb bedauerlich, daß die Sparkassen im Kampf um die Zinsspanne überhaupt etwas nachgeben. Notwendig ist vielmehr, daß nicht nur die Sparkassen, sondern die ganze Gruppe der öffentlichen Banken ihren Wettbewerb mit den Privatbanken aufrechterhalten, denn nur dieser Wettbewerb kann wirklich auch in der Zinspolitik Verbilligungen herbeiführen. Geradezu schädlich müßte aber ein Frieden zwischen Banken und Sparkassen sein, solange die Friedenswünsche der Banken ausschließlich wie jetzt ihre Gründe in den Fehlern der privaten Bankpolitik haben.

Keine Preissenkung

Duisberg diktiert / Und was tut die Regierung Brüning?

Einige Tage lang war im bürgerlichen Blätterwald ein geheimnis- und erwartungsvolles Raunen: bei wichtigen Markenartikeln sollen die Preise herabgesetzt werden, um der Preissenkung im Einzelhandel einen Antrieb zu geben. Das parlamentslose Interregnum Brüning hat diese Senkung der Einzelhandelspreise nötig, nachdem sein frisch-fröhlicher Wille zum Lohndruck doch das Hindernis sehr beachten mußte, daß eine Reallohnsenkung in Krisenzeiten volkswirtschaftlicher Selbstmord ist. Diese Preissenkung im Einzelhandel hat jetzt, unter Führung der Markenmonopolisten, ein Begräbnis erster Klasse erfahren. Duisberg, der Herr des deutschen Farbentrusts, hat Brüning die kalte Schulter gezeigt.

Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels

teilt mit, sie habe die Preissenkungsfrage mit allen Spitzen- und Farbenverbänden der Produktion und des Handels einschließlich des Markenschutzverbandes verhandelt. Ueber das Ergebnis der Verhandlungen wird festgestellt, daß die Preissenkungen des letzten Jahres schon erheblich größer waren, als der Inder es erkennen lasse, daß weiteren Preissenkungen die Frachtenverteuerung und die Erhöhung von Steuern und gewerblichen Mieten entgegenwirke. Infolgedessen „kann eine allgemeine Senkung der Preise in Lebensmitteln und Drogen für die nähere Zukunft nicht in Aussicht gestellt werden". Dazwischen stehen einige preisphilosophische Bemerkuugen und am Ende der Erklärung folgt die platonische Erklärung, man sei zur Zusammenarbeit entschlossen, um eine „auf Absatzförderung und Bedarfsdeckung der Verbraucher gerichtete Preispolitik" zu fördern. Wahrlich, ein Begräbnis erster Klasse für die Preissenkung im Einzelhandel und zugleich ein lebensgefährlicher Stoß für die wirtschaftliche Notstandsregierung Brüning.

Man darf für die Frage der Preissenkung im Einzelhandel nicht die Händler allein verantwortlich machen. Wenn in einer Wirtschaftskrise wie der jetzigen die Käufer jeden auszugebenden Sechser zweimal umdrehen, dann kann der Händler in den seltensten Fällen sich Uebergewinne anrechnen; seine Gewinnspanne wird, abgesehen von Innungspreisen, durch die Konkurrenz viel zu scharf kontrolliert, und man darf wirklich annehmen, daß viele Einzelhändler, um nur überhaupt zu verkaufen, auch ihre Gewinnspanne von sich aus verringert haben. Nein, dieser

Schlag gegen die Preissenkung wird von den Fabrikanten selbst geführt,

die es aus den verschiedensten Gründen nicht nötig haben, mit den Preisen herunterzugehen, und an ihrer Spitze steht Herr Duisberg, der erste Präsident des J. G. Farbentrusts und zugleich des Reichsverbandes der Deutschen Industrie.

Wie es bisher umsonst war, bei Eisen eine ausreichend große, bei Kohle, Kali, Zement, Papier, Briketts usw. überhaupt eine Preissenkung durchzusetzen, so befiehlt jetzt Herr Duisberg für das riesenhafte Monopolgebiet der Markenartikel, daß eine Preissenkung unterbleiben muß. Und die Einzelhändler sind für Duisberg noch die Karnickel: die Preise seien ja schon stärker gesenkt, heißt es, als der Inder zeigt; das gilt aber sicher für kaum einen einzigen Markenartikel; die Erhöhung gewerblicher Mieten gilt überhaupt nicht für Markenartikelfabrikanten und die relativ geringe Frachtenverteuerung vom Frühjahr wird zehntausendfach von der Verbilligung der Rohstoffe wettgemacht. Herr Duisberg, der als Präsident im Reichsverband der Deutschen Industrie Senkung der Selbstkosten, besonders der Löhne und damit der Einzelhandelspreise fordert, derselbe Herr Duisberg verweigert als der entscheidende Vertreter der deutschen Markenmonopolisten eine Senkung der Markenpreise und möchte die Händler, denen Preise und Rabatte bei Strafe des absolut ruinösen Boykotts vorgeschrieben werden, noch als die Verantwortlichen erscheinen lassen.

Preisstand und Lebenshaltung der Massen könnten empfindlich durch Senkung der Markenartikelpreise, vom Lieferanten her, freilich auch durch Verkürzung der Handelsspanne verbessert werden. Die Massenkaufkraft würde empfindlich gestärkt, die Wirtschaftskrise durch stärkere Nachfrage auf anderen Gebieten gemildert werden; denn Markenartikel sind fast alle Arzneien und kosmetischen Erzeugnisse, ferner Seifen, Mineralwässer, Rasierklingen, Weine, Füllfederhalter, Schallplatten, Tinten, Gesundheitsartikel, Schokoladen, Kindermehle, Margarine, Konserven, Nährmittel, Backpulver, Kaffeezusatz, Waschmittel, Schuhputz, Farben usw. Es gibt kaum einen einzigen Artikel im Massenhaushalt, für den es nicht eine durch Monopolpreise geschützte „Marke" gäbe. Mit einem Drittel des gesamten Einzelhandelumsatzes, gut 10 von 30 Milliarden RM, ist der Umsatz von Markenwaren nicht überschätzt.

Bedenkt man gleichzeitig, daß nach offizieller Schätzung vom deutschen Industrieumsatz im Betrage von 55 Milliarden nicht weniger als 25 bis 30 Prozent auf gebundenen Kartellpreisen beruht, die auch kein Mensch in Deutschland trotz der furchtbaren Wirtschaftskrise herunterbringt, dann sieht man,

wie neben der Kartellherrschaft der Rohstoffmonopole die Herrschaft der Markenschutzverbände als krisenverschärfender Faktor sich gegenwärtig auswirken muß.

Dabei sind fast alle Markenpreise von vornherein außerordentlich hochgehalten und enthalten riesige Gewinnspannen. Was muß da in erster Hand verdient werden, wenn z. B. J. G. Farben auf ihre Arzneiprodukte 90, 120 und mehr Prozent Kleinhandelsrabatte festsetzt, wenn für Nivea- und Elidacreme, für Khasana-, Lohse-, Scherk-Produkte mehr als 50 Prozent, für Kaloderma, Chlorodont, Vasnol, Birkenwasser 70 und 80 Prozent und für die so riesenhaft umgesetzten Artikel„ wie Persil, Ata, Kathreiner Malz- und Seelig Kornkaffee 41 bis 60 Prozent Kleinhandelsrabatte festgesetzt werden, und zwar unveränderlich, bei Strafe des Boykotts eventuell durch sämtliche 250 Firmen, die im Verband der Fabrikanten von Markenartikeln organisiert sind?

Wäre es etwa der Diktaturregierung Brüning unmöglich, wenn sie wollte, die Macht und Willkür dieser Kreise zu brechen? Das wäre ebenso möglich, wie das Reichswirtschaftsministerium, gestützt auf einen festen Willen des jetzigen Reichskabinetts, den Preisabbau der monopolistischen Rohstoffkartellpreise sofort erzwingen könnte durch schärfere Anwendung der Kartellverordnung. Um die Markenpreise zu senken, würde es vollständig genügen, bis auf weiteres und als sofortige Notmaßnahme die Preisbindung der Groß- und Kleinhändler sowie alle Reserveverpflichtungen zu verbieten.

Aber dieses „Diktatur"-Kabinett darf ja überhaupt nichts tun, was volkswirtschaftlich vernünftig ist, es darf nur tun, was privatwirtschaftlich vernünftig ist. Die Unternehmer sind sehr für Preissenkung, nur nicht bei ihnen selbst, nur dann, wenn der Händler (wie bei den Markenschützlern) oder der Arbeiter (wie in der Schwerindustrie) die Preissekung bezahlen. Darum kann es auch mit der Wirtschaft erst besser werden, wenn eine Macht im Reiche da sein und stark genug sein wird, den Kartell- und Markenpreisen wirklich zu Leibe zu gehen.

Die Brüninge sind ja nur da, um für die Duisberger dem Volk Sand in die Augen zu streuen.

Das erste „Kohlenbrechen" im Ruhrgebiet

Schon im Altertum bemerkt Theophrast in seiner Schrift über die Gesteine, daß die Schmiede sich der Stein- und Braunkohle gern bedienten. Bei Lüttich und Aachen wurden schon im frühen Mittelalter Steinkohlen gegraben, in England wurden die Bürger von Newcastle schon 1239 vom Könige mit dem Steinkohlenbergbau beliehen, auch die Zwickauer Schmiedeartikel erwähnen das „smiden mit steinkolen".

v. Velsen berichtet in seinen „Beiträgen zur Geschichte unseres Bergbaues" (Zeitschrift Glückauf 1865 ff.), daß bei Schüren unweit Dortmund bereits 1302 und 1319 „Kohlengrafften" oder „Kohlenbrechen", wie damals die Gruben hießen, verkauft und 1389 während der Belagerung Dortmunds durch einen Ausfall der Schmiede 100 Malter „Steinkollen" in die Stadt geschafft wurden. In einer Essener Urkunde vom 30. Juni 1317 (Rindlinger, Urkundensammlung C VII, S. 93) werden die Kohlen zum ersten Male als Brennmaterial erwähnt. Nachweislich bezog die Abtei Werden 1520 Einnahmen aus dem Steinkohlenbergbau. In der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts hob sich in Werden durch den erweiterten Betrieb des Bergbaus die Geschäftstätigkeit immer mehr, besonders seitdem man auch Alaun-Minen entdeckt hatte, deren Verzweigungen der Abt Heinrich Duden (1573—1601) selbst wissenschaftlich aufspürte und näher bezeichnete.

Der Schiffsverkehr auf der Ruhr stieg. Herzog Wilhelm von Cleve erließ am 27. April 1542 eine Bergordnung, die sich an die Herzoglich Sächsische v. J. 1509 als Quelle anlehnte und das bis dahin herrschende Gewohnheitsrecht verbessern sollte. Sie war zwar für den Erzbergbau des Herzogtums Berg in erster Linie berechnet, galt aber auch für die Grafschaft Mark und war auch auf den Steinkohlenbau anwendbar. Bei Hattingen fand man schon im 16. Jahrhundert Bleierze und Steinkohlen.

In den Rechnungsbüchern des Bochumer Bürgermeisters Jan Teile, der 1523—1547 mit Unterbrechungen amtete und sich große Verdienste um seine Heimatstadt erwarb, finden wir als gewöhnliches Heizmaterial besonders für Braukessel „to Vuiringe ind des Browens" Kohlen erwähnt. Unter anderen lieferte auch Backhuis to Ebbentorpe manche Tonne („Faß") Kohlen für Rechnung der Kirche, das Faß zu ½ Groschen. 1537 wird to Langendreer 1 Kaer Kalen für 19 Albus gekauft. Danach hat es den Anschein, daß Kohlen für den engeren Bedarf damals schon ziemlich rege seitens der eingesessenen Bauern durch Abbau der zu Tage tretenden Flöze im Wege des Raubbaus gefördert wurden. Daß es sich bei diesen Notizen um Steinkohlen handelt, ergibt sich aus demselben Rechnungsbuch, in dem Holzkohlen („huilten Kalen") besonders erwähnt werden, die auch nicht tonnen-, sondern sackweise verrechnet zu werden pflegten.

Erschütterungen und Beschädigungen der der Häuser durch den Lastkraftwagenverkehr

Auf eine Kleine Anfrage der Deutschnationalen Volkspartei über die Maßnahmen der Staatsregierung gegen die Erschütterungen und Beschädigungen der Häuser durch den Lastkraftwagenverkehr hat, wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, der preußische Minister des Innern folgende Antwort erteilt:

Der Reichsrat hat soeben die neue Aenderung zur Verordnung über den Kraftfahrzeugverkehr verabschiedet,

in der die Umstellung aller Kraftfahrzeuge auf Luftbereifung Gesetz geworden ist.

Den Ländern steht nach der Reichsverfassung eine Gesetzgebung auf dem Gebiete des Kraftfahrzeugverkehrs nicht zu. Die Staatsregierung mußte daher die oben genannte, nunmehr verabschiedete Aenderung der Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr abwarten. Im übrigen sind Untersuchungen wissenschaftlicher Institute im Gange, durch welche Maßnahmen die durch den Kraftwagenverkehr erfolgenden Erschütterungserscheinungen beseitigt werden können. Zur Abhilfe wird man sich voraussichtlich nicht auf Bestimmungen hinsichtlich Bau und Bereifung der Kraftfahrzeuge beschränken können, sondern auch technische Aenderungen bezüglich des Straßen- und Hochbaues ins Auge fassen müssen. Bei der Schwierigkeit der Materie steht zu erwarten, daß die Ergebnisse der Untersuchungen noch gewisse Zeit in Anspruch nehmen

Wirtschaft und Gewerkschaft

Die Konzentration der drei letzten Jahre

Eine statistische Veröffentlichung der Bank für deutsche Industrieobligationen, die zum Zwecke der Aufteilung der Reparationsleistung aus der Industriebelastung das Betriebsvermögen der belasteten Unternehmungen — es sind dies solche mit einem Betriebsvermögen von mehr als zwanzigtausend Reichsmark — festzustellen hatte, gibt ein anschauliches Bild über die Entwicklung der deutschen Unternehmungen zu Groß- und Mammutbetrieben. Diese Entwicklung machte in den letzten drei Jahren weitere große Fortschritte. Das Betriebsvermögen der belasteten Unternehmungen der Industrie, des Handels, des Bank- und Verkehrswesens stieg von 40,7 Milliarden Mark 1926 auf 48 Milliarden Mark 1929, allerdings teilweise auch als Folge der Höherbewertung der Grundstücke. 61,4 Prozent der Betriebsvermögen entfielen auf Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen von mehr als 1 Million Mark, 41,4 Prozent mit mehr als 5 Millionen, 25,1 Prozent mit mehr als 20 Millionen, 15,9 Prozent mit mehr als 50 Millionen, 10 Prozent mit mehr als 100 Millionen Mark für das einzelne Unternehmen. Besonders stark war die Steigerung in den Gruppen mit den größten Betriebsvermögen. In der Gruppe der Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen von über 100 Millionen Mark je Unternehmen stieg die Zahl der Unternehmungen von 16 im Jahre 1926 auf 22 1929, das Betriebsvermögen von 3 Milliarden auf 4,8 Milliarden Mark in drei Jahren, das ist um 58,8 Prozent, und beträgt 10 Prozent des gesamten zur Industriebelastung herangezogenen Betriebsvermögens gegenüber 7,5 Prozent 1926. In der Gruppe der Unternehmungen mit einem Vermögen von 50—100 Millionen Mark stieg die Zahl der Unternehmungen in den letzten drei Jahren von 32 auf 43, das Betriebsvermögen von 2,2 auf 2,9 Millionen Mark. Eine Zunahme von fast 30 Prozent. Der Vermögensanteil dieser Unternehmungen an sämtlichen reparationspflichtigen Unternehmungen stieg von 5,4 auf 5,9 Prozent. In der Gruppe der Unternehmungen mit einem Betriebsvermögen von 20 bis 50 Millionen Mark stieg die Zahl von 117 auf 147, das Betriebsvermögen von 3,6 auf 4,4 Milliarden Mark, eine Steigerung um etwa 24 Prozent. Der Vermögensanteil dieser Unternehmungen stieg von 8,8 auf 9,2 Prozent.

Die Zahl der Großbetriebe mit einem Betriebsvermögen von mehr als 5 Millionen Mark betrug 1929 1080 mit einem Gesamtbetriebsvermögen von über 20 Milliarden Mark. Davon entfielen 807 Unternehmungen mit 15 Milliarden Mark Betriebsvermögen auf Produktionsbetriebe, 51 Unternehmungen mit 667 Millionen Mark Betriebsvermögen auf den Warenhandel, 122 waren Banken mit 2,4 Milliarden Mark Betriebsvermögen, 61 Verkehrsunternehmungen mit 1,5 Milliarden Mark und 39 andere Unternehmungen mit 415 Millionen Mark Betriebsvermögen.

Das größte Betriebsvermögen wurde in der Tertilindustrie verzeichnet mit 3,2 Milliarden Mark. Dieser folgt die chemische Industrie mit 2,74 Milliarden, der Maschinen-, Apparate- und Fahrzeugbau mit 2,67 Milliarden, der Bergbau mit 2,6 Milliarden, Verkehrswesen mit 1,4 Milliarden, Großeisenindustrie mit 1,6 Milliarden, elektrotechnische Industrie, Feinmechanik und Optik mit 1,16 Milliarden, Elektrizitätsgewinnung und Versorgung mit 1,08 Milliarden Mark.

Kann man Löhne »vergleichen«?

Was die Lohnstatistik berücksichtigen muß

Die Lohnoffensive der deutschen Unternehmer zieht gern auch internationale Lohnvergleiche, darunter die vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebene Reallohnstatistik heran, um die Ueberhöhung der deutschen Löhne im Vergleich zum Ausland zu beweisen. Ein solcher Vergleich ist schon an sich unstatthaft, da vom Standpunkt der Unternehmer die Lohnbelastung nicht allein von der Höhe der Löhne, sondern von der Leistung der Arbeitskraft abhängt, indem größere Arbeitsleistung den Lohnanteil an dem Produkt entsprechend herabmindert. Gerade in Deutschland war, wie im letzten Bericht der Reichskredit-Gesellschaft nachdrücklich betont wird, die Lohnsteigerung der letzten Jahre „von beachtenswerten, in den einzelnen Industriegruppen verschieden großen Leistungssteigerungen begleitet, die ihren Grund teils in besserer Maschinen- und Werkzeugausrüstung, teils in besseren Arbeits- und Betriebsmethoden, teils in der Arbeitsbeschleunigung hatten". Ein weiterer Grund für die Unzulänglichkeit des Lohnvergleichs besteht darin, daß der Reallohnvergleich des Internationalen Arbeitsamts — mit Ausnahme von einigen wenigen Ländern — nicht die wirklich ausgezahlten, sondern die Stundenlöhne in wichtigen Produktionszweigen berücksichtigt. In den Ländern mit großer Arbeitslosigkeit — und zu ihnen gehört vor allem Deutschland — sind aber, wie auch der Bericht der Reichskredit-Gesellschaft hervorhebt, durch Herabsetzung der übertariflichen Zuschläge, Minderung der Ueberstundenvergütung und durch Kurzarbeit die tatsächlich erzielten Löhne erheblich herabgesetzt worden. — Der Hauptgrund jedoch dafür, daß der Reallohnindex des Internationalen Arbeitsamts zur Beurteilung der Unterschiede der realen Kaufkraft der deutschen und der ausländischen Arbeiter nicht geeignet ist, besteht darin, daß dieser allein die Ernährungskosten bezw. ein zweiter Index auch noch die Kosten für Beheizung, Licht und Seife berücksichtigt, alle anderen Kostenelemente des Arbeiterhaushaltes jedoch außer Acht läßt. Die vom Lebenshaltungsinder nicht erfaßten Ausgabeposten des Arbeiterhaushalts spielen jedoch eine stets wachsende Rolle. Je höher die Kulturansprüche eines Volkes sind, ein um so größerer Anteil der Lohnausgaben entfällt auf andere als Ernährungsausgaben. Diese Ausgaben sind nun infolge des allgemeinen Preisrückganges in vielen Ländern erheblich gesunken, während in anderen Ländern die Senkung nur geringfügig war. Zu den Ländern, wo keine namhafte Senkung der Ausgaben außer Nahrungsmitteln erfolgte, gehört in erster Linie Deutschland, da hier Kartellwirtschaft, Steuerdruck und die Aufblähung des Handelsapparates die Rückbildung der Preise für Fertigprodukte verhinderten. Wenn zum Beispiel der Inder des Internationalen Arbeitsamtes (London = 100) auf Grund von Stundenlöhnen für den deutschen Reallohn die Inderzahl 77, für Frankreich 58, für Spanien 45 verzeichnet, so folgt daraus noch nicht, daß der Reallohn des deutschen Arbeiters in Wirklichkeit um soviel höher wie der französische oder spanische wäre. Auch dürfte der wirkliche Abstand vom englischen Reallohn noch erheblich höher sein, als aus dem Inder hervorgeht. Im übrigen zeigt der letzte Index des Internationalen Arbeitsamts, der auf Grund einer neuen Methode ausgebaut ist, eine Inderziffer für die Reallöhne (London = 100) auf Grund von Stundenlöhnen: in den Vereinigten Staaten 197, Kanada 165, Australien 148, Irland 97, Holland 87, auf Grund des tatsächlichen Lohnverdienstes Schweden 113, Dänemark 112. Die Inderzahl für die Tschecho-Slowakei ist auf Grundlage der tatsächlichen Verdienste mit 74, für Polen mit 65 berechnet. So sind selbst nach dem Inder des Internationalen Arbeitsamts die ausländischen Reallöhne vielfach erheblich höher als die deutschen.

Kartelldämmerung

Lohnabbau oder Kartellbekämpfung?

Ist die gegenwärtige Krise durch die Lohnhöhe verursacht? Könnte sie durch Lohnabbau beseitigt werden? Beide Fragen werden von Adolf Löwe, Professor an der Universität Kiel, in einer Arbeit, die unter dem Titel „Lohnabbau als Mittel der Krisenbekämpfung?" im Juliheft der „Neuen Blätter für den Sozialismus" veröffentlicht wurde, aufs energischste verneint. Die gegenwärtige Krise ist keine Lohn-, sondern eine Rationalisierungs- und Monopolkrise. Auf Grund einer umfassenden Rationalisierung, verbesserter Produktionsmethoden ist der Produktionsertrag gestiegen. Das Lohneinkommen stieg aber unter keinen Umständen mehr wie der Produktionsumfang, wovon auch die kürzlich erfolgte Schätzung des Volkseinkommens durch das Konjunkturinstitut zeugt. Eine Uebersteigerung des Lohnniveaus ist ebensowenig vorhanden wie die so oft behauptete „Strukturkrise" der deutschen Wirtschaft. Die Profite der Unternehmer sind nicht gesunken, was sich schon darin zeigt, daß in dem ausgesprochenen Hochkonjunkturjahr 1927 die Profitquote nicht etwa höher war als in den anderen Jahren. Professor Löwe schildert im einzelnen, wie es zur gegenwärtigen Krise kam, wie die Arbeitslosigkeit durch wachsende Freisetzung von Arbeitern infolge der Rationalisierung, durch Verschlechterung der Weltmarktlage, durch Hindernisse der Kapitaleinfuhr und finanzpolitische Erschütterungen anstieg, wie die 1928 schon vorhandenen Absatzschwierigkeiten der Konsumgüterindustrien seit Herbst des Vorjahres auf die Produktionsmittelindustrien übergriffen. Der Reallohn konnte nicht steigen infolge des herrschenden Kartellsystems und der Preisbildung im Einzelhandel, die auch ohne organisatorische Festlegung kaum weniger krisenverschärfend wirkt als die industriellen Kartelle. Nicht nur haben Kartelle die Steigerung des Reallohnes verhindert, sie untergraben die Konkurrenzfähigkeit der verarbeitenden Industrie, die infolge der Vorbelastung mit überteuerten Rohstoffen den steigenden Lohnforderungen immer weniger gewachsen ist. Ueberzeugend weist Professor Löwe darauf hin, daß die Nominallohnsteigerungen der letzten Jahre nicht nur im Einklang mit der Ausweitung des Produktionsumfanges blieben, sondern vielmehr geradezu die Bedingung dafür waren, daß trotz der starren Preispolitik der Monopole die Beständigkeit der Wirtschaft jahrelang aufrecht erhalten werden konnte. Wie Professor Löwe schreibt, „wäre ohne diese mit politischen Mitteln durchgesetzte Anpassung der Massenaufkraft an den Produktionsumfang die Konjunktur wahrscheinlich schon 1927 zusammengebrochen. Soweit sie die Monopolrenten wenigstens zum Teil in produktive Nachfrage verwandelten und damit Fehlinvestition und Ueberakkumulation eindämmten, haben diese Lohnerhöhungen nicht nur eine sozialpolitische, sondern eine produktionspolitische Mission erfüllt." Eine allgemeine Lohnsenkung — so führt Löwe aus — würde die Marktlage der Konsumgüterindustrie viel mehr verschlechtern, als sie ihre Selbstkosten entlasten könnte. Sie würde gleichzeitig den Monopolindustrien statt der längst fälligen Vereinigung neue Gewinnmöglichkeiten bieten und damit Kapital und Arbeit in verstärktem Maße falschen Anlagen zuführen. Der einzige erfolgreiche Weg zu einer schnellen Ueberwindung der gegenwärtigen Depression ist der Abbau der Monopolpreise, vor allem durch eine Wendung in der Zollpolitik, die die deutschen Monopolindustrien der frischen Luft internationaler Konkurrenz aussetzt. Der Abbau der Monopolpreise, der die Kosten der verarbeitenden Industrie zu senken vermag, könnte die Monopolrenten in Konsumentenkaufkraft überführen, den Absatz der verarbeitenden Industrie steigern und auf eine rationelle Anfrage des zu erwartenden neuen Zustroms an Auslandskapital, dessen erst langsam wieder einsetzender Zufluß die nötige Entlastung bringen wird, hinwirken.

Umfangreiche Entlassungen im Ruhrbergbau

Vorsorgliche Kündigungsmaßnahmen der Gruppe Gelsenkirchen Abt. Bergbau der Verein. Stahlwerke.

Auf Anfrage bestätigen die Ver. Stahlwerke, Abt. Bergbau, Gruppe Gelsenkirchen unserem Bochumer Mitarbeiter, daß die Verwaltung beabsichtigt, am 1. August zum 15. August die vorsorgliche Kündigung eines Teiles der Belegschaft ihrer Zechen auszusprechen. Begründet wird diese Maßnahme mit den andauernden Absatzschwierigkeiten im Ruhrkohlenbergbau und der hieraus resultierenden Notwendigkeit einer Einschränkung der Förderung. Betroffen werden die Zechen „Alma"-Wanne-Eickel, „Bonifacius"-Kray, „Graf Moltke"-Gladbeck, „Holland"-Wattenscheid, „Nordstern"-Horst-Emscher, „Pluto"-Wanne-Eickel und „Zollverein"-Katernberg. Die genauen Ziffern der Belegschaftsmitglieder, die von der vorsorglichen Kündigung erfaßt werden, steht noch nicht fest. Sie dürften jedoch erheblich sein, da allein auf Zeche „Bonifacius" in Kray 200 Mann betroffen werden.

Was soll das noch werden im Bergbau?

Der Ruhrbergbau, der rund 36 000 arbeitsuchende Bergarbeiter aufzuweisen hat und dessen Feierschichten von 29 000 arbeitstäglich im Juni auf 42 000 arbeitstäglich in der zweiten Juliwoche angewachsen sind, steht vor neuen großen Entlassungen. Die Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. hat Antrag auf Entlassung von 1200 Arbeitern gestellt, und zwar für die Zeche Pluto 175, Nordstern 105, Holland 220, Bonifatius 200, Zollverein 350 und Graf Moltke 150. Die Harpener Bergbau-A.-G entläßt auf der Zeche Gneisenau 120 und auf der Schachtanlage Robert Müser 150 Mann. Die Gewerkschaft Heinrich legt die Zeche Adler still und entläßt 325 Mann der Belegschaft. Der Rest wird auf Zeche Heinrich übernommen. Dazu kommen die Entlassungen von 600 Mann bei den Vereinigten Stahlwerken durch die Stillegung des Karl Friedrich-Erbstollens im Bochumer Bezirk.

Warum hat der Arbeitgeberverband des Holzgewerbes die Lohnverhandlungen auffliegen lassen?

Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holzarbeiterzeitung am Schlusse ihres Verhandlungsberichts. Sie schreibt: Was für Pläne verfolgen die Unternehmer? Augenblicklich ist im Arbeitgeberverband die Scharfmacherei Trumpf. Man will die Löhne herabsetzen und fürchtet, daß die Entscheidung des Lohnamtes nicht diesen Wünschen entsprechend ausfällt. Deshalb werden die Bestimmungen des Mantelvertrages sabotiert. Am 1. August soll bezüglich der Löhne ein vertragsloser Zustand eintreten, den man sofort zu einem kräftigen Abbau der Löhne und Akkordsätze ausnutzen will.

Sind nun die Holzarbeiter gegenüber diesen Plänen wehrlos? Keineswegs. Selbst, wenn kein Vertragslohn vorhanden ist, darf der Unternehmer die Akkordpreise nicht einseitig festsetzen. Auch werden die Betriebsvertretung oder die Akkordkommission, die auf Grund des Mantelvertrages zur Festsetzung der Akkordpreise hinzuzuziehen ist, den Unternehmern den beabsichtigten Abbau nicht erleichtern. Schließlich werden sich die weiterblickenden Unternehmer die Konsequenzen der Verbandsscharfmacherei etwas überlegen; denn noch gilt der Grundsatz: wie der Lohn, so die Leistung, und noch gibt es einen Deutschen Holzarbeiterverband. Er wird um so besser den Lohnabbauanschlag parieren können, je geschlossener die Holzarbeiter sich in ihm zusammenschließen.

Konzentration in der Fahrradindustrie

Seit längerer Zeit läßt sich in der deutschen Fahrradindustrie eine starke Konzentrationsbewegung feststellen. Typisch dafür sind die Aufkäufe des Siegen-Solinger Gußstahl-Aktienvereins. Das genannte Unternehmen hat z. B. die Lippische Fahrradindustrie A.-G. erworben, die es mit seiner Abteilung Weyersberg, Kirschbaum & Co. für Fahrrad- und Waffenfabrikation vereinigen will. Verkaufsverhandlungen bestehen auch mit den Göricke-Werken in Bielefeld und mit den Elite-Diamant-Werken in Brand-Erbisdorf.

Die Krise in der Fahrradindustrie hat sich weiter zugespitzt. Es macht sich in ihr vor allem die Drosselung der Massenkaufkraft bemerkbar. Das Fahrrad gehört schon seit geraumer Zeit zu den Waren, die nicht gehen wollen und die Läger füllen. Andererseits ist die Kapazität stark übersteigert. Eine Zeit lang hat man augenscheinlich in der Fahrradindustrie daran gedacht, der Krise durch ein Verkaufssyndikat Herr zu werden. Die Verhandlungen haben sich aber zerschlagen. Ein Verkaufssyndikat hätte auch sicherlich eine Manipulierung der Preise und keine Gesundung der Industrie bedeutet. Ausschlaggebende Firmen haben sich auch von dem Syndikat von Anfang an wenig versprochen. Sie erstreben die Produktionsregelung auf eigene Faust und zwar wird hier das Mittel des Aufkaufs gewählt. Das kostet viel Geld. Dieses Opfer muß die Industrie aber jetzt bringen, nachdem sie die Vereinbarung und die Aufteilung der Produktion nach Typen, die zu einer Preisreduzierung führen und den Markt hätte gesunden können, abgelehnt hat.

Unterhaltung und Wissen

Faschistische Spitzel — Hochzeitsreisende in Venedig — Auf dem Markusplatz

Venezianisches Mosaik

Wo die Hymne des Faschismus nicht gesungen wird

Wenn der Schirokko heiß über die Lagune weht, Moskitos und Panzeris zu ihrem Sommerleben erwachen, dann ergießt sich der Stamm der reisenden Sachsen in die fruchtbaren Ebenen Italiens und verdrängt die Söhne Albions und Uncle Sams. Aber die sächsische Saison ist heuer genau so mager wie die englische und amerikanische, wenn das, was der Faschismus in seinen Flegeljahren gegen den Fremdenverkehr gesündigt hat, ist nicht so schnell wieder gut zu machen — auch nicht durch die paar Reklamefaschisten die nun gezwungen sind, sich der Fremden besonders höflich anzunehmen und ihnen in jeder Sprache Auskunft zu geben — und wenn es Deutsch wäre. So bekommt man auf dem Bahnhof zwar eine höfliche Auskunft in etwas mühseligem Deutsch von einem faschistischen Offizier — aber kurz darauf nimmt am Nebentisch des Bahnhofsrestaurants bei einer Tasse Café nero ein Gentleman mit schwarzer Seidenkrawatte und breitem schwarzen Streifen über der Rockklappe Platz, der andächtig dem deutschen Gespräch seiner Nachbarschaft zuhört, scheinbar in eine Zeitung vertieft. Erst als er sich von der absoluten Harmlosigkeit der Reisenden überzeugt zu haben glaubt, verläßt er das Lokal und bedenkt wohl nicht, daß seinesgleichen sich auch durch den schwarzen Schlips durch eine internationale Aehnlichkeit auszeichnet, die besonders einem Vorkriegssozialisten geradezu eine Erinnerung an die „alte, gute Zeit" ist...

*

Die wenigen Fremden lohnen weder quantitativ noch qualitativ den Aufwand, der ihretwegen getrieben wird. Alles ist reisender Mittelstand. Es gibt sogar noch Hochzeitsreisende selbst in Venedig so unzeitgemäß wirkend, daß man den Verdacht hat, sie wären wie die Sänger der Serenadengondeln und die Kokotten, die auf dem Lido „große Welt" spielen, von den Direktionen der großen Hotels angeworben. Natürlich läßt „Sie" sich von „Ihm" vormittags auf dem Markusplatz beim Taubenfüttern photographieren — aber vorsorglich steckt man sich dazu den Rest seines Frühstücksbrötchens ein, und die Verkäufer von Taubenfutter locken mit dem Geklapper ihrer Blechtüten weder Tauben noch Fremde mehr an. Die Gondolieri sitzen arbeitslos am Molo; nur in der unwahrscheinlichsten Zeit, unter der glühenden Mittagssonne, lassen sich doch noch immer drei, vier Paare den Canale grande entlangfahren und von dem Gondoliere die Namen der Paläste nennen, sie haben sie vergessen, sobald sie aus der Gondel steigen — aber der Reiseführer empfiehlt nun einmal „man unternehme noch am Tage der Ankunft eine Gondelfahrt von ein bis zwei Stunden, um die erste Neugierde zu befriedigen". Daß aber die Muschelhändler, die Verkäufer von Ansichtskarten, Andenken und die Gondolieri überhaupt leben können von dieser miserablen Saison, wird erst klar, wenn man auf den Streifzügen in den engen, von Volk wimmelnden Gassen, die kein Fremder betritt, sieht, wie dieses Volk ißt. Eine Lira sind ungefähr dreiundzwanzig Pfennig, aber sie läßt sich noch in hundert Centesimi zerlegen; für zwanzig Centesimi liegt man in den kleinen, schmierigen Läden ein großes Stück Polenta, Maismehl in Wasser steif gekocht, und für noch zwanzig Centesimi ein Zeitungsblatt voll ölgesottener Fische, Tintenfische oder gekochte Taschenkrebse... davon leben Mann, Frau und Kind... Und doch sieht man in Venedig weniger Bettler als in Berlin, denn Mussolini sorgt dafür, daß die Armut den wenigen Fremden, die das erste Jahr der neuen Fremdenpolitik des Faschismus hier erleben, nicht auf die Nerven fällt — man kann sehr leicht „zur Landarbeit" deportiert werden, und es sind nicht gerade die gesündesten Gegenden, in die die Armen „auf Sommerfrische" geschickt werden!

*

Unbegreiflich bleibt es dem Fremden, wovon diese Stadt lebt, die im Juwelenschmuck ihrer Kunstwerke scheinbar so faul am Strande der Adria liegt, wie eine alte Kokotte, die von den Erinnerungen ihrer Jugend träumt, von den Tagen, als Orient und Okzident geplündert wurden, um ihre Schönheit zu erhöhen. Das ist nicht nur der Märchentraum der Markuskirche, deren halbes Tausend Marmorsäulen aus aller Welt zusammengeraubt wurden — da sind noch all die vielen Kirchen, die keinen Stern, oft kaum eine Erwähnung im Reiseführer haben. In fast allen haben die Marmorsäulen der Altäre noch Hosen aus Seidendamast und kostbarem Genueser Samt, reich mit goldenen Borten und Tressen besetzt... Und bei der großen Kommunion in der Markuskirche gehen die kleinen Venezianerinnen in wunderschönen Stilkleidern aus weißer Seide und tragen armdicke Kerzen in den kleinen, weißbehandschuhten Händen — auch die Kinder aus dem Arbeiterstande, deren Mütter nur über dem schlichten Kleide das schwarze, traditionelle Fransentuch der Venezianerin tragen. Am Abend aber, wenn auf dem Markusplatz oder der Piazetta das städtische Orchester spielt, sitzen die Venezianerinnen auf den Marmorbänken unter der Galerie des Dogenpalastes; die Kinder haben ihren dürftigen Sonntagsstaat an und spielen, bis um elf die Musik nach Haus geht und die Mütter endlich den schlafenden Säugling in den Fransenschal wickeln, um ebenfalls nach Hause zu gehen. Am nächsten Tage sitzen die Mütter wieder auf den Stufen der Haustore, Perlen in mühseliger Heimarbeit auf dünnste Silberdrähte fädelnd oder in dunklen Höhlen Fabrikarbeit verrichtend, in Höhlen, um die sich keine Betriebsinspektion zu kümmern scheint — und die Kinder laufen zwischen den lötenden Arbeiterinnen umher.

*

Via Garibaldi! Das ist draußen im Osten der Korso des Proletariats: Eine breite Straße, die in Venedig kaum ihresgleichen hat, rings umsäumt von Weinschenken, Obstläden, Gelaterien — das klingt sehr romantisch, ist aber nur das, was bei uns eine Eisdiele ist: freilich ist das Eis viel besser als bei uns, und für eine Lira kann man hier eine große Portion Vanilleeis haben, wie sie im Berliner Westen nicht um das fünffache Geld zu haben ist. Ueberall stehen hier wie auf dem Markusplatz die Stühle auf der Straße. In der Mitte promeniert das arbeitende Volk von Venedig, das hier nun endlich bei der Abendbrise Erholung von des Tages Last und Hitze findet, denn die Brise fegt von der Lagune her weit herein in die zum Meer offene Straße. Mütter mit den Säuglingen auf dem Arm, Männer, Jungvolk und Kinder. Aus allen Läden und allen kleinen Weinstuben singt es — denn Venedig ist eine singende Stadt. Der Anschläger singt bei seiner Arbeit so gut wie der Geschäftsmann, der morgens singend seinen kleinen Laden öffnet, und bei dem Fischhändler wie bei dem Obsthändler, die ihre Ware in großen Schalen, die an einem Schulterjoch hängen, durch die engen Gassen dieser Stadt ohne Pferde und Autos tragen, weiß man schon nicht mehr, wo die Arie aufhört und das Ausrufen der Ware anfängt. Selbst die Wohltätigkeitstombola, die die Faschisten auf der Riva degli Schiavoni gleich neben dem Gefängnis aufgebaut haben, wirbt um Zulauf durch einen großen Lautsprecher, aus dem die Melodien der „Traviata" klingen. Aber der Zulauf ist nicht sehr groß. Mussolini und der Faschismus haben in Venedig nicht allzu viele Anhänger, und in dieser singenden Stadt haben wir ein Lied nicht gehört: die „Giovinezza", die Hymne des Faschismus.

Rose Ewald.

Amerikanischer Kunstsnobismus

Nach einer von amerikanischen Kunsthändlern angestellten Untersuchung wurden im Jahre 1929 in Amerika rund 250 Millionen Dollar für den Ankauf von Kunstwerken ausgegeben.

Die Bonzen! Die Bonzen!

Da war ich Bauarbeiter. So ungefähr 17 Jahre alt. Eines Mittags kam in der Baubude die Rede auf den Verband. Der Kollege, der mir am nächsten saß, spuckte verächtlich seinen Priem an die Wand und sagte: „Ich mäßte keene Bonzen!"

Sofort entschloß ich mich, auch keine Bonzen zu mästen. Der Kollege war nämlich mein heimliches Vorbild! Ich wünschte sehnlich, ihm zu gleichen in dem, was Kraft, Größe und Wetterfestigkeit anbetraf. Einem Ideal steht man kritiklos gegenüber.

Einmal luden wir zusammen Sand. Bei der Gelegenheit erzählte er mir mehr von den „Bonzen". Ich lernte: Bonzen sind solche, die in der Arbeiterbewegung irgendein Amt bekleiden.

*

Bald sollte ich einen Bonzen persönlich kennenlernen.

Unser Bauherr, ein Fabrikant, äußerte recht temperamentvoll seine Unzufriedenheit mit den Arbeitsleistungen. Auf seine Initiative hin erhielten wir einen neuen Maurerpolier. Der war ebenso schlecht wie lang. Und niemand auf dem ganzen Bau kam ihm an Länge gleich.

Was er aus uns herauspressen konnte, ließ er nicht drin. Wer nicht Schritt hielt, flog. Zuletzt reichten die Leute schon nicht mehr. Da kam eine Akkordkolonne böhmischer Maurer auf den Bau. Die machten täglich Ueberstunden. Wir weigerten uns, mitzutun, und unser Delegierter brachte schließlich einen Funktionär vom Bauarbeiterverband an.

Der Bauherr geriet aus dem Häuschen. Er brüllte daß die Ziegelkutscher Mühe hatten, ihre Pferde zu bändigen. Und als ihm die Luft ausgegangen war, erklärte er: „Bonzen leide ich nicht auf meinem Bau!"

Ueberstunden gab es auf unserem Bau künftig nicht mehr!

*

Daß mein Kollege „Vorbild" Bonze gesagt hatte, war mir unbedenklich erschienen, daß aber der Bauherr dasselbe Wort gebraucht hatte, das erregte mich. Die Saat meines Kollegen erstickte fast im Keime, und meine Voreingenommenheit gegenüber den „Bonzen" geriet desto mehr ins Wanken, um so mehr ich ihrer kennenlernte. Immerhin, sie haben sich mühselig mein Vertrauen erringen müssen. Erst als Arbeiter in einem Textilbetrieb trat ich der Gewerkschaft bei. Wir hatten einen Chef à la Mussolini, und einen Betriebsrat, gelb wie die Windeln durchfälliger Wickelkinder. Kein Wunder, wenn die Belegschaft zu 80 Prozent unorganisiert ist!

Als es gar nicht mehr zum Aushalten in diesem Betrieb war, wurde auf Betreiben der Organisierten ein „Bonze" gehol. Dieser berief eine Betriebsversammlung ein, nahm Kenntnis von der Sachlage, verlas uns ein wohlverdientes Sündenregister und ging, mit unseren Vollmachten versehen, zu unserem „Mussolini". Die ihn begleitenden Kollegen erzählten uns nachher heitere Geschichten. Die Belegschaft organisierte sich bis zum letzten Nähmädelchen. Jetzt pfiff der Wind aus einem anderen Loch.

*

Sobald ein Arbeiter klassenbewußt wird, häufen sich seine Bekanntschaften mit den „Bonzen" der Gewerkschaft wie der Partei. Man hört und sieht und kann sich ein eigenes Bild machen. Deshalb ist es mir unverständlich, wenn manche Kollegen und Genossen stillschweigend oder gar beifällig feige unsere von uns zu Funktionären berufenen Leute beschimpfen lassen. Ich halte es für bitter nötig, daß wir fest und entschlossen hinter den Menschen stehen, die wir als Führer, als unsere öffentlichen Vertreter erwählten. Ihre Persönlichkeiten stehen stets im Brennpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit. Haß und Niedertracht umbranden sie am ehesten. Die Gegner der sozialistischen Bewegung richten ihre Angriffe in erster Linie auf sie. Wir fordern von ihnen, daß sie unsere Interessen vertreten sollen, das heißt in der jetzigen Gesellschaftsordnung: kämpfen! Dafür werden sie bezahlt? — Hm, kann man für Geld allein alle die Eigenschaften haben, die einen Menschen zum Kämpfer machen? Ich bin überzeugt, daß mehr dazu gehört! Das Vertrauen aus unseren Reihen muß die Kraftquelle unserer Funktionäre sein! „Die Masse steht hinter mir!" Das muß auch der kleinste Funktionär im kleinsten Dorf fühlen! Ein Arbeiter.



Nachdruck verboten. (1. Fortsetzung.)

Simon Bremm im Warmenberg hatte einen Augenblick aufgehorcht: da rief die Maria! Ein freundlicher Ausdruck überflog für Augenblicke sein ernsthaftes Gesicht, dessen Haut braungedörrt war wie gegerbtes Leder. Hör' einer die an!

Der Winzer stand zwischen seinen obersten Stöcken im Warmenberg, so hoch oben, daß es nicht viel weiter hinauf mehr ging. Nur ein kurzes Stück brüchiger Felswand kam noch, und dann Luft, nuter Luft, darüber Himmel. Der Platz für die obersten Stöcke war gering, knapp genug Raum für ihrer sechs Stück und für Simon Bremm. Einem Gärtchen der Berggeister gleich schien die bepflanzte Klippe, die der felsige Berg wie ein Tellerchen vorstreckt. Senkrecht ging es hinab; aber es waren gute Stöcke hier oben, hierher kam die Sonne zuerst und blieb auch am längsten, hier gab es Trauben, wenn der Behang weiter hinunter nur spärlich war.

Der Mann beugte sich weit vor zwischen den Stöcken, er trat ganz vorn an den äußersten Rand, um in die schwindelnde Tiefe hinab nach der Tochter zu spähen. Aber er konnte sie nicht entdecken. Ach je, die Augen, die waren so gut nicht mehr! Der scharfe Sonnenbrand hatte sie angegriffen und der beizende Dunst beim Spritzen; ihre Lider waren rot mit eitrig-geschwollenen Rändern.

Den Rücken gebeugt unter der schweren Last der von Kupfervitriolbrühe giftigblau angelaufenen Pumpe, stand der Winzer auf dem gleichen Berg, auf dem einst die Römer schon Wein gebaut hatten; die hatten ihm auch den Namen gegeben: „Warmer Berg", der älteste Weinberg der Mosel. Von den Römern wußte Simon Bremm nichts, aber das wußte er, daß sein Vater, sein Großvater, ein Urgroßvater auch hier in den Reben gearbeitet hatten, von der Sonne verbrannt, von der Naßkälte des Winters durchschauert, und immer in denselben, zu aller Zeit sich gleichbleibenden Aengsten des Winzers: wird auch keine Krankheit den Weinstock befallen, keine schädliche Motte ihre Eier legen, nicht Schimmel und Brand das Laub ergreifen, daß die Beeren darunter schwarz werden? Wenn man die Hoffnung nicht hätte, nicht den Glauben an die segnende Hand Gottes und die Fürsprache seiner Heiligen, man könnte wahrlich den Mut nicht aufbringen, hier immer wieder aufs neue zu bauen. So wie einundzwanzig konnten ja nicht alle Jahre sein — da war's ein seltener Herbst — aber nun waren schon zwei Ausfälle hintereinander. Im ersten Jahr wäre wohl der Ertrag leidlich geworden, aber die Trauben erfroren, und das Jahr darauf, nun, da erntete man kaum etwas, es hing ja nichts an den Stöcken. Aber dieses Jahr konnte es wieder was geben, soviel geben, daß man Inflation und Besatzung vergaß und noch andere Unbill, die hierzuland über die Menschen gekommen.

Ein Hoffnungsstrahl ließ das Gesicht des Mannes jünger erscheinen, mit einem Aufatmen blickte der Winzer umher: ließ es sich denn nicht gut an? Des Wurmes war man Herr geworden, und der Behang war ausreichend. Jetzt nur noch fleißig gespritzt! Und als hätte er sich schon auf einer Saumseligkeit ertappt, faßte seine Hand nach dem Schlauch, der wie ein sich windender Wurm aus der Pumpe herabhing.

Hinauf und hinab, unter dem kletternden Schuh Geprassel von Schiefer, die Schultern geduckt unter dem Tragriemen, der wie ein Joch drückt, brennender Durst in brennender Sonnenglut. Zwischen die Reben fliegt zerstäubender Strahl, das Grün der Blätter überzieht sich weißbläulich, und auch die Beeren der Träubchen bekommen den gleichen Anhauch. Und auch der, der da spritzt. Vom beizenden Staub tränen die entzündeten Augen.

Kimon Bremm atmete schwer; die Kehle war ihm wie zugeschnürt vom Dunst zwischen den Stöcken. Es mochten an fünfzig Grad und mehr noch sein im glühheißen Ofen des Weinbergs. Aber daran dachte der Mann jetzt nicht; er dachte an seine Tochter. Wie froh die Stimme der Maria geklungen hatte! Die konnte ja auch noch froh sein, die war knapp siebzehn. Als er so jung war, hatte er's auch noch nicht empfunden, wie hart doch eigentlich das Leben ist. In jungen Jahren ist es ein Spaß, im Weinberg zu klettern, man ist ohne Verschnaufen oben und ebenso schnell wieder unten, man fühlt kaum, daß man ein Herz hat, das pocht. Jetzt ging es schwerer hinauf, man mußte langsamer tun, Schritt für Schritt. Es war saure Arbeit im Weinberg — nein, seine Tochter sollte es nicht so schwer haben! Er wollte nicht dagegen sein, wenn sie sich eine Stelle suchte in einem Haushalt oder in einem Hotel, vielleicht ins Bad Bertrich ging; da hatte sie's leichter. Sie konnte dann noch lange so fröhlich bleiben, sie war ein braves und hübsches Kind.

Es gibt an der Mosel viel schöne Mädchen, dunkelhaarig und dunkeläugig, aber die Schönste von allen war die Maria aus Porten. Ihre Schönheit war in der ganzen Umgegend bekannt. Die kam daher, so erzählte man sich's, daß die Bremm, als sie mit diesem Kinde ging, oft fromm hinaufgewandert war zu dem Kirchlein, das oben auf dem Klosterberg inmitten eines Friedhofes steht. Dort hinauf trägt Munden, das Dorf, das schrägüber von Porten an der anderen Seite der Mosel liegt, seine Toten. Aus diesem Dorf war die Bremm gebürtig und ihre Eltern waren da oben begraben; ihr Vater, ein Winzer, wie alle hier sind, ihre Mutter eine der Frauen, wie auch sie eine war: die heiraten jung, tun ihre Arbeit, gebären viele Kinder und sterben noch nicht sehr alt. Wenn Anna Bremm nun den Stationsweg, der von Munden steil und sonnig durch Weinberge führt, hinaufklomm, betete sie bei jeder der sieben Stationen inbrünstig ein Gebet für die Seelen ihrer Verstorbenen und zugleich ein Gebet für das neue Leben, das sie trug. Und während sie auf den Gräbern der Eltern das Unkraut rupfte, hatte sie sich viel Gedanken gemacht — sie erzählte es nachmals —, drei Knaben hatte sie schon, nun wollte sie gern ein Mädchen haben, eine Tochter, die ihr beistand im Haushalt und einst auch auf ihrem Grabe das Unkraut ausrupfte. Sie erbat das dann flehentlich vor dem Bilde der heiligen Jungfrau, das gnadenspendend im alten Kirchlein hängt; sie wandte ihre sehnenden Blicke nicht von dem ab. Und das Mädchen, das ihnen geboren wurde, war so schön wie ein Bild.

Ja, die Maria! Der unter der Last der Pumpe im glühenden Sonnenbrand keuchend Daherschreitende lächelte. Aber dann wischte er sich mit der von der spritzenden Brühe besprenkelten Hand über die Stirn, die nicht schwitzte — von Feuchtigkeit war nichts mehr im Körper — und seufzte: wenn er nur mit seinen drei Aeltesten mehr Glück gehabt hätte! Neun Kinder hatte sein Weib ihm geboren, nun waren es nur mehr sechs. Der Toni und der Aloisius waren im letzten Kriegsjahr gefallen, beide noch so sehr junge Brüder fast auf einen Tag. Sie waren begraben irgendwo. Aber daß sie in geweihter Erde lagen, das hoffte er; um sie trug er weniger Leid. Aber der dritte, der dritte, der Joseph?! Der war am Rhein, aber an welchem Ort sich der jetzt herumtrieb, das wußte er nicht. Er wollte es auch gar nicht mehr wissen. Wozu brauchte der sich zu jenen zu schlagen, die die rheinische Republik ausriefen? Gehörte man nicht zum Reich in guten und bösen Tagen? Jetzt in den bösen erst recht. Der ist ein schlechter Mensch, der seinen Herrn im Stich läßt, weil es dem nicht mehr so gut geht wie früher.

(Fortsetzung folgt.)

Kuckuck

Sturm gegen unhygienische Anzüge

Kleider machen Leute

Kleiderrevolution in England

Das alte Sprichwort „Kleider machen Leute" hat einen tiefen Sinn. Es stimmt schon, daß der Anzug nichts Zufälliges ist, sondern mit den allgemeinen Lebensgewohnheiten, ja, sogar mit der geistigen Kultur eines Volkes zusammenhängt. Bis ins 19. Jahrhundert hinein hatte jede Landschaft, nein, jede Stadt ihre besondere Tracht. Die Ulmerin war anders gekleidet als die Straßburgerin oder die Münchnerin; der Adel wollte sich auch äußerlich vom Bürgertum, der Patrizier vom Kleingewerbetreibenden abheben. Es bedurfte erst der Revolutionierung des Wirtschaftslebens und des Verkehrs, um die alten Kleiderordnungen wegzufegen. Staatsumwälzungen haben immer auch durchgreifende Modenveränderungen bewirkt. In der französischen Revolution fielen Kniehosen, Zopf und Schnürbrust, und bei dem Wartburgfest der deutschen Burschenschaft im Oktober 1817 flogen vierzig Jahre später dieselben Symbole der Reaktion: Korporalstock, Zopf und Schnürbrust, in die Flammen des Scheiterhaufens.

Wenn also heute ein Volk besonders zäh an dem Popanz alter Trachten festhält, so darf man daraus schließen, daß in diesem Lande, ähnlich wie in deutschen Gebirgswinkeln — etwa in Hessen oder im Schwarzwald — die Menschen erzkonservativ sind. Romantische Gemüter finden enggeschnürte Mieder, ein halbes Dutzend dicker Tuchröcke, Fuchspelzmützen, Dreimaster herrlich und suchen, zu Trachtenvereinen zusammengeschlossen, diesen Unfug am Leben zu erhalten — genau so wie sie für „malerische" alte Gäßchen schwärmen, in denen ohne Licht und Luft schwindsüchtige Kinder heranwachsen. Eine Gefühlsduselei, die am Leben und seinen Forderungen vorbeisieht.

Nirgends jedoch ist gerade diese verschimmelte Romantik so tief eingewurzelt wie in England. Niemand erwartete das von einer Nation, die in Wirtschaft und Technik seit fast zweihundert Jahren an der Spitze Europas marschiert. Dabei hält das Inselvolk, durch einen Ozean von Vorurteilen vom übrigen Weltteil getrennt, mit einer geradezu lächerlichen Zähigkeit an seinem vollkommen veralteten und unbrauchbar gewordenen Maß-, Münz- und Gewichtssystem fest.

Nun scheint aber endlich der Himmel ein Einsehen zu haben und das zu erzwingen, was die menschliche Vernunft von sich aus nie durchsetzen konnte. Eine der größten Londoner Zeitungen, der „Daily Expreß", läuft Sturm gegen die unhygienische Kleidung der britischen Bevölkerung. Die Londoner „Season", die Zeit der großen Repräsentation mit Opernvorstellungen, Hofempfängen und Sportveranstaltungen, fällt in den Juni. Da durften denn bei 30 Grad im Schatten die Gardegrenadiere in scharlachroten Tuchröcken und mit riesigen Bärenmützen auf dem Kopfe Spalier stehen. Da fuhren die Earls und Lords und Baronets im Zylinderhut, steifem Kragen und dunklem Schwalbenschwanz auf den Rennplatz. Nicht einmal wenn sie auf die Börse gehen können sie sich von Weste und Zylinder trennen. Der Bürgermeister, der „Lord Mayor" muß im Hermelinmantel und Pelzhut erscheinen, und Richter und Rechtsanwälte gar in schweren weißen Lockenperrücken. Sie dürfen ohne dieses Zeichen ihrer Würde ebenso wenig den Gerichtssaal betreten wie der Pastor ohne Talar die Kanzel.

Die Männer — stellt der „Daily Expreß" fest — sind im Grunde viel eitler als die Frauen. Um ihre Würde zur Schau zu tragen, unterwerfen sie sich der größten Plagen. Die Frauen haben sich bedeutend gebessert: sie passen ihre Kleidung der Jahreszeit an. Aber die Männer kleiden sich im Hochsommer kaum anders als im Winter. Es ist auch der Zwang der Konvention: keiner möchte irgendwie auffallen. Jeder erwartet, daß der andere mit dem guten Beispiel vorangehen soll. Die Engländer sind eine alte Nation: Wie ein Alpdruck lastet die vielhundertjährige Tradition auf ihnen. Sie wären so todunglücklich, wenn sie zu einer Hochzeit oder zu einem Begräbnis anders erschienen als im Zylinder. Dabei war auch dieser Zylinder einmal ein revolutionäres Kleidungsstück. Er kündigte, gemeinsam mit der langen Hose, den Sieg des Bürgertums über den Adel an. Das alles hindert aber nicht, daß die Kabinettminister heute noch in Kniehosen bei Hofe erscheinen.

Bisher sind noch alle Reformvorschläge gescheitert. Der italienische Maler Marinetti, extremer Futurist, erfand einen Männeranzug, der ganz lose auf dem Leibe saß und die ultravioletten Strahlen der Sonne durchließ. Er konnte mit einem einzigen Knopf geschlossen und geöffnet werden. Ein Engländer namens Raymond Duncan ging in einer altgriechischen Toga einher. Aber beide wurden für verrückt erklärt. Bernard Shaw gehört zu den Pionieren des Luft- und Sonnenbades, das der puritanische Engländer noch heute verpönt. Shaw durfte es auch nicht auf englischem Boden wagen, seiner Sonnenleidenschaft zu frönen, sondern nur in Südfrankreich. Aerzte und Erzieher weisen mit Neid und Bewunderung auf das deutsche Beispiel des Luft- und Sonnenbades hin, meinen aber freilich: in England müßte man da einige Konzessionen machen. . . .

Wie soll man sich denn nun an heißen Tagen kleiden? Da laufen uns die Engländer im „Daily Expreß" den Rang ab. Die Frau soll auf den Rock verzichten und wie der Mann das kurze Kniehöschen der Boy-Scouts tragen (das sich längst bei dem männlichen Teil unsrer Arbeiterjugend eingeführt hat), dazu eine Hemdbluse, Söckchen, Halbschuhe, leichten Filzhut. Die männliche Kleidung unterscheidet sich davon kaum mehr.

Aber auch das wird, wie so viele gute Vorschläge, auf dem Papier stehen bleiben. Man wird es als „Bolschewismus" verschreien. Und man wird im stumpfsinnigen bürgerlichen Trott weiter laufen, weiter schwitzen und weiter stöhnen. . . .

Hermann Hieber.

Zerline und der Zauberer

Zerline Maudsen — eine Baltin von eigenartigem blonden Typus, alteingesessene Familie, östlicher Adel; das Gut geriet unter den Hammer; der Vater erschoß sich; die Mutter ging nach Berlin als Näherin — Zerline Maudsen begeisterte sich am Theater, bis eine Operettenaufführung sie soweit mitriß, daß sie einem Ballettmeister vorzutanzen wagte — siebzehnjährig damals. Während sie am Tage brav den Verkaufsstand eines Warenhauses zierte, knappste sie sich jede Stunde ab, sobald die Mutter einmal nicht im Hause war, um tanzen zu lernen. Probeauftritt in einer Operette. Erfolg: Gagenangebot von dreifacher Höhe ihres bisherigen Gehalts, daraufhin willigte die Mutter ein. Ein Agent redete Zerline zu: das Kabarett zahle mehr und gebe obendrein Gelegenheit, Menschen und Sitten kennenzulernen. Er verschwieg Mehrausgaben durch Wohnen in Artistenquartieren, ständige Sorgen um Verträge. Sie schloß also ab, ging nach Hamburg, nach Wien, nach Toulouse, und hier saß ein Agent, der sie nach dem „Ambassadeur" in Kairo vermittelte. Mit einer für ihre Begriffe phantastischen Gage. In diesem Treffpunkte der mondänen Welt Aegyptens überschüttete man sie mit Blumen. Zerline nahm dennoch keine Einladungen an, und man ließ zu ihrer eigenen Verwunderung ihr Privatleben unangetastet.

Nur stimmte die Rechnung nicht: der Coiffeur verschlang ein Drittel der Gage; ein Zimmer im vierten Stock des Hotels kostete ebensoviel, Notwendigkeiten wie Wäsche, Schuhe, Toiletteartikel bereiteten ihr bereits Kopfzerbrechen. Der Direktor zuckte die Achseln: „Mademoiselle müssen den Vertrag erfüllen. Hier sind genug Beamte und reiche Kaufleute in Kairo, die geringe Freundlichkeit hoch bezahlen!" Sie schlug zu, er rieb sich seine Backe: „Ich wollte Mademoiselle nur einen Rat geben . . ."

Zwei Tage später, sie grübelte gerade in ihrer Garderobe darüber nach, ob sie ihrer Mutter um Aushilfe telegraphieren dürfe, pochte es. Ein Aegypter trat ein. Er zeigte auf der Bühne phantastische Manipulationen. Er verbeugte sich und wartete; auf ihre Anrede erklärte er, der Inhaber sende ihn; sie wolle doch mehr Geld verdienen — gut, ihm, dem „Zauberer", fehle eine Partnerin, mit seinen erstaunlichen Tricks verdiene er, fände sich eine Partnerin, doppelte Gage und werde den Ueberschuß ehrlich teilen. Das war eine Möglichkeit.



Die erste Vorstellung. Ein Kasten stand bereit. Zerline verschwand in der Kiste und der Mann bohrte Schwerter hindurch. Das Publikum lächelte: „Alter Trick." Minutenlang starrte der Aegypter auf den Kasten. Die Leute wagten gegen ihren Willen kaum zu atmen. Der Illusionist wandte sich plötzlich um: „Ladies and Gentleman — die Dame wurde zwischen den Schwertern hypnotisiert und wird sich im Kasten gänzlich entkleiden, sodann öffne ich nach Entfernung der Schwerter den Deckel und Sie sehen die erste weiße Traumtänzerin. Nicht einmal ein Mediziner vermag die Trance aufzuheben."



Wirklich — Zerline erhob sich; Füße tasteten über den Rand der Kiste, bewegten sich ungeschickt vorwärts, die Musik untermalte das Geheimnisvolle der Vorgänge und nun folgte ein Tanz, der den gierenden Menschen ins Blut ging. Der „Zauberer" stand seitlich auf der Bühne und richtete den Blick seiner Augen in die Pupillen der Kabarettistin — ihr Tanz erstarb nach seinem Willen; sie bewegte sich wieder auf die Kiste zu und verschwand. Abermals wurden die Degen hindurchgejagt, dann zog der Aegypter die Säbel zurück. Zerline trat wach auf die Bühne und verbeugte sich — bekleidet.

„Ambassadeur" machte enorme Kassen. Zerline glaubte, bei einem Täuschungstrick zu helfen, bis ein Zufall ihr die Hypnose des Aegypters zum Bewußtsein brachte. Nach einer Vorstellung ließ sich ein Agent melden. Sie saßen zu Dritt in einer Seitenloge, und Zerline hüllte sich fest in ihr Cape. Da lag ein Vertrag für zehn Gastspiele in England, Frankreich und Deutschland vor ihr. Schon wollte sie den Füllfederhalter der Managers nehmen — ein paar Worte sprangen ihr ins Auge; sie las: „Partnerin verpflichtet sich, bei Ausführung des Säbeltricks in Hypnose, als sogenannte Traumtänzerin, den Kasten unbekleidet zu verlassen."

„Wollen Sie eine Aenderung einführen?" erkundigte sich Zerline bei dem Aegypter. „Damit bin ich nicht einverstanden." — „Sie können ruhig unterschreiben; Sie wissen davon nichts. Die Hypnose ist echt und es ist keine Aenderung."

Das Sektglas zerknallte an seinem Gesicht; Blut — sie wurde ohnmächtig. Man fuhr sie ins Hotel, der Aegypter blieb bei ihr. Er nahm aus einem kleinen Beutel getrocknete Blätter. Sein Gesicht war in Binden gehüllt. Besonders ein Auge schmerzte. Er entfernte selbst den Splitter. Zerline erwachte — da stand sein Kopf, hundertfach vergrößert, über ihren Augen. Sie wollte schreien, es gelang ihr nicht. Detonation; so schlugen die Worte zusammen: „Sie sind krank. Rauchen Sie; Sie werden gesund." Sie sog Dampf ein. Das Gesicht vor ihr wurde zur Wohnung ihrer Mutter. Sie sah einen Schüler mit einer blauen Mütze, den sie als Zwölfjährige liebte — Haschisch.

Zwei Tage lang kümmerte sich der Aegypter nicht um sie. Am dritten Tage hatte sie von einem Boy sein Quartier auskundschaften lassen und ging zu ihm. Er lag in einem leeren, grauen Raum auf einer Ottomane, vor sich zwei Pfeifen. Keine Frage wurde gestellt. Seine Hände reichten eine Pfeife und Feuer. Zerline



rauchte zum zweiten Male Haschisch. — Zur Vorstellung erschienen sie beide, und die Hypnose begann. Als der Vorhang sich zusammenschob, führte Fuad — so hieß der Aegypter — sie in die Garderobe und bereitete ihr die Pfeife.

* * *

Diese Geschichte erzählten sich die Artisten in fünf Ländern. Dann tauchten Zerline und der Zauberer in Europa auf, belauert von der Polizei. Doch niemand fand bei ihnen das Gift. Die Traumtänzerin eroberte die Welt — und Zerline haßte die Pfeife, haßte den Mann und die Narben, die das zersprungene Sektglas zurückgelassen hatte.

Einmal, als er sie, wach, berühren wollte, erlitt sie einen Herzkrampf; zehn Stunden später verschied sie.

Seitdem ist auch der „Zauberer" verschollen und beide hat man vergessen.

Walter Anatole Persich.

Verkehrsschwierigkeit

Der Autobus ist überfüllt. Eine junge, hübsche Dame steigt ein. Ein junger Mann erhebt sich sofort. Die junge, hübsche Dame sagt: „Sehr liebenswürdig, aber ich stehe lieber." Errötend sagt der junge Mann: „Nein, ich —"

„Wirklich zu freundlich," unterbricht ihn die Dame, „aber ich möchte stehen."

„Oh, ich —"

„Du lieber Himmel, sind Sie denn so schwer von Begriff? Ich will stehen bleiben!"

„Aber ich —"

„Sie fangen an, mich zu langweilen. Setzen Sie sich doch wieder hin!"

Der junge Mann, Verzweiflung in der Stimme: „Ich will mich ja gar nicht hinsetzen. Ich hätte ja schon an der vorigen Station aussteigen müssen . . ."

Lebende Juwelen

Die Sonne der tropischen Zone vermag in der Pflanzen- und Tierwelt Farbenwunder zu schaffen, die den Bewohnern der gemäßigten Zone unbekannt sind. Zumal der Färbung der bei uns vorkommenden Vögel und Insekten fehlt der Glanz, der sich im Federkleid oder im Hautpanzer vieler tropischer Vögel oder Käfer spiegelt. Darum ist es — so grausam es auch erscheinen mag — nicht zu verwundern, daß diese Farbenpracht der Vögel und Insekten als Schmuck Verwendung gefunden hat, zunächst bei den Naturvölkern, dann aber auch bei den Damen der weißen Rasse, die sich meist neben dem Bestreben, mit ihrem Schmuck zu prunken, bizarren Modelaunen unterwerfen.

Bizarr war zweifellos der Gedanke, den Hals oder den Busen mit einem lebenden Käfer zu schmücken, auf den die Mädchen und Frauen mittelamerikanischer Staaten gekommen sind, indem sie sich einen in altem Gemäuer lebenden Käfer als Brosche wählten. Freilich spielt dabei auch der Aberglaube eine Rolle, weil dieser Käfer als Talisman angesehen wird, der die bösen Geister vertreibt. Da dieser Käfer bei seinem Tode seinen wunderbaren Goldschimmer verliert, so kann er als Schmuckstück nur lebend getragen werden. In einen Goldreif gefaßt, hängt dieser zählebige Käfer fast zwei Jahre lang auf dem Busenansatz seiner Trägerin bis er stirbt, obwohl er während dieser ganzen Zeit keine Nahrung mehr zu sich nimmt. Man hütet ihn auf das sorgfältigste, weil sein Tod als böse Vorbedeutung angesehen wird. Leider kann man ihn nicht dazu bewegen, auf dem ihm von der Natur gewiß nicht bestimmten Platze zu fressen.

Noch ein anderer Käfer, der in Südamerika heimische Cocujo, wird ebenfalls als lebender Schmuck getragen. Dieser Käfer besitzt eine intensive Leuchtkraft. Die gelben Flecken an seinem Halsschilde leuchten so stark, daß man den Käfer in einem ausgehöhlten Flaschenkürbis in finsterer Nacht als Laterne benutzen kann. Mehrere Käfer, in einem Zimmer vereinigt, ersetzen eine elektrische Lampe. Die Damen nähen den Käfer abends in ein Tüllbeutelchen und hängen ihn, wenn sie in Gesellschaft gehen, an die Halskette oder stecken ihn als leuchtenden Edelstein ins Haar.

In tropischen Ländern leben an die zwanzig Käferarten, die, in Gold- oder Edelsteinfassung gebracht, als Brosche, als Armband, als Ohrringe oder als Busennadel Verwendung finden. Häufig überstrahlt der metallische Glanz der Flügeldecken oder des Brustpanzers dieser Käfer den Glanz von Diamanten. Er leuchtet im Farbenspiel der Smaragde, des Opals, des Rubins wie der Glanz geschliffener Juwelen. Dieses Leuchten bleibt sogar noch jahrelang nach dem Tode der Käfer. Kein Wunder, wenn diesen Prachtkäfern eifrig nachgestellt wird und einige Arten schon völlig ausgerottet sind.

Andreas Stroinski.

Fortschritte zahntechnischer Goldarbeit

Für die Zahntechnik sind harte Goldlegierungen besonders wichtig. Dem Professor Brumfield in New York ist es neuerdings gelungen, 60 solcher Goldlegierungen herzustellen, von denen einige dreimal so hart wie Stahl sind. Wenn sich das Metall, wie erwartet wird, gut verarbeiten läßt, so kann es für Zahnfüllungen und andere zahntechnische Arbeiten eine große Bedeutung gewinnen.

GELSENKIRCHEN-BUER

Frauengruppe, Gelsenkirchen.

Mittwoch, den 30. dieses Monats, von 15 Uhr an, im August-Bebel-Haus: Nähstunde. Die Ferienveranstaltungen werden besprochen. Die Helferinnen werden gebeten, zu erscheinen.

Ortsgruppe Buer-Beckhausen.

Mittwoch, den 30. dieses Monats, um 14 Uhr: Gemeinsamer Spaziergang der Frauen mit Kindern. Treffpunkt: „Am Luftigen".

KINDERFREUNDE

Kinderfreunde, Gelsenkirchen-Buer

Gruppe Rotthausen.

Jungfalken. Unsere Zusammenkunft ist heute (Dienstag), um 17 Uhr, im Volkshaus.

Gruppe Mitte.

Jungfalken. Unsere Zusammenkunft ist heute (Dienstag), um 18 Uhr, im August-Bebel-Haus.

Gruppe Bismarck Ost.

Unsere Zusammenkunft ist heute (Dienstag), um 14 Uhr, in der Gneisenauschule.

Gruppe Ueckendorf.

Jungfalken. Unsere Zusammenkunft ist heute (Dienstag), um 19.30 Uhr, in der Almaschule.

REICHSBANNER SCHWARZ-ROT-GOLD

Ortsgruppe Gelsenkirchen.
Kreis Gelsenkirchen.

Sonntag, den 24. August- Pflichtveranstaltung. Näheres folgt.

Spielmannszug und Martinsabteilung.

Mittwoch: Probe wie immer.

Aus der Arbeitersängerbewegung

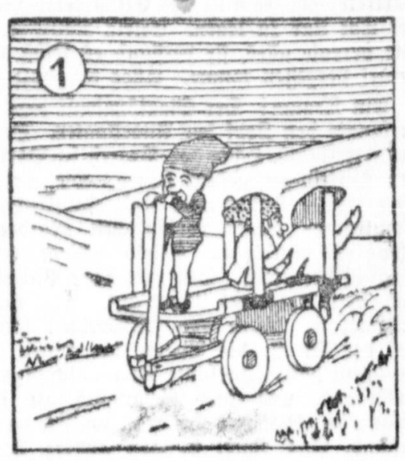
Volkschor Buer, E. V.

Am Dienstag, dem 29. dieses Monats, abends 7.45 Uhr, findet die letzte gemischte Probe vor dem Gartenkonzert statt. Restloses Erscheinen ist erforderlich.

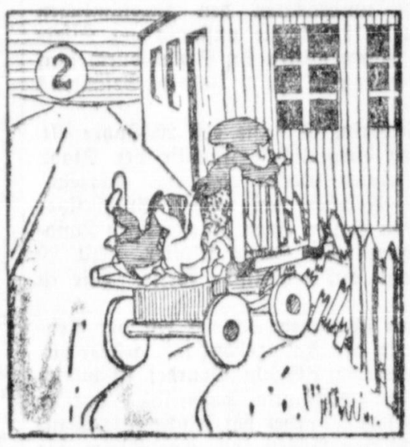
Für unsere Kinder

FLICK FLOCK FLAUM

EINE ZWERGENGESCHICHTE IN BILDERN UND VERSEN



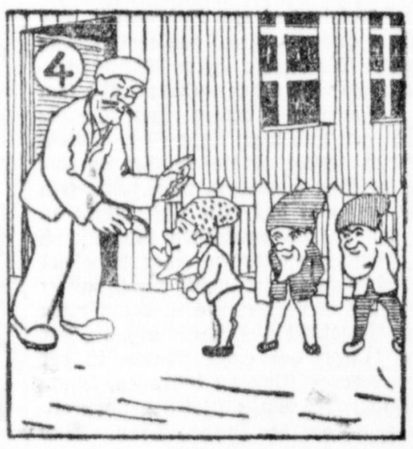
Nach sechs Ruhetagen
brauchte Flunsch den Wagen.
Talwärts ging es mit Gebraus,
doch die Fahrt ging böse aus.



Durch des Schicksals Tücke
ging der Zaun in Stücke,
weil, wie Flick dem Flunsch erzählt',
seinem Karrn die Bremse fehlt'.



Flunsch war sehr betroffen,
und er wollte hoffen,
daß beim Unglück ja kein Bein
sich verletzt ein Zwergelein.



Drückt' den Drei'n die Hände
und gab noch am Ende, [schellt',
daß die Freundschaft nicht zer-
einen Taler Schmerzensgeld.

WIR EMPFEHLEN UNS GANZ BESONDERS

A

Sparen schafft Freude!

Darum spare bei der

Stadtsparkasse Gelsenkirchen!

Hauptstelle: Neumarkt 6. Zweigstellen in allen Stadtteilen

Wilhelm Jaeger
Pflaster- und Tiefbaugeschäft
Gelsenkirchen
Ringstr. 46-48 Fernruf 22605

Heinrich Klein
G. m. b. H.
Gelsenkirchen
Wildenbruchstr. 15-23
Fernspr.-Sammel-Nr. 27551
Eisen, Metall und Röhren-Großhandlungen
Muster-Ausstellung von sanitären Einrichtungs-Gegenständen

GAS
ist auch für Sie
der allein richtige Brennstoff
Seine Billigkeit, Bequemlichkeit und Leistungsfähigkeit macht das Gas für jeden häuslichen Zweck unentbehrlich.
Alle Gasgeräte kaufen Sie gut, billig und zu kleinen Raten in den Verkaufsstellen der städtischen G.-W.-E.-Werken.

Wenn Sie sich **VERLOBEN** oder schon verlobt haben, ist es doch das erste, daß Sie an die Einrichtung Ihres zukünftigen Heims denken. Besichtigen Sie bitte, ganz zwanglos die Ausstellung preiswerter Möbel. Ueber die vorteilhafteste Zahlungsart unterrichtet Sie dann gerne das
Möbelhaus Heinr. Bartmann
Gelsenkirchen, Bochumerstr. 80

Joh. Bußmann
Gelsenkirchen, Karlstr. 33-35
Spedition und Kohlenhandlung
Kohlen, Koks, Briketts, Anthrazit u. Brennholz frei Keller
Möbeltransport

Ihr Heim schmückt Ullmann!
Größte Auswahl in **Tapeten, Farben, Lacke, Glas, Balatum, Linoleum, Stragula** bei Billigste Preise!
Gebr. Ullmann, Gelsenkirchen
Verkaufsstellen:
Schalker- und Florastraßen-Ecke, Hochstraße 14,
Buer: Hochstraße 23.

Rud. Burgmer
Gelsenkirchen
Bochumerstr. 20 Ruf 251 41/43
Bahnspedition
Möbeltransport
Lagerung
Spezial-Omnibusse
(20-, 30-, 50-sitzig)
Filiale Buer: Goldbergstr. 2 Ruf 30480

Photogr. Atelier u. Foto-Haus
Albert Lange
Gelsenkirchen, Augustastr. 4
gegenüber Alsberg — Fernsprecher 21730
Aufnahmen aller Art
Spez.: Kinderbilder u. Fam.-Grupp.
Kulante Bedienung. Mäßige Preise.
Abt. II: Amateurbedarf, Entwickeln, Abzüge, Vergrößern in 6 Stunden. Apparate erster Fa. mit Zubehör.
Gelegenheitskäufe. — Fachmänn. Beratung.
Teilzahlung gestattet.

Emil Krombach
Gelsenkirchen
Grenzstr. 126 Ruf 27925
Malermeister
Solide und saubere Ausführung sämtlicher Maler- und Anstreicher-Arbeiten

Miele- Wasch-, Wring- und Mangelmaschinen
kaufen wir im größten Spezialgeschäft für Miele-Erzeugnisse
KAMPHAUS G. m. b. H.

Linoleumteppiche
Tapeten Farben
etc. nur von
Schmedeshagen
Gelsenkirchen
Bismarckstraße 118.

Alsberg
Gelsenkirchen A.-G.
Größtes Warenhaus des rheinisch-westfälischen Kohlenreviers.
Das Haus der guten Qualitäten

STADTHALLE
GELSENKIRCHEN
(Inh.: Hans Berhorst)
Angen. Familien-Aufenthalt.
Festsäle für Versammlungen und Festlichkeiten

Fritz Gröning
Gelsenkirchen
Markgrafenhof 49 Telefon 22493
Plattierungen
Spezialgeschäft für Flurbeläge und Wandbekleidungen.
Saubere u. fachgemäße Ausführungen

Eine moderne „Madame Bovary"

Sie ermordete ihren Mann im Schlaf – Das tragische Ende einer Ehe

Rouen ist trotz seiner 150 000 Einwohner eine ruhige etwas verschlafene französische Provinzstadt, in der sensationelle Vorkommnisse zu den Seltenheiten gehören. Ungeheures Aufsehen mußte daher dieser Mordprozeß hervorrufen, der jetzt vor dem dortigen Schwurgericht sich abrollte. Aus der Umgebung, viele Stunden weit, waren die Neugierigen herbeigeeilt. Hunderte von Bewohnern der Stadt umdrängten den altertümlichen Justizpalast, um jene Frau zu sehen, die unsinnig vor Eifersucht und Rachedurst ihren Mann mitten im Schlaf durch fünf Karabinerschüsse tötete. Sie wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt.

Gisela Bourdet, die Mörderin, ist heute erst 20 Jahre alt. Sie stammt aus einer alten bürgerlichen Familie der Stadt. Ihre Eltern ließen sie in einem Kloster erziehen. Achtzehnjährig heiratete das junge Mädchen den reichen Gutsbesitzer Bourdet, der in der Nähe von Rouen einen schloßartigen Landsitz bewohnte. Mit 19 Jahren war Gisela Mutter. Mit 20 Jahren tötete sie ihren Mann auf bestialische Weise. Wie ist das zu erklären?

Die Frau, die durch einen schwarzen Schleier vor der Neugier der Zuschauer geschützt, in der Anklagebank saß, gesteht mit eintöniger Stimme ihr Verbrechen. Gisela Bourdet ist hübsch — nicht von der Schönheit der geschminkten hysterischen Pariser Mörderin aus Eifersucht, Gisela Bourdet hat frische rote Wangen, ein Paar braune furchtsame Augen und eine Figur, die man heute vollschlank nennt. Sie ist der Typ einer kerngesunden ländlichen Schönheit. Und doch eine Mörderin?

Es war in der Nacht vom 2. zum 3. Februar dieses Jahres, als die Tat geschah. Gisela war am Nachmittage in einem benachbarten Ort gewesen, um einzukaufen. Als sie zurückkam, entschuldigte sich ihr Mann, daß er sie nicht, wie sonst mit dem Auto vom Bahnhof abgeholt habe. Er sei beschäftigt gewesen. Beschäftigt? Lag nicht im Schlafzimmer ein Taschentuch, das nicht ihr, Gisela, sondern einer anderen Frau gehörte? Gisela Bourdet glaubte es wenigstens. Sie machte ihrem Manne Vorwürfe, nicht ohne Grund, wie sich später herausstellte. Es kam zu einer schrecklichen Szene. Der Mann bekam einen Wutanfall, drohte, das Kind zu erschießen und warf seine Frau schließlich zur Tür hinaus. Heimlich schlich Gisela wieder in die Wohnung. Ihr Mann war zu Bett gegangen, man hörte sein Schnarchen im Nebenzimmer. Es war das erste Mal im Leben der zwanzigjährigen Frau, daß sie sich demütigen mußte, daß sie geschlagen worden war. Geschlagen wegen einer Rivalin? Gisela liebte ihren Mann, wie sie sagte; sie wollte nicht, daß er einer anderen gehörte. Ehe sollte er sterben, als in den Armen einer anderen liegen. Der Gewehrschrank stand offen. Der Karabiner, den der Landwirt noch vor einer Stunde in der Hand gehalten hatte, um sein eigenes Kind zu bedrohen, lehnte an der Tür. Als Giselas Blicken die Waffe streiften, schoß ein fürchterlicher Gedanke durch den Kopf der jungen Frau. Was nun geschah . . . die Angeklagte weiß es nicht mehr.

Um Mitternacht schreckten fünf Schüsse die Bediensteten aus dem Schlaf. Der Herr des Hauses lag tot in seinem Bett. Gisela umklammerte weinend seinen Körper. Sie bereute ihre Tat, sie schluchzte und schrie und klagte sich vor allen des Mordes an. Es war zu spät. Die Gendarmen traten ein und nahmen die Mörderin fest.

Es gelang dem Vorsitzenden, dem Staatsanwalt und dem Vertreter der Familie des Ermordeten nicht, die wahren Motive der Tat klar zu legen. Gisela Bourdet wußte sie selber nicht. Sie bereute alles, sie verstand es selbst nicht mehr, wie sie sich derart vergessen konnte. Alles war wie ein Traum gewesen.

Ein Traum? Der Staatsanwalt war anderer Meinung und verlangte den Kopf der Angeklagten. Der Verteidiger plädierte für Freispruch. Hätte der Prozeß in Paris stattgefunden, würde der Verteidiger gesiegt haben. Die Geschworenen von Rouen aber, brave Handwerker und Kaufleute, verneinten wohl die Schuldfrage wegen vorsätzlichen Mordes, hielten indes Totschlag für vorliegend. Gisela Bourdet wurde zu 5 Jahren Gefängnis verurteilt. Das zahlreiche Publikum nahm den Spruch mit beifälligem Klatschen auf. Die Verurteilte wurde ohnmächtig, sie wurde von Gendarmen hinausgetragen, während auf der Straße die Vielen, die keinen Platz im Sitzungssaal gefunden hatten, in laute Verwünschungsrufe auf die Mörderin ausbrachen und das Gefängnis zu stürmen suchten. Die mogderne „Madame Bovary" wurde, da Gefahr für ihr Leben bestand, über Nacht in eine andere Strafanstalt des Landes gebracht.



Professor Poelzigs Entwurf für die Umgestaltung der „Neuen Wache", Berlin, zu einer Gedenkstätte für die Gefallenen des Weltkrieges.

Sabotage im rumänischen Petroleumgebiet

wegen Arbeiterentlassungen

Bukarest, 28. Juli. Auf Grund des Beschlusses der rumänischen Petroleumgesellschaften, die Produktion einzuschränken, wurden im Petroleumgebiet des Prahova-Tales Arbeiterentlassungen vorgenommen und weitere Kündigungen in Aussicht gestellt. Wie „Dimineatza" meldet, versuchten heute Nach entlassene Arbeiter sich durch Sabotage zu rächen. Sie öffneten in Misläa die Leitungen eines Rohölreservoirs und steckten das ausfließende Oel in Brand. Gendarmerie wurde in Automobilen in den gefährdeten Bezirk entsandt und verhinderte weitere Sabotageakte. Zwei Führer wurden verhaftet.

Großfeuer in Bukarest

20 Millionen Schaden.

Bukarest, 28. Juli. (Drahtmeldung.) In einer hiesigen Fabrik vegetabilischer Oele und chemischer Produkte brach gestern um die Mittagsstunde ein Brand aus, der allmählich einen solchen Umfang annahm, daß die Tätigkeit der Feuerwehr gänzlich nutzlos sich gestaltete. Das Feuer dauerte um Mitternacht noch an. Der Schaden übersteigt 20 Millionen.

Verwegenes Verbrecherstück

Zuchthäusler aus dem fahrenden Zuge gesprungen und entkommen.

Berlin, 28. Juli. (Eigene Meldung.) Auf der Fahrt von Dessau nach Coswig ist der Friseur Winter, der in der dortigen Strafanstalt eine mehrjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, seinem Transporteur aus dem fahrenden Zuge entsprungen. Während der Fahrt erhob sich Winter plötzlich, versetzte seinem Begleiter und dem Schaffner einen Stoß, riß die Tür auf und sprang von dem in voller Fahrt befindlichen Zug ab. Von Coswig aus wurden sofort alle benachbarten Ortschaften verständigt und eine Abteilung der Dessauer Schutzpolizei herbeigerufen, die gemeinsam mit dem Transporteur ohne Ergebnis die ganze Umgegend absuchten. Die Verfolgung wurde erschwert durch die Tatsache, daß es Winter gestattet worden war, auf der Fahrt seine eigene Kleidung zu tragen.

Liebestragödie in einem Hamburger Hotel

Hamburg, 28. Juli. (Drahtmeldung.) In einem hiesigen Hotel erschoß in der vergangenen Nacht der 32jährige Kellner Schmitz seine Begleiterin, deren Personalien noch nicht festzustellen waren, und sodann sich selbst. Nach hinterlassenen Mitteilungen ist das Paar, das gestern abend aus Düsseldorf zugereist war, nach vorher getroffener Abmachung gemeinsam in den Tod gegangen.

Schwere Bluttat

Gleiwitz, 28. Juli. (Drahtmeldung.) Heute vormittag erschoß der 23jährige Erwerbslose Max Lesik seine Mutter, seine Braut, die er am 30. Juli heiraten wollte, und sein fünfjähriges Kind. Darauf brachte er sich selbst Verletzungen bei, denen er bald darauf erlag. Das Motiv der furchtbaren Tat ist in einem Zerwürfnis zwischen Lesik und seiner Braut zu suchen.

Sonderbarer Fall von Massensuggestion

Rom, 28. Juli. (Drahtmeldung.) Aus dem Erdbebengebiet, in dem die Versorgung mit Lebensmitteln, die Pflege der Verwundeten, die Bergungs- und Aufräumungsarbeiten seit Sonnabend planmäßig und regelmäßig vor sich gehen, wird ein sonderbarer Fall von Massensuggestion gemeldet. In Avella hatten sich etliche hundert Menschen in einer Kirche zu einem Dankgottesdienst versammelt, als aus unerklärlichen Gründen die Menge plötzlich den Eindruck bekam, daß von der Decke des Hauptschiffes Teile der Stuckverkleidung herabfielen. Sofort brach in der Kirche eine Panik aus. Alles stürzte zum Ausgang. In dem Gedränge wurden zahlreiche Personen verletzt, darunter einige schwer.

Frenzel aus der Haft entlassen

Berlin, 28. Juli. (Eigene Meldung.) Der Strafsenat hat heute die Haftentlassung des Bornimer Amtsvorstehers Frenzel angeordnet. Die Kaution wurde in Gestalt einer Sicherungshypothek auf das Grundstücks Frenzels in Birnim angenommen.

Ozeanflug eines englischen Luftschiffes

London, 28. Juli. (Drahtmeldung.) Das Luftfahrtministerium teilt mit, daß das Luftschiff R 100 morgen früh um 3.30 Uhr in Carlington zum Fluge nach Montreal starten wird. Das Luftschiff wird den nördlichen Weg über Nordirland nehmen.

Betriebsunglück in einem Berliner Gaswerk

Sechs Verletzte

Berlin, 28. Juli. (Drahtmeldung.) Heute nachmittag erlitten in dem Gaswerk des Berliner Vorortes Mariendorf sechs Arbeiter durch eine Stichflamme mehr oder weniger schwere Brandwunden. Vier Arbeiter mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Nach Aussagen der Aerzte ist ihr Zustand ernst, aber nicht lebensgefährlich.

GESETZ das tötet

Roman von Frank Arnau

51) (Fortsetzung.)

Als Else Merten nach Hause kam, fand sie ihren Vater in der Wohnung herumrumoren. Der alte Merten hatte offenbar während der Abwesenheit Elses das ganze Haus nach der Brieftasche durchsucht; sie merkte auch, daß er in ihrem Zimmer gewesen war.

„Mir is schlecht, Vater — ich möcht zu Bett."

Der Alte sah sie forschend an:

„Siehst auch miserabel genug aus. Was fehlt dir denn?"

„Ich werde mich wohl erkältet haben. Ich glaube, ich habe ein wenig Fieber!"

„Also dann leg dich nur und sieh zu, daß du ordentlich schwitzen kannst. Ich werd weggehen!"

Nun lag also Else Merten und wartete. Sie zitterte unter ihrer Decke vor Angst vor dem Kommenden, aber sie war entschlossen, keinen Laut von sich zu geben.

Neuntes Kapitel

Der alte Merten kam spät in der Nacht nach Hause. Er war wieder betrunken, aber es war ihm nicht gelungen, seinen Aerger und seine Sorgen im Alkohol zu ertränken. Aerger empfand er wegen des Verlustes seiner Brieftasche. Es war ihm vollkommen unklar, wie das hatte geschehen können. Er erinnerte sich noch, wie er am fraglichen Abend aus der Brieftasche seine Zeche bezahlte. Er hatte einen Zwanzigmark-Schein gewechselt, den Rest in Silber herausbekommen und in die Hosentasche gesteckt. Er glaubte sich auch bestimmt daran erinnern zu können, daß er die Brieftasche dann wieder in die Brusttasche seines Rockes tat, — und nun war sie einfach verschwunden. Er erkundigte sich in der Destille, in der er den Abend verbrachte, — vielleicht hatte er sie doch daneben gesteckt. Aber der Wirt beteuerte, daß nichts gefunden worden war, und der alte Merten glaubte ihm. Denn der Wirt war ein ehrlicher Mann. Aber wo war die Brieftasche dann hingekommen? Merten dachte an Else. Noch vor wenigen Monaten hätte er jeden Verdacht gegen seine Tochter schärfstens zurückgewiesen. Aber das Verhältnis zu dem Chauffeur, der ihm in höchstem Maße unsympathisch war, hatte sein Vertrauen in seine Tochter erschüttert. Eine Zeit glaubte er ja, die Geschichte sei vorüber, aber dann kamen die wiederholten Besuche Elses bei einer Freundin, die ihm sehr verdächtig vorkamen. Er hegte die Befürchtung, daß sich Else mit dem Kerl doch irgendwo traf. Und wenn sie ihn betrog, dann war auch kein großer Schritt nötig, ihn zu bestehlen. Aber Merten hatte das ganze Haus durchsucht, auch das Zimmer Elses und alle ihre Habseligkeiten und nichts, gar nichts gefunden.

Als er sich jetzt vom Wohnzimmer nach oben begeben wollte, glaubte er, von dem kleinen Zimmerchen Elses her ein unterdrücktes Wimmern zu hören. Einen Augenblick dachte er daran, zu seiner Tochter zu gehen und nach ihrem Befinden zu sehen, aber er ließ es — es würde schon nicht so schlimm sein. Ein ordentlicher Schnupfen, das war schon zum Aushalten.

Aber am andern Morgen erschien Else nicht. Der Alte verschlief etwas, weil das Hantieren Elses in der Küche, das ihn immer zu wecken pflegte, ausgeblieben war. Als aber der Tag grau durch das Fenster in sein Zimmer schien, stand er auf und ging hinunter. Else war nicht im Zimmer.

Merten stieg wieder nach oben und trat in das Zimmer Elses.

Das Mädchen lag bleich mit geschlossenen Augen. Vom Bett her zog sich ein breiter Streifen geronnenen Blutes zur Türe.

Merten war aufs tiefste erschrocken, aber in einem Augenblick übersah er die Situation.

Also soweit war es jetzt!

Das Verhältnis mit einem Lumpen war also doch nicht zu Ende gewesen, — und nun waren die Folgen da.

Dem alten Mann zitterten die Knie.

„Else!"

Das Mädchen öffnete mit Anstrengung die Augen; es war so vollkommen erschöpft, daß es nicht zu denken vermochte. Warum ließ man sie nicht schlafen!

„Else, was ist das mit dir?" — Er trat an das Bett heran. „Was hast du getan! — So mach doch die Augen auf! — So weit bist du also gekommen mit dem Lumpen! Ich sollte dich hier verrecken lassen — es wär wahrhaftig nicht schade um dich!"

Die Worte des Vaters drangen nicht in das Bewußtsein des Mädchens.

Sie öffnete zwar die Augen und machte den Versuch, sich aufzurichten, aber sie fiel sofort wieder zurück und die Augen schlossen sich.

Der alte Merten begriff, daß es keinen Sinn hatte, dem Mädchen Vorwürfe zu machen. Etwas anderes war viel nötiger: Hilfe bringen.

Zunächst mußte wohl ein Arzt geholt werden.

Merten zog sich an und ging weg. Er erinnerte sich, wiederholt in der Gutzkowstraße das Schild eines Arztes gesehen zu haben. Zu diesem ging er.

Dr. Marx, Spezialarzt für innere Krankheiten, wunderte sich nicht, als er um halb acht Uhr früh aus dem Bett gerufen wurde, — der Beruf brachte das eben mit sich, — aber erbaut war er auch nicht.

„Sprechstunde von elf bis zwölf!" rief er der Haushälterin zu.

„Der Mann draußen läßt sich nicht abweisen. Ich habe es ihm auch schon gesagt, er möchte später kommen, aber er sagt, seine Tochter befinde sich in Lebensgefahr und es sei gleich in nächster Nähe."

„Also schön — ich komme!" Dr. Marx war recht ärgerlich Wahrscheinlich war es irgendeine unerhebliche Geschichte derentwegen man ihn zu nachtschlafender Zeit herausgetrommelt hatte.

Der alte Merten war im Wartezimmer, als Dr. Marx erschien.

„Also was ist los?"

„Meine Tochter scheint sehr schwer krank zu sein. Sie ist nämlich bewußtlos. Ich möchte Sie sehr bitten, Herr Doktor, gleich rüberzukommen. Ich fürchte, sie verblutet!"

„Was heißt das — sie verblutet? Ist ihr denn etwas geschehen?"

„Ich weiß es nicht. Ich habe nur gesehen, daß sie bewußtlos ist, und das ganze Bett schwimmt von Blut."

„Mhm!" machte der Arzt. „Also los!"

Dr. Marx fand Else Merten beinahe bewußtlos. Er sah sofort um was es sich handelte.

(Fortsetzung folgt.)

Katastrophenpolitik

Holland und Dänemark mobilisieren die Käufermassen gegen die deutschen Agrar-Kampfzölle

Die katastrophale Wirtschaftspolitik der Reichsregierung hat jetzt zu energischen Gegenmaßnahmen des durch sie benachteiligten Auslandes geführt. In Holland haben die landwirtschaftlichen Verbände eine Boykottaktion gegen die Unterbindung der Ausfuhr niederländischer Agrarerzeugnisse nach Deutschland organisiert. In Dänemark wird, wie aus Meldungen der niederländischen Presse bekannt geworden ist, im Stillen ebenfalls der Boykott deutscher Industrieerzeugnisse vorbereitet. Derartige Kampfmaßnahmen gegen die junkerfreundliche Zollpolitik der Reichsregierung werden sich über kurz oder lang in neuen Konjunkturrückschlägen und Arbeitermassenentlassungen in den mannigfaltigsten deutschen Industriezweigen auswirken. Uns täte not eine auf Beseitigung der Erwerbslosigkeit und das sich hieraus ergebenden Massenelends zielende Arbeitsmarkt-Politik. Statt ihrer beschert uns das reaktionäre Reichskabinett Brüning eine Politik gegen die Arbeitslosen. Das offizielle Organ des Deutschen Bergarbeiterverbandes, die „Bergbauindustrie", veröffentlicht bemerkenswerte Ausführungen über diese Wirtschaftspolitik des Kabinetts Brüning, denen wir entnehmen: Auf den Feldern Deutschlands reift eine Roggenernte, deren goldenen Segen der Reichsernährungsminister Schiele wahrscheinlich mit finsteren Augen betrachtet. Wie soll man das zweifelhafte Gut in die Scheuern einbringen, die eine noch nicht ausgeräumte Ernte aus den vergangenen Jahren versperrt? Der Gedanke der Roggenmagazinierung und Preisstabilisierung hat einen guten Sinn, solange man mit wechselnden Marktlagen und Preisaufschlägen rechnen kann, dieser Sinn aber geht verloren, wenn eine chronische Marktüberfüllung zur dauernden Signatur der Weltgetreidemärkte geworden ist. Dann muß die Roggenanbaufläche einschrumpfen, die aber bei uns aller Wirtschaftsvernunft zum Trotz lustig weiterwächst; oder der Roggenüberfluß muß einem verstärkten Bevölkerungskonsum bzw. einer reichlicheren Tierverfütterung zugeführt werden. Hier aber gilt alsdann das natürlichste aller Wirtschaftsgesetze: der Verbrauch fällt bei hohen Preisen und steigt bei niedrigen. Was auf den vorliegenden Fall bedeutet: je billiger das Brot ist, um so mehr wird verzehrt (denn angesichts der Not weitester Volkskreise wird keinesfalls die letzte Nachfrage nach Brot gegenwärtig gedeckt), und je mehr sich der Roggenpreis dem Preise anderer Futtermittel, namentlich dem Gerstenpreise, nähert, desto stärker ist der Abfluß in die bäuerliche Veredelungswirtschaft, die Roggen als Rohstoff verwendet und in Fleisch verwandelt. Die Schiele-Politik vermehrt ebenso die Zahl der Hungrigen, wie sie die Mengen des unverkäuflichen Roggens weiter anwachsen läßt. Muß es nicht bittersten Hohn wecken, wenn man sieht, wie das gleiche Ministerium durch eine viele Millionen verschlingende Propaganda in Gestalt von Roggenwochen, Roggenfibeln usw. den Genuß von Roggenbrot den Hungernden anpreist, während es gleichzeitig noch mehr Millionen dafür ausgibt, dieses selbe Roggenbrot künstlich zu verteuern und somit die von der Reklame erfaßten Massen an der Befolgung des angepriesenen Tuns praktisch zu verhindern?

Was aber fangen wir gegenwärtig mit unserem Roggen an? Wir stapeln ihn auf, ohne Hoffnung, ihn jemals wieder aus unseren Magazinen herauszubringen (und schließlich sind Kornsilos doch keine Museen!), es sei denn, mit riesigen Preisverlusten. Oder aber wir versuchen uns der bedrückenden Fülle dadurch zu entledigen, daß wir ihn im Dumpingexport über die Reichsgrenze schaffen.

Fragt sich nur, wie lange das davon betroffene Ausland sich diese mit Subventionsgewährungen und Ausfuhrprämien arbeitende Konkurrenz gefallen lassen wird, ohne zu Gegenmaßnahmen zu greifen, für die erste Anfänge im Boykott deutscher Waren in Holland bereits vorliegen.

Noch gelangen etwa 90 Prozent unserer Einfuhr zollfrei nach England hinein und 50 Prozent unserer Einfuhr zollfrei nach Holland. Unser Export nach England und Holland ist mit mehr als eine Milliarde aktiv, d. h. unsere Ausfuhrwerte übersteigen die aus diesen Ländern zu uns gelangenden Einfuhrwerte um eben diese Summe. Auf die Dauer muß, wenn wir weiterhin unsere ganze Landwirtschaft zu einem kostspieligen Liebesgabeninstitut machen, unser weltwirtschaftlicher Bewegungsraum dadurch auf das empfindlichste leiden, der ohnehin schon aus tausend Gründen sehr beengt ist. Lassen die über unsere Wirtschaftspolitik verschnupften Länder den aus Einfuhrverboten und Kampfzöllen gefügten eisernen Vorhang gegen uns herab, so ist unser von auswärtigen Existenzmitteln und Rohstoffen abhängiges Land dasjenige, dem zuerst der Atem ausgeht. 3,2 Millionen deutscher Erwerbstätiger, mithin jeder zehnte Erwerbstätige, arbeiten für die deutsche Exportwirtschaft.

Das seit 1925 mühsam aufgebaute System unserer Handelsverträge droht aber zusammenzubrechen, wenn wir auf dem eingeschlagenen Wege weiter fortschreiten, und die Folgen für die Gesamtwirtschaft und den Arbeitsmarkt würden ebenso unübersehbar wie katastrophal sein.

Noch eine andere Folge muß überdacht werden: wir verbilligen mit unserem agrarischen Schleuderexport die Lebenshaltung unserer industriellen Konkurrenzländer. Ihre Produkte werden bald in verstärktem Maße die Offensive gegen den deutschen Markt aufnehmen und der Druck ihrer Leistungsüberlegenheit wird die Syndizi der Unternehmerverbände zu einem neuen Feldzug für weitere Lohnherabsetzungen mobilisieren, weil nur durch Leistungsverbilligung, die für diese Gehirne immer Lohnsenkung bedeutet, das bedrohte Wirtschaftsterrain zu halten sei. Dann wird man die Lohntabellen nebeneinander halten und dartun, daß unser Lohnniveau ein überhöhtes sei, was wir uns in Zukunft nicht mehr gestatten dürften. Daß nur unser Schleuderroggen den Tiefstand der Löhne im Vergleichsland ermöglicht, wird keiner hinzusetzen.

Man soll nicht meinen, unsere Agrar- und unsere Handelspolitik hätten gegenwärtig für die Arbeiterschaft nur eine herabgeminderte Bedeutung und alle Aufmerksamkeit müsse sich auf den Arbeitsmarkt konzentrieren. Unmittelbare Arbeitsmarktpolitik durch Schaffung zusätzlicher Arbeitsgelegenheit in der Form öffentlicher Arbeitsbegebung stößt im Kapitalismus auf naturgemäße und enge Grenzen. Die beste Arbeitsmarktpolitik ist immer eine vernünftige allgemeine Wirtschaftspolitik, die innere Kaufkraft und äußere Bewegungsfreiheit gewährt. Wenn in der Wirtschaft die Dämme brechen, gibt es keine inselhafte Sicherung des Arbeitsmarktes.

Neue Differenzen

Die Schielesche Agrarpolitik hat, wie auch an anderer Stelle dieses Blattes nachgewiesen, die Wirkung, das Ausland gegen die Einfuhr deutscher Waren mobil zu machen. Nach den deutsch-finnischen Handelsvereinbarungen geben die Finnen Herrn Schiele die Möglichkeit, den deutschen Käsezoll zu erhöhen. Dafür haben die Finnen entsprechende Konzessionen erhalten. So ist Deutschland u. a. verpflichtet, jährlich 8 Millionen Kilogramm finnische Butter und 3 Millionen Kilogramm finnischen Käse abzunehmen. Diese Vereinbarungen sind zwischen deutschen und finnischen Interessenten getroffen worden. Selbstverständlich aber hat hier die Regierung die Hand im Spiele gehabt. So wird das ganze Abkommen auch im Ausland ausgelegt, wo solche Vereinbarungen nicht gleichgültig lassen können, die augenscheinlich gegen Buchstaben, Sinn und Zweck bestehender Handelsverträge verstoßen.

Nun wird sehr wahrscheinlich aus den deutsch-finnischen Butter- und Käseabmachungen nichts. Wie der Sozialdemokratische Pressedienst erfährt, haben die Finnen neue Forderungen gestellt, die so weit gehen, daß sie von der deutschen Seite für unannehmbar gehalten werden. Nach Lage der Dinge werden sich die deutsch-finnischen Vereinbarungen damit zerschlagen. Ein Stachel ist aber zurückgeblieben. Jedenfalls geben die deutsch-finnischen Verhandlungen gewissen Kreisen im Ausland das beste Mittel in die Hand, gegen deutsche Wareneinfuhr zu agitieren. So ersuchen Eingaben der holländischen klerikalen Partei den holländischen Landwirtschaftsminister um Gegenmaßnahmen, falls Deutschland in Holland nicht die gleichen Vergünstigungen wie Finnland zugesteht. In Holland wird bereits die Parole ausgegeben, deutsche Waren zu boykottieren, und wie unser Amsterdamer Berichterstatter meldet, wird diese Parole in sehr vielen Orten befolgt. Verschiedene Großbetriebe der Molkereibranche lehnen z. B. den Kauf deutscher Kohlen ab.

Wir sind es von dem Reichsernährungsminister Schiele gewöhnt, daß sich seine Politik ausschließlich nach den Interessen der Großagrarier orientiert. Die deutsch-finnischen Handelsvereinbarungen sind aber ein geradezu bedenkliches Beispiel dafür, wie die Interessen der Gesamtwirtschaft einem Interessentenhaufen zum Opfer gebracht werden.

Das Bundesfest

der Arbeiter-Radfahrer in Dresden

Radrennen und Festspiel

Die Radrennen auf der Rennbahn Reick, die wegen des Regens vom Freitag auf den Sonnabend abend verlegt werden mußten, waren außerordentlich stark besucht. Das Interesse an den einzelnen Rennen war sehr lebhaft. Die Fliegerrennen und das internationale Mannschaftsfahren boten viele spannende Momente und brachten manche überraschende Plazierung.

Mit Einbruch der Dunkelheit sammelten sich die Teilnehmer zum Jugendfestspiel an den beiden Ufern der Elbe. Alfred Auerbach, der das Festspiel zum ersten Arbeiterolympia in Frankfurt verfaßte, hatte ein Sprech- und Bewegungschorwerk „Vom andern Ufer" zum Dresdener Bundesfest geschrieben, das mit den eindrucksvollen Mitteln der Massenbewegung die Entwicklung der arbeitenden Massen zum freien Menschen symbolisiert und dabei sich eng an die heutigen Verhältnisse anpaßt. Die Massen sollen aus dem Trott der Arbeit und geistigen Knechtschaft herausgebracht und zum Denken und Handeln geführt werden. Die Rufer vom jenseitigen Ufer wollen die Masse zu sich herüberziehen, aber nur langsam erst über Katastrophen zerbrechen die Bindungen der Gewohnheit und der Denkträgheit. In Kähnen setzen sie zum anderen Ufer über, begeistert als Mitkämpfer empfangen.

Zehntausende waren Zeugen des Schauspiels am Abend. Erst kamen Worte und Gesang aus dem Dunkel, dann tauchten die ersten Gruppen auf im Scheine der bengalischen Beleuchtung, setzten im Fackelschein mit Kähnen über und dann verglühte am Schluß der terrassenförmige Aufbau des Berges am jenseitigen Ufer im Lichte von 5000 Fackeln und bengalischer Lichter.

Der Festzug

Der Zug, der sich durch die Straßen der Altstadt zum Festplatz bewegte, war für Dresden eine Sensation. Buntgeschmückte Fahrräder, blinkende Saalmaschinen, Hochräder und Tandems zogen durch die von Zuschauermengen umsäumten Straßen. 4200 Motorräder, darunter 250 mit Beiwagen, bildeten die geräuschvolle Spitze. 15 000 Radfahrer aus allen Teilen des Reiches folgten mit Banner und Wimpeln. Der imposante Zug mit 60 Musikautos, der über die Stärke des Bundes anschauliches Zeugnis gab, wurde beim Eintreffen auf dem Festplatz, der sich bei aufgeheiterter Witterung schnell gefüllt hatte, begeistert begrüßt.

Um 3 Uhr folgte der Aufmarsch der Banner und die Auffahrt der Reigenfahrer auf dem Massenreigenfeld. 878 Banner in zwei je 8 Mann breiten Säulen wurden flankiert von einer großen Masse Reigenfahrern mit silberglänzenden Rädern. Bundesvorsitzender Niemann begrüßte die Festteilnehmer und Wettkämpfer und sprach die Hoffnung aus, daß diese große Radsportschau des Bundesfestes zur weiteren Aufwärtsentwicklung des Bundes beitragen möge.

Auf den verschiedenen Fahrflächen wurden dann die entscheidenden Radballspiele ausgetragen, und die Wettbewerbe im Kunst- und Reigenfahren nahmen ihren Fortgang. Die Radsportschau entwickelte sich in ganz großem Rahmen.

Der Abschluß

Der weitere Verlauf des Sonntag Nachmittags brachte eine Fülle von radsportlichen Darbietungen. Kunst- und Reigenfahren wechselten ab mit Radballspielen. Die Jugend betätigte sich eifrig auf dem Jugendspielplatz. Ueber 50 000 Besucher waren gekommen, so daß sich auf der Festwiese ein reges Treiben entfaltete, das durch gelegentlichen Gewitterregen nur vorübergehend abgeschwächt wurde. Bei Eintritt der Dunkelheit wurden die Massen mit einem prächtigen Feuerwek an der Elbseite des Hauptplatzes überrascht, das den Abschluß des Festes bildete.

Stribbling schlägt Scott in der zweiten Runde k. o.

In dem großen Vorkampf am Montag abend in London zwischen Young Stribbling und Phil Scott behielt der Amerikaner in der zweiten Runde durch Niederschlag die Oberhand.

Angestellten-Abbau

in der Berliner Metallindustrie

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das Beispiel des Herrn von Siemens, der einen Massenabbau von Angestellten angekündigt hat, findet, wie zu erwarten war, unter den Berliner Metallindustriellen eifrige Nachahmer. Nach den Siemens-Betrieben rücken nunmehr auch die AEG., Bergmann und Borsig, in die Kampffront der Scharfmacher. Auch sie beeilen sich, das Heer der Berliner Arbeitslosen zu vergrößern. Auch die AEG. will ganz ähnlich wie Siemens einen Abbau des Personalbestandes um 10 Prozent durchführen. Bei Bergmann geht man mit beinahe mittelalterlichen Methoden gegen die Angestellten vor, und Borsig lassen die Lorbeeren des Herrn Siemens nicht schlafen. Wir haben es mit einem Generalstreich der Berliner Metallindustriellen gegen die Angestelltenschaft zu tun. Herr von Siemens will sein Mütchen kühlen. Da in der Frage des Gehaltsabbaues die Wünsche der Metall-Industriellen nicht glatt durchgingen, sollen die Angestellten für ihren Widerstand bestraft oder durch Androhung der Kündigung auf die Knie gezwungen werden. Das alles, obwohl die Arbeitslosigkeit schon wieder steigt und bereits mitten im Sommer mehr als unheimliche Formen annimmt.

Will der Reichsarbeitsminister diesem Treiben der Metallindustriellen untätig zusehen?

Aufstand in Afghanistan?

London, 28. Juli. (Drahtmeldung.) „Daily Herald" meldet aus Peschawar: Reisende aus Kabul berichten über einen weitverbreiteten Aufstand gegen König Nadir Schah. Landsleute Bacha-I-Sakaos, der letztes Jahr abgesetzt und hingerichtet wurde, marschierten gegen die Hauptstadt. Die Aufständischen sollen plötzlich in der Nähe Kabuls eingetroffen sein, ohne auf Widerstand seitens des Heeres Nadir Khans zu stoßen, das sich geweigert habe, zu kämpfen, weil es infolge Geldknappheit keine Löhnung erhalten hätte. Einem anderen Bericht zufolge sollen die Aufständischen geschlagen worden sein.

Die Preisbildung

Fragen an den Reichswirtschaftsrat

Berlin, 28. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Reichsregierung wird, wie der „Sozialdemokratische Pressedienst" erfährt, dem volkswirtschaftlichen Ausschuß des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates in den nächsten Tagen im Zusammenhang mit der Notverordnung bestimmte Fragen über unwirtschaftliche Preisbildung vorlegen. Untersuchungen über die betreffenden Gebiete sollen nicht stattfinden. Gleichzeitig werden Verhandlungen mit wichtigen Wirtschaftsverbänden über die Preisfrage aufgenommen. In Regierungskreisen nimmt man an, daß das Vorgehen der Reichsregierung eine gewisse Unruhe in die Kartellkreise tragen und sie zu Preiskonzessionen geneigt machen wird.

Absturz in den Bergen

Bei Mallnitz in den Hohen Tauern unweit der Kärntener Stadt Spittal wurden am Fuße einer Felswand in einer Höhe von beinahe 3000 Metern die Leichen eines 30jährigen Diplomingenieurs aus Berlin und seiner Gattin gefunden. Die beiden hatten am vorletzten Sonntag eine Wanderung nach den sogenannten Raumeterbrettern, einem über 3000 Meter hohen Bergmassiv, unternommen und waren von dieser Wanderung nicht zurückgekehrt. Wie sich herausstellte, war der Ehemann am Rande eines Schneefeldes ausgerutscht und in die Tiefe gestürzt, und hatte seine angeseilte Frau mitgerissen.

Gewerkschaft

Verlängerung des Manteltarifs in der Metallindustrie

Dortmund, 28. Juli. In dem Manteltarifstreit in der Metallindustrie im Bereich des Verbandes von Fabrikantenvereinen im Regierungsbezirk Arnsberg wurde heute unter dem Vorsitz des Schlichters für Westfalen folgender Schiedsspruch gefällt:

Der bestehende Manteltarifvertrag wird bis zum 30. November 1930 verlängert. Er ist mit vierwöchiger Frist zu kündigen und läuft stets bis zum Monatsende weiter, wenn er nicht am Letzten eines jeden Monats gekündigt wird.

Erklärungsfrist läuft bis 4. August 1930, mittags 12 Uhr.

Die Streikbewegung in Rouen

Paris, 28. Juli. (Drahtmeldung.) Wie Havas aus Rouen berichtet, sind im Verlauf der Kundgebungen der Streikenden, über die gestern berichtet wurde, 30 Personen festgenommen worden, von denen 15 in Haft geblieben sind. Nach einer Meldung des Echo de Paris aus Lille haben die Textilarbeiter gestern den Generalstreik beschlossen, um gegen die Abzüge für die Sozialversicherung zu protestieren. Wenn diese Streikparole befolgt wird, dürfte die Zahl der streikenden Ausständigen sich auf 60 000 belaufen.

ARBEITER-SPORT

Der Arbeiter-Turn- und -Sportbund in den Großstädten

Eine sehr aufschlußreiche Statistik hat der A.-T.-S.-B. herausgebracht über das Verhältnis seiner Bewegung in den 20 größten Städten, im Verhältnis zu deren Einwohnerzahl. Daß seiner Einwohnerzahl nach an 5. Stelle stehende Leipzig und das an 15. Stelle stehende Nürnberg nehmen bei der Beurteilung der Bundesbewegung den 1. Platz ein. In Leipzig und Nürnberg kommen auf je ein Bundesmitglied 55 Einwohner. Dann folgt das an 16. Stelle stehende Chemnitz in Sachsen auf dem 2. Platz und einer Verhältniszahl von je einem Bundesmitglied auf 73 Einwohner. Berlin nimmt wohl in der Einwohnerzahl den ersten Rang ein, kommt aber mit je einem Bundesmitglied auf 432 Einwohner in der Bundesstatistik auf den 15. Platz. Die Platzierung der 20 Städte in der Einwohnerstatistik, ihre Rangordnung in der Bundesstatistik und die Verhältniszahlen zwischen Bundesmitglieder und Einwohnern ergeben nachstehende Gesamtübersicht:

1.	Berlin	15. 1 : 432	11.	Düsseldorf	12. 1 : 355
2.	Hamburg	8. 1 : 143	12.	Hannover	7. 1 : 138
3.	Köln	11. 1 : 289	13.	Duisburg-Hamb.	16. 1 : 539
4.	München	9. 1 : 187	14.	Wuppertal	10. 1 : 192
5.	Leipzig	1. 1 : 55	15.	Nürnberg	1. 1 : 55
6.	Essen	17. 1 : 1291	16.	Chemnitz i/Sa.	2. 1 : 73
7.	Dresden	5. 1 : 100	17.	Gelsenkirchen	15. 1 : 542
8.	Breslau	8. 1 : 143	18.	Bochum	13. 1 : 441
9.	Frankfurt a. M.	6. 1 : 118	19.	Bremen	3. 1 : 82
10.	Dortmund	14. 1 : 479	20.	Magdeburg	4. 1 : 84

Gründungsveranstaltung in Dorsten!

Der 13. Bezirk veranstaltete am vergangenen Sonntag in Dorsten, zur Bildung eines Arbeiter-Wassersportvereins, ein Gründungsschwimmfest. Bei schönem Wetter nahm die Abwicklung des schwimmsportlichen Programms, vor einem stark interessierten Publikum, einen reibungslosen Verlauf. Das Brückenspringen der beiden Gelsenkirchener, Kunert und des Jugendlichen Kruckenbaum, sowie des Gladbecker Lampartz, von der höchsten Spitze des Brückenbogens, lockten auf der Kanalbrücke noch eine große Zuschauerzahl an. Der Veranstalter dürfte mit dem Erfolg zufrieden sein. Wir glauben, daß mit diesem Fest der Arbeiter-Wassersportbewegung in Dorsten eine bleibende Stätte geschaffen ist.

Ergebnisse:

1. Männerfreistilstafette, 4 mal 50 Meter:
   1. Gelsenkirchen 2.30 Min.
   2. Gladbeck 2.50 Min.
   3. Recklinghausen 3.04.5 Min.
2. Frauenrückenschwimmen, 50 Meter:
   1. Pietrick (Gelsenkirchen) 0.44.1 Min.
   2. Eichner (Gladbeck) 0.54 Min.
   3. Vollenbruch (Bottrop) 0.56.3 Min.
3. Männerbruststafette, 4 mal 50 Mtr., f. V. o. W.:
   1. Herten 3.13 Min.
   2. Recklinghausen 3.15 Min.
   3. Bottrop 3.23.2 Min.
4. Jugendlagenstafette, 4 mal 50 Meter:
   1. Gelsenkirchen 2.48.5 Min.
   2. Gladbeck 3.14 Min.
   3. Herten 3.53.3 Min.
5. Erstlingsschwimmen, 50 Meter:
   1. Hoffmann (Herten) 0.55.6 Min.
   2. Thiel Adolf (Dorsten) 0.56.5 Min.
   3. Häusner (Herten) 1.03.7 Min.
6. Schülerbrustschwimmen, 50 Meter:
   1. Steinrode (Herten) 0.59.5 Min.
   2. Klausner (Gelsenkirchen) 1.01.4 Min.
   3. Weil (Bottrop) 1.02.1 Min.
7. Springen:
   1. Kunert (Gelsenkirchen) 33½ Pkt., Platzziffer 3.
   2. Kruckenbaum (Gelsenkirchen) 24⅜ Pkt., Platzziffer 7.
   3. Lampartz (Gladbeck) 22⅜ Pkt., Platzziffer 9.
9. Männerlagenstafette, 4 mal 50 Meter:
   1. Gelsenkirchen 2.51 zwei Fünftel Min.
   2. Recklinghausen 3.14 zwei Fünftel Min.
   3. Bottrop 3.22 vier Fünftel Min.
10. Frauenbruststafette, 4 mal 50 Meter:
   1. Gelsenkirchen 3.34 neun Zehntel Min.
   2. Bottrop 4.07 acht Zehntel Min.
   3. Herten 4.08 ein Zehntel Min.
11. Männerfreistilschwimmen (Jugend):
   1. Siekmann (Gelsenkirchen) 1.12 drei Fünftel Min.
   2. Gineberg (Gelsenkirchen) 1.13 Min.
   3. Schnell (Recklinghausen) 1.24 drei Zehntel Min.
12. Jugendfreistilschwimmen, 50 Meter:
   1. Schirrmacher (Gladbeck) 0.37 ein Fünftel Min.
   2. Rödiger (Gelsenkirchen) 0.37 zwei Fünftel Min.
   3. Höffgen (Gelsenkirchen) 0.37 vier Fünftel Min.

Wasserballspiel (Jugend):
Gladbeck gegen Gelsenkirchen 0 : 6.

Freie Tennisvereinigung, Gelsenkirchen.

Am **Mittwoch** findet nach unserem Uebungsnachmittag eine **Versammlung** statt. Unsere Uebungsstunden beginnen **von jetzt ab nicht** mehr zu den bekannten Zeiten, sondern eine **halbe Stunde** früher. Es wird rege Teilnahme aller Spieler erwartet.

SPD. Unterbezirk Recklinghausen-Gelsenkirchen

Außerordentliche Unterbezirks-Generalversammlung

am Sonntag, dem 10. August 1930, nachmittags 3 Uhr, im Hotel „Kaiserhof", in Herten.

Tagesordnung:

1. Referat: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen". Referent: Reichstagsabgeordneter Alfred Jaschek (Berlin).
2. Aufstellung der Kandidaten zur Reichstagswahl.
3. Wahl der Delegierten zum Bezirksparteitag.

Die außerordentliche Unterbezirks-Generalversammlung setzt sich zusammen aus:

1. Den Delegierten der Ortsvereine;
2. dem Unterbezirksvorstand;
3. dem erweiterten Unterbezirksvorstand;
4. je einem Vertreter der Redaktionen und der Geschäftsleitung der Parteizeitungen im Unterbezirk, einem Vertreter der Pressekommissionen, des Bildungsausschusses und des Jugendausschusses. Ferner sind auch zur Teilnahme berechtigt die Reichs- und Landtagsabgeordneten und Provinziallandtagsabgeordneten.

Als Delegierte der Ortsvereine kommen die Genossinnen und Genossen in Frage, die zur letzten ordentlichen Generalversammlung gewählt waren. Dort, wo diese Genossen nicht mehr vorhanden sind, wählt der Ortsverein neu. Die Ortsvereine tragen die Kosten selbst. Gäste sind willkommen.

Mitgliedsbuch der Partei, Mandat und die letzte Quittung der Parteizeitung sind mitzubringen.

Der Unterbezirksvorstand.
J. A. Wilh. Pfeifenbring.

Rundfunk-Programm

Mittwoch, 30. Juli.

7.30: Brunnenkonzert aus Bad Pyrmont. Dresdener Philharmonie-Orchester.
8.30: Mutter und Kind. Gespräch zwischen Frau Aenne Pfisterer und Stadtfürsorgerin Elsbeth Theisen.
9.00: Schulfunk: Verfassungsfeier.
15.00: Handarbeitsstunde für junge Mädchen.
15.50: Dr. Jenny Werner: Vom Berufsschicksal erwerbsbeschränkter Jugendlicher.
16.10: Edith von Walter: Die Messe (Erzählung).
16.40: Dr. Behle — Herwagen — Kircher: Die Einlehrerschule als Aufgabe und Problem.
17.00: Ministerialrat Dr. Günther: Die geschichtliche Entwicklung der Berufsschulgesetzgebung in Preußen.
17.30: Vesperkonzert.
18.30: Prof. Dr. Wackernagel: Aesthetik des Freilichtspiels.
19.15: Stunde des Arbeiters: Intendant Hardt: Vorlesung.
19.40: Prof. Dr. Kuske: Die amerikanischen Tropen.
20.00: Abendkonzert. Mitw.: Gertrude Spoerl (Mezzosopran). Glazunoff: Fest-Ouvertüre. — Rich. Strauß: Lieder für Mezzosopran mit Orchester. — Liszt: Festklänge. — Intermezzo: Chöre. — Rich. Strauß: Festmarsch. — Reinicke: Fest-Ouvertüre „An die Künstler", — Ebert: Lieder für Mezzosopran mit Orchester. — Brahms: Akademische Fest-Ouvertüre.
Anschl.: Münster: Konzertübertragung.

Deutsche Welle. Mittwoch, 30. Juli.

10.35: Mitteilungen des Reichsstädtebundes.
15.00: Dichterstunde: Adolf Knoblauch liest eigene Dichtungen.
15.45: Clara Auterhoff: Praktische Gesichtspunkte für die Landfrau als Imkerin.
16.00: Hamburg: Nachmittagskonzert.
17.30: Konteradmiral a. D. Erich Mahrholz: Aus der Tätigkeit der Reichsmarine: Friedensaufgaben.
18.00: Solo-Violine.
18.30: Stud.-Rat Dr. Schwering: Große Parlamentarier.
19.00: Dr. Eberlein: Kunst und Geisteskrankheit.
19.25: Otto Mosbach: Die Krise der Zivilversorgung.
20.00: „Wien—Paris". Aus Operetten zweier Nationen.
Danach: Tanzmusik. Kapelle Gerhard Hoffmann.

Bücher und Zeitschriften

Auftakt zum Wahlkampf.

Mit der soeben erschienenen Nr. 30 tritt „Das Freie Wort in den Wahlkampf ein. In seinem Leitartikel gibt Genosse Heilmann eine zusammenfassende Darstellung der letzten Entwicklung, die schließlich zur Reichstagsauflösung geführt hat. Er wiederlegt die Behauptungen des Bürger-Block-Kabinetts, daß der Erlaß der Verordnungen auf Grund des Art. 48 notwendig geworden sei, weil der Reichstag der Regierung die notwendigen Mittel zur Erhaltung eines Mindestmaßes finanzieller Ordnung versagt habe und führt den Beweis, daß gerade dieses Kabinett Brüning Interessenpolitik getrieben habe.

Genosse Schiff untersucht in einem Artikel „Brünings Kabale und Pleite" die wahren Gründe für den Sturz der Regierung Hermann Müller und die Bildung des Kabinetts Brüning. „Aus erfolgreicher Werbearbeit" berichten die Artikel der Genossen Dr. Korn (Steine) und Willi Karbaum (Magdeburg). Aussprache, Feuilleton und Notizen vervollständigen den Inhalt der Nummer.

Bis zum Wahltag ist der Inhalt der Zeitschrift auf den Wahlkampf zugeschnitten. Sie bietet daher wertvolles Material für die Agitation und wir empfehlen für jeden Genossen dringend den Bezug des Sozialdemokratischen Diskussionsorgans.

„Das Freie Wort" erscheint wöchentlich und kostet monatlich, bei der Post bestellt, 91 Pfennige. Einzelhefte sind zum Preise von 20 Pfennig durch jede Volksbuchhandlung zu beziehen. Probeexemplare versendet gratis und portofrei der Freie-Wort-Verlag, Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Inhalt: J. V.: J. Hau; für den Anzeigenteil: Karl Chemnitz, beide in Gelsenkirchen. — Druck und Verlag: „Volkswille", Ludwig Leypoldt, GmbH., Gelsenkirchen-Buer. — Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn dies ausdrücklich verlangt und zu diesem Zwecke Rückporto beigefügt wird.

Herdgrün-Tube achteckig mit einer Gratisprobe Nachpolierpulver trotz 40 Pf. besser!

Von der Reise zurück
Dr. Rohrberg
Wannerstraße 202

Ab 1. August befindet sich meine Praxis
Am Stadtgarten 4
Privatwohnung bleibt vorerst
Wannerstraße 30
Telephon 21633
Dr. Mahnke

Plakate, Briefbogen
Briefumschläge
Geschäftskarten
Besuchskarten
DRUCK SACHEN
BUCHDRUCKEREI
VOLKS WILLE
Sammelnummer 25841 Ringstr. 33

Versäumen Sie nicht, den billigen
Total-Ausverkauf
in Strümpfen, Röcken, Schlüpfer, Korsetts, Strumpfhalter, Leibbinden, Handschuhe
Wisberg Bahnhofstraße 85 (Berliner Hof).

DER MASSENMORD

Ende Mai des Jahres 1924 brachten Berliner Blätter folgende Nachricht:

Ein Förster in Straußberg bei Berlin bemerkte vor einiger Zeit, als er auf dem nächtlichen Patrouillengang durch den Wald ging, einen Mann, der etwas zu vergraben suchte. Auf die Frage des Försters, was er dort treibe, erklärte er: Ich vergrabe die Frucht meiner Frau. Als diese Frau nun infolge der Anzeige des Försters vor der Kriminalpolizei erschien, sahen die Beamten eine vollständig von Arbeit und Elend ausgemergelte Frau vor sich, die ganz ruhig zugab: Jawohl, ich habe es getan. Wir haben bereits 8 Kinder, und es ist eine Unmöglichkeit, diese Familie, die wir heute schon nicht mehr ernähren können, noch weiter zu vermehren.

Auf Grund des Strafgesetzbuches erhält diese Frau nun bis zu 5 Jahren Zuchthaus. Man sollte nun meinen, daß angesichts der Schwere der Strafe das »Verbrechen« der Abtreibung verhältnismäßig selten begangen wird. Darin irrt man aber, im Jahre 1920 wurden wegen Übertretung der Paragraphen 218 und 219 des Strafgesetzbuches in Deutschland 2400 Personen bestraft. Wenn man aber erfährt, daß nach den Angaben der Ärzte in Deutschland 800000 Kinder jährlich abgetrieben werden, erscheinen diese Zahlen in einem ganz anderen Lichte. Wir setzen den Anfang eines Aufrufs der Ärzte hierher:

800000 Kinder jährlich werden in Deutschland im Mutterleib getötet, Hunderttausende von kleinen Neugeborenen gehen mutterverlassen zugrunde, Ungezählte werden langsam hingemordet! — Engelmacherinnen und Kinderhändler besorgen dies. — Viele Kinder ersticken im Wasser, in Gruben. Im September 1919 suchte man im Rhein nach einem Kinde. Innerhalb 24 Stunden wurden den Strom entlang 63 ertrunkene Kinder gemeldet! Wieviel wurden nicht gefunden? Wieviel Kinderleichen schwimmen die andern deutschen Ströme hinunter?

Es gibt leider keine zuverlässigen Zahlen darüber, wieviel Frauen und Mädchen jährlich an der Abtreibung sterben, wieviel dauerndes schweres Siechtum davontragen, wieviel Eheleute erbärmlichen Erpressern opfern müssen, die sie mit Anzeige bedrohen. Wer besorgt denn heute das Massengeschäft der Abtreibung? Viele Eheleute selbst und weiter ein Heer von kurpfuschenden Männern und Frauen, die meist ohne irgendwelche Kenntnisse des menschlichen Körperbaues, ohne antiseptische Maßnahmen drauflosarbeiten. Bei jeder Abtreibung ist die Frau in höchster Lebensgefahr, die noch dadurch verschärft wird, daß die Beteiligten, weil sie sich der Gesetzwidrigkeit ihrer Handlung bewußt sind, leider einen Arzt überhaupt nicht oder nur in allerhöchster Not zu Hilfe ziehen.

Mütter, junge Mädchen, junge Männer, lest
Vorbeugen, nicht abtreiben

Ein Ratgeber für Eheleute und solche, die es werden wollen. Von Luise Otte. Mit vielen Abbildungen. Preis 80 Pfennig. Versand gegen Nachnahme oder gegen Voreinsendung des Betrages.

Zu beziehen bei allen Zeitungsboten oder direkt in der
Volksbuchhandlung Gelsenkirchen,
Ringstraße 33 Telefon 25841

Bis Samstag, den 2. August
liefern wir
kompl. Küchen- und Schlafzimmer-Einrichtungen, Speise- und Herrenzimmer, Polster- u. Einzelmöbel usw.
ohne 1 Pfg. Anzahlung
gegen geringe Monatsraten an zahlungsfähige und in Arbeit stehende Kunden.
Wir unterhalten stets große Läger in Möbel aller Art, so daß wir in der Lage sind, jeden Kunden auf Wunsch zu bedienen.
Nutzen Sie diese Gelegenheit aus!
Wir erwarten Sie!
Möbelhaus
L. SPOTTHEIM
Gelsenkirchen Arminstraße 13